

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumeralenweise  
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit Multiplizierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 3 Mark, für das übrige Ausland  
 4 Mark pro Monat.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Belegt für die sechsgehaltene Koloniel-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gemeinwohliche Vereins-  
 und Bekanntmachungs-Anzeigen 25 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-  
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere  
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 8 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphen-Adressen:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 9. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

### Das Kontraktbruch-Gesetz in der Schwebe.

In der Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberatung des bekannnten Gesetzes zur Wiedereinführung der Verlebenshaftigkeit der Kleinbauern und der ländlichen Arbeiter (offiziell betitelt „Gesetzentwurf betreffend die Erleichterung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes“) ist Montag abend die Spezialdiskussion der ersten Lesung begonnen worden. Sie hat mit Ablehnung der Nr. 1 des § 1 durch Stimmengleichheit geendet. § 1 Nr. 1 will mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestrafen, wer Dienstboten (Gesinde) oder landwirtschaftliche Arbeiter, von denen er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem anderen Arbeitgeber zur landwirtschaftlichen Arbeit oder zum Gesindebedienstet noch verpflichtet sind, in Dienst nimmt. Daß diese gesetzliche Vertrauensklärung der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter mit der Reichsgesetzgebung, der Reichsverfassung, dem Freizügigkeitgesetz und der Gewerbe-Ordnung (auch industrielle Arbeitgeber wären strafbar) in Widerspruch steht, ist von uns wiederholt dargelegt, im Reichstag auseinandergesetzt und dortselbst vom Vertreter des Reichszentralorgans zugegeben. Die Konservativen suchten trotzdem diesen Einbruch in das Reichsrecht zu sanktionieren. Nur beantragten sie in der Kommission, daß nach Ablauf von sechs Wochen nach der unrechtmäßigen Lösung des Dienstverhältnisses die Wegfreiheit des Arbeiters aufhören und daß der oben gesperrt wieder-gegebene Zwischenfall durch einen grammatisch und logisch noch unvernünftigeren Satz ersetzt werden solle, der dahin lautete: „hinsichtlich deren ihm bekannt oder infolge grober Fahrlässigkeit unbekannt ist.“ Ihr Antrag und dann der Antrag der Regierung wurde mit 7 gegen 7 Stimmen abgelehnt. Freisinnige, Zentrum und National-liberale stimmten geschlossen gegen beide Vorschläge. Daß aber Nationalliberale und Zentrum im Herzen für die Absicht des § 1 Nr. 1 sind, beweist ja u. a. der Umstand, daß beide Parteien noch im Februar dieses Jahres den Gehalt solcher Vorschriften verlangt hatten.

Die Nationalliberalen kennzeichneten ihre Stellung durch folgende Resolution: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Reg. Staatsregierung zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß im Wege der Reichsgesetzgebung 1. in Anlehnung an die Bestimmungen der §§ 124b und 125 der Gewerbe-Ordnung der Bruch von Dienstverträgen aller Art, die Verleitung zum Vertragsbruch und die Annahme vertragsbrüchiger Arbeitnehmer, 2. die widerrechtliche Vorenthaltung des Arbeitsgenusses bei Beendigung des Dienstverhältnisses unter eine besondere zivilrechtliche Haftung gestellt wird.“ Ueber diesen Vorschlag, der vom Reich eine Ausnahme-gesetzgebung gegen alle Arbeiter begehrt, wird erst am Schluß der Beratungen der Kommission abgestimmt werden. Daß die Nationalliberalen solche Ausnahme-gesetzgebung beantragten, ist für sie kennzeichnend. Ueber ihren arbeiterfeindlichen Vorschlag ein weiteres Wort zu verlieren, erübrigt sich. Wie wenig die Antragsteller selbst ihre Verallgemeinerung einer Vertragsbruchsstrafe über den Rahmen industrieller und landwirtschaftlicher Arbeiter hinaus ernst meinen, ergibt ein Blick auf die ärztliche und pastorale Praxis. Wünschen die Nationalliberalen, daß Ärzte oder Pastoren, die ihre Vertragspflicht nicht erfüllen, bestraft werden? Oder hoffen sie, daß in solchen Fällen „unparteiische“ Klassenjustizrichter immer einen „wichtigen Grund“ zur Aufhebung des Vertrages finden werden?

Die Nr. 2 des § 1 des Vertragsbruch-Gesetzes will im Gegen-satz zur Reichsgesetzgebung bestrafen, wer in gewinnstüchtiger Absicht für die unter 1 genannten Arbeitnehmer ein neues Dienstverhältnis vermittelt, obwohl er weiß oder bei Anwendung der erforderlichen Sorgfalt wissen muß, daß sie einem anderen Arbeitgeber zur landwirtschaftlichen Arbeit oder zum Gesindebedienstet noch verpflichtet sind.“ Die Konservativen wollen demselben Gedanken folgende Fassung geben: „... wer aus Eigennutz oder im Vermögensinteresse eines anderen einer Person, welche einem anderen durch Dienstvertrag verpflichtet ist, zur Erlangung eines vor Auf-lösung dieses Dienstvertrages angutretenden anderweitigen Dienstes behilflich ist. Die Bestrafung soll nicht eintreten, wenn 1. der Täter trotz Anwendung der erforderlichen Sorgfalt von dem bestehenden Dienstvertrage keine Kenntnis hat; 2. seit dem Bruch des Dienstvertrages eine Frist von vier Wochen verstrichen ist.“ In der Kommission wurde hervorgehoben, daß beiden Vorschlägen die Reichsgesetzgebung im Wege stehe. Außerdem würde die Vorschrift naturgemäß die Vermittler dazu veranlassen, nur noch kurze Kontrakte abzuschließen. In einer Abstimmung über diese Nr. 2 des § 1 kam es noch nicht. Die nächste Kommissionsberatung soll erst nach Wiederaufnahme der Plenarberatungen Ende November oder Anfang Dezember stattfinden.

Man ersieht schon aus den Verhandlungen, wie heiß das Ver-mitteln des Zustandekommens einer neuen Ausnahme-gesetzgebung zu-ungunsten der Landproletariat ist. Die Profitgier der Agrarier und ihr Haß gegen schwer arbeitende Landleute treibt sie zu Vorschlägen, die der Reichsgesetzgebung ins Gesicht schlagen und in ihrer Wirkung auf eine Vermehrung der Leutenot und des Elends der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter hinauslaufen. Durch diese Art Vor-schläge haben sie den industriellen Arbeitern die wirksamste Waffe zur Auflösung des Land-proletariats in die Hand gedrückt. Und diese Waffe werden die industriellen Arbeiter zu handhaben wissen, gleichviel, welche Gestalt der Gesetzentwurf erhalten wird. Nicht neue Ausnahme-gesetze, sondern Befestigung der bestehenden Ausnahme-gesetze gegen die ländlichen Arbeiter

und das Gesinde tut dringend not. Von den Ausnahme-gesetzen, unter denen die durch lange Arbeitszeit, schlechten Lohn und arge Behandlung so fusionierten Landproletariat und das Gesinde Preußens leiden, heben wir folgende hervor:

1. Gerichte nach Art der Gewerbe- und Kaufmanns-gerichte für gewerbliche Arbeiter fehlen. Die meisten von den Landwirtschaftskammern entworfenen Verträge entziehen die Streitigkeiten sogar dem ordentlichen Richter und überweisen sie „Schiedsgerichten“, deren Obmann die Landwirtschaftskammer ernannt.
2. Gewerbe-Inspektoren und Schlichter-schriften gegen übermäßige Ausbeutung fehlen.
3. Eine reichsgesetzliche Krankenversicherung fehlt: die in einigen Kreisen statutarisch festgelegte Kranken-sicherung ist gänzlich ungenügend.
4. Bei Unfällen steht dem Kleinbauern und dem ländlichen Arbeiter eine noch schmalere Rente“ als dem städtischen Arbeiter zu. Der Unfallschutz fällt überdies fort.
5. Das Gesetz vom 24. April 1854 schafft gegen das Gesinde wie gegen sämtliche ländlichen Arbeiter unserer Provinz und der Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Schlesien, Sachsen, Westfalen und die Rheinprovinz nach drei Richtungen hin besondere Ausnahmevorschriften. Es bedroht nämlich mit Bestrafung:

1. „Ungehorsam und Widerspenstigkeit“ gegen den Arbeit-geber — ja den Inspektoren und herrschaftlichen Tagelöhnern gegenüber auch gegen die Herrschaft, mit welcher der Inspektor in keinem Vertragsverhältnis steht.
2. Unberechtigtes Verlassen oder Nichtantreten des Arbeits-verhältnisses.
3. Verabredung der Arbeitseinstellung oder Aufforderung hierzu.
4. Die Gesinde-Ordnung macht unser Gesinde nahezu rechtlos und läßt sogar die Zurückführung eines Gesindes in den Dienst zu.
7. Die Ausübung des Koalitionsrechts ist ihnen durch § 8 des Gesetzes vom 24. April 1854 fast unmöglich gemacht. Die Forderung der Gerechtigkeit kann nur sein: Fort mit allen diesen und anderen Ausnahme-gesetzen gegen ländliche Arbeiter, Gleichstellung der ländlichen Arbeiter mit den gewerblichen Arbeitern und Schaffung eines Arbeiter-schutz-Gesetzes für ländliche Arbeiter.

Die krampfhaften Anstrengungen der Junker, durch Einführung einer neuen Art Zwangsdienst die ländlichen Arbeiter in Hörigkeit zu erhalten, zeigen, daß selbst sie innerlich von der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeit der Erfüllung der oben skizzierten Forderungen überzeugt sind und diese nur noch durch brutale Gewalt-maßregeln, wie die gesetzliche Vertrauensklärung und Ausbürgerung der Landarbeiter, hintanzuhalten hoffen.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 8. November.

**Ueber die Kosten des südafrikanischen Feldzuges**  
 macht der „Hannoversche Kurier“ Mitteilungen ent-gegen der Meldung, daß von der Regierung demnächst ein Nachtragkredit von 86 Millionen gefordert werden würde. Das Blatt erklärt, die Ausgaben für Südwesafrika, die nach Vorschlag der Reichstags-Session im Frühjahr und bis jetzt entstanden seien, seien in einem besonderen Nachtrags-Etat zusammengefaßt. Eine bestimmte Angabe darüber ließe sich nicht machen, da ununterbrochen neue Aufwendungen ent-ständen, doch werde bis zur Eröffnung des Reichstages ein Abschluß gemacht werden, damit der Reichstag einen Ueberblick erhalte. Der regelmäßige Etat für Südwesafrika werde das Mehrfache seines bisherigen Umfangs aufweisen, da er die dauernden Ausgaben für die auf das Behn-fache des früheren Bestandes vermehrte Schutztruppe auf das nächste Jahr enthalte. Die Erhaltung der Schutztruppe in ihrer gegenwärtigen Form sei für das ganze nächste Rechnungsjahr vorgesehen. Stunz lämen noch die Kosten, die von jetzt ab bis zum 1. April 1905 entständen. Erst wenn man annehme, daß die Schutztruppe auch noch im Jahre 1906 auf dem gegenwärtigen Stande zu erhalten sein werde, bekomme man einen vollen Begriff von den Kosten des Krieges.

Diese Ausführungen des Hannoverschen Blattes bestreiten also durchaus nicht, daß von der Regierung eine Summe von kolossaler Höhe gefordert werde. Im Gegenteil, nach den Darlegungen des „Hannoverschen Kuriers“ wird die Regierung noch einen höheren Betrag beanspruchen, als 86 Millionen. Denn wenn die Schutztruppe in ihrer gegenwärtigen Höhe von weit mehr als 10 000 Mann auch noch im nächsten Jahre und sogar vielleicht noch im Jahre 1906 erhalten werden soll, so wird man mit 100 Millionen Mark nicht auskommen, auch nicht mit 200 Millionen. Die Viertel-Milliarden, die uns das chinesische Kriegsabenteuer gekostet hat, wird also auch durch die Kosten des südwesafrikanischen Aufstandes erreicht werden!

Man sieht also, daß die Ausgaben für Südwesafrika ins gerade Abenteuerliche anschwellen und absolut nicht im Ver-hältnis stehen zu den Vorteilen, die uns selbst nach den An-nahmen der vertegenstän Kolonialphantasten jemals durch die südwesafrikanische Kolonialpolitik erwachsen können! — Nicht unerhebliche Kosten wird auch der Bau einer Landungsbrücke verursachen, die jetzt in Swatopmund errichtet werden soll. Nach einer Meldung hat ein Eisen- und Stahl-

werk in Linden bei Hannover bereits die gußeisernen Pfeiler geliefert und in 10 Eisenbahnladungen abgeschickt. Auch dieser Bau dürfte ein hübsches Stück Geld kosten.

**Berlin, 8. November. Amtliche Meldung.** Stabsbaterinär Michael Koll am 6. November im Lazarett Windhul an Typhus (plötzliche Herzlähmung) gestorben. — Gefreiter d. R. Rudolf Kuz, geboren 30. März 1878, am 3. November in Olahandja plötzlich verstorben. — Reiter Karl Wolf, geboren 18. August 1882, am 3. November in Waterberg an Typhus gestorben. — Gefreiter Richard Schmidt, geboren 20. Dezember 1882, am 21. September im Patrouillengefecht gegen Warena bei Gais nördlich Warinbad leicht verwundet (Schuß in den Unter-arm). — Reiter Otto Bartels, geboren 23. Dezember 1882, am 5. Oktober im Gefecht bei Wasserfall West-rand Karasberge, verwundet (Schuß in den linken Unterarm). — Reiter Rudolf Drzischel ist am 6. Oktober an den Folgen der im Gefecht am 5. Oktober bei Wasserfall erhaltenen Wunde (Schuß durch den Rücken) verstorben. — Reiter Wilhelm Schloß-hauer am 21. September seiner an demselben Tage im Patrouillengefecht bei Gais erlittenen schweren Verwundung erlegen. — Reiter Georg Urschlecker, früher im Königl. bayerischen 2. Manen-Regiment, am 3. November im Gefecht östlich Olunjahi am Anie leicht verwundet.

**Berlin, 8. November.** General v. Trotha meldet aus Windhul unter dem 7. November: Hauptmann Wehle hat mit Leutnant v. Rheinbaben und 25 Reitern von Reetmanns-hoop aus die Stationsbesatzung Koad, Kaufmann Briehe nebst Frau und drei Kindern, Kaufmann Böck mit Frau, Anstiedler Herdert, Vastard Wilyh Döngen unverfehrt eingeholt.

Hans Hendrik, Welfschöndrager, nach Meldung vom 20. Oktober bis jetzt noch treu, will den Aufstand an-geblich nicht mitmachen.

**Auch eine Verstärkung der Kameruner Schutztruppe** soll von der Regierung beabsichtigt sein. Die Polizeitruppe, die bereits im laufenden Jahre um 300 Mann vermehrt worden ist, soll im nächsten Jahre abermals eine Verstärkung von 100 Mann erhalten. Außerdem soll die Kompanie der Schutztruppe, die im vorigen Jahre abgesetzt wurde, wieder hergestellt werden. Damit wird die Schutztruppe in Kamerun auf mehr als 1500 Mann gebracht sein. Einen Betrag dafür werden die Steuerzahler in einer entsprechenden Vermehrung der Zuschüsse für das Kameruner Schutzgebiet erhalten. —

**Vom Kanal-Verkehr-Monopol.** Das Abgeordnetenhause ist in die Ferien gegangen, um der Kanal-Kommission Zeit zur Beratung zu lassen. Die „Post“, in der wieder Herr v. Jedlich die Kanal-obstruktion leitet, meint hämisch, die Kommission werde sehr fleißig arbeiten müssen, um die Arbeit zu bewältigen. Der Arbeitseifer bewährte sich bisher lediglich in dem Ferieneifer.

In der Tat hat man eine Fülle von Anträgen über die Kommission ausgegossen. Der Zentrumsantrag, der dem Staate das Schleppmonopol sichern will, ist sachlich zweifellos begründet, wenn er auch zunächst nur dem Verschleppmonopol der Kanalrebellien dient. Zugleich ist dieser Antrag infolgedessen kein unglauer Schachzug der Kanalgegner, weil seine Bewilligung die Freude der Liberalen an dem Kanal stark beeinträchtigt. Der Antragsteller selbst hat übrigens seinen Monopolantrag inzwischen auf den Schleppbetrieb ein-geschränkt.

Freiherr v. Jedlich schildert in der „Post“ lebhaft die ungeheuren Schwierigkeiten des Werkes. Während das Kartell der Zollwucherer den das ganze wirtschaftliche Leben umfassenden Zollars ohne Einzel-beratung durchgeprellt, bedarf man in Preußen, obwohl die Kanal-frage nun fünf Jahre lang traktiert wird, angeblich noch der Er-örterung der ersten Grundfragen:

Zunächst liegen bereits Anträge vor, in dem Gesetzentwurf die Kanalisierung der Lippe, der Mosel, Saar und Rahn mit auf-zunehmen. Ferner sind zu erledigen die Fragen der Einführung eines staatlichen Schleppmonopols auf der neuen Wasserstraße, der Einführung von Abgaben auf den regulierten Strömen, der Ge-währung eines weitgehenden Enteignungsrechtes betreffs des an den Kanal angrenzenden Geländes, der Einführung eines wasser-wirtschaftlichen Rates, und endlich die Frage der Einführung des förmlichen Verfahrens zur Feststellung derjenigen Maßnahmen, welche vom Staate zur Verhütung von Beschädigungen der be-nachbarten Grundstücke und im öffentlichen Interesse zu treffen sind.“

In der Diensttags-Sitzung der Kommission gab Minister v. Bubbe zunächst Zahlen über die Verlebenssteigerung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk. Dann fand eine lange Geschäftsordnungs-Debatte statt, ob die Beratung in der vom Abg. Am Rehnhoff beantragten Reihenfolge vor sich gehen soll. Von nationalliberaler Seite wurde die Verfrachtung ausgesprochen, es könnte die Beratung über die An-träge Am Rehnhoff die Verhandlungen zu sehr in die Länge ziehen. Außerdem ständen diese Dinge, z. B. die Abgaben auf den Strömen, mit dem Kanal in keiner notwendigen Beziehung. Die Kommission nahm aber den vom Abg. Am Rehnhoff vorgeschlagenen Gang der Verhandlungen an und verworf auch den von freisinniger Seite ge-machten Vorschlag, wenigstens die Debatte über die Abgabenerhebung auf den Strömen an den Schluß zu setzen.

Sodann erluchte der Minister für öffentliche Arbeiten im Auftrage des Reichskanzlers die Mitglieder der Kommission, die Verhandlungen über diesen letzteren Punkt als vertraulich anzusehen, da auch das Ver-hältnis zu anderen Staaten in Betracht käme. Sodann entwickelte der Referent Abg. Dr. Am Rehnhoff ausführlich die Vorzüge des staat-lichen Schleppmonopols. Ein Bundesverhältnis von Eisenbahn und Kanal sei für beide nützlich, da dann die Konkurrenz wegfiele, beide vielmehr ein Interesse daran hätten, sich gegenseitig zu fördern. Ferner könne der Staat durch die Tarifgestaltung den Ausgleich wirtschaftlicher Verschiebungen herbeiführen. Dem Auslande gegenüber könnten die Tarife wie ein Schutzwall wirken. Es ließe sich allerdings auch mit den Kanalschiffen viel machen; aber bei diesen liegen sich keine Kanalisierung vornehmen, da man nur drei Klassen habe. Viel wirksamer sei die Tarifgestaltung, wenn die Schleppgebühren hinzukämen. Die Frage werde auch nicht sein, ob Monopol oder nicht, sondern ob staatliches Monopol oder das Monopol der Jechen







**Vorgeschritten haben.** Die Verfassung sagt aber nichts darüber, was zu geschehen hat, wenn die Wahlen in der ersten Versammlung nicht erfolgen. Man wird annehmen, daß die Wahl dann zu erfolgen habe, wenn der Umstand, der die Vornahme der Wahl verhindert, beseitigt ist. Dr. Kupper aber erklärte, daß sich die Liberalen eines schärferen Verstoßes gegen die Verfassung schuldig gemacht hätten und entwarf ein Gesetz, durch das der nie dagewesene Fall geregelt werden sollte. Inzwischen aber kam die Zeit, wo die Provinzialstaaten in allen Provinzen ihre gewöhnlichen Versammlungen abhalten. Die Oberhessischen Staaten waren nunmehr wieder komplett und benutzten die Gelegenheit, die Wahl der Mitglieder für die Erste Kammer nunmehr vorzunehmen. Alle 23 Liberalen waren anwesend, dagegen fehlte ein Merkaler wegen Krankheit. Die Liberalen hatten also von vornherein die Mehrheit. Die sozialdemokratische Stimme glaubte man nicht einmal nötig zu haben. Deito härter war der Schlag für die Liberalen, als mit 23 Merkaler gegen 22 liberale Stimmen und einen weißen Stimmzettel 2 Merkaler gewählt wurden. Nur für den dritten Sitz wurde ein Liberaler gewählt. Der weiße Stimmzettel war von dem Sozialdemokraten abgegeben worden, da die drei liberalen Kandidaten sämtlich die reaktionärste Richtung verkörpern, der Sozialdemokrat also kein Interesse daran hatte, diese Leute zu wählen. Dagegen mußte ein Liberaler Merkaler Stimmzettel abgegeben haben! Trotzdem die Stimmenabgabe geheim ist, erhoben sich doch bei lebhaften Anlässen gegen einen gewissen van Diggelen, den Großmeister der Niederländischen Freimaurer. Es ist begreiflich, daß die liberale Presse schämt und die Merkaler sich die Hände reiben, sind ihnen doch durch die Treulosigkeit eines Liberalen 2 Kammerplätze in den Schoß gefallen, wodurch ihre Mehrheit in der Ersten Kammer auf 14 Stimmen angewachsen ist. Es sitzen jetzt nämlich 32 Merkaler und nur 18 Liberale im Senat. Das Erscheinen und die Empörung über diesen unerwarteten Ausgang des seltenen Falles haben sich noch immer nicht gelegt.

**Wahltag.** In Arnheim wurde Genosse Halldingen in den Gemeinderat gewählt und zwar mit 732 Stimmen gegen 682 Stimmen, die auf seinen Merkaler Gegner entfielen.

### Norwegen.

Die heimlichen Anarchistenverträge, die auf Verreiben Rußlands mit verschiedenen europäischen Ländern abgeschlossen worden sind, gaben am Sonntag bei der Debatte über die Thronrede im norwegischen Storting Veranlassung zu einer scharfen Auseinandersetzung. Nach der norwegischen Verfassung ist die Regierung verpflichtet, die mit anderen Staaten abgeschlossenen Verträge dem Storting vorzulegen, mit Ausnahme einzelner Artikel, die jedoch den belangigsten nicht widersprechen dürfen. Der radikale Castberg richtete nun an den Staatsminister Hagerup die Frage, ob Norwegen den russischen Vertrag gegen die Anarchisten unterzeichnet habe. Hagerup erklärte, der Vertrag sei geheim; doch wolle er so viel sagen, daß nichts geschehen sei, was die persönliche Freiheit kränken könne. Castberg erwiderte, es sei bezweifelnd, daß man sich weigere, auf die Frage zu antworten. Es müsse Klarheit geschaffen werden. — Der Redner verlas einige Absätze des Vertrages, die Vorschriften über die Behandlung der Anarchisten enthaltend, daß sie festgenommen, nach ihrem Heimatland transportiert und der Polizei überliefert werden sollen. — Dieser Vorschlag konnte von Rußland, und sei gemacht, um die russischen Verhältnisse zu stützen. Wenn man etwas derartiges unterschrieben habe, so sei das eine sehr bedenkliche Sache. — Hagerup bemerkte, er halte es nicht für gefällig, den Inhalt des Vertrages mitzuteilen. — Castberg äußerte die entgegengelegte Meinung. Es sei sonderbar, daß Norwegen einem solchen Vertrag zustimmen sollte, den Länder wie England und die Vereinigten Staaten nicht annehmen konnten. — Im weiteren Verlauf der Debatte, die sich nun wesentlich auf die Auslegung des erwähnten Artikels der Verfassung bezog, forderten Konow, Verner und andere Liberale entschieden die Vorlegung des Vertrages; ebenso unser Parteigenosse Erlsen. „Man muß also als feststehend ansehen“, sagte Erlsen, „daß mit Rußland ein geheimer Vertrag abgeschlossen ist. Aber schlimmer noch als das ist der Umstand, daß der Staatsminister die Verfassung so auslegt, als habe die Regierung ein Recht, dem Storting die Vorlegung solcher Verträge zu verweigern. Das muß auf freier Wege führen. Darum muß man verlangen, daß der Vertrag dem Storting vorgelegt werde.“ — Weiterhin erklärte unser Parteigenosse: „Der Staatsminister spricht von dem Umgehen der Gesetze als von einer sehr gleichgültigen Sache. Das legt mich in höchsten Grade in Erstaunen. Die Sache ist so bedenklich, daß ich nicht einmal glaube, daß die Rechte eine solche Handlungsweise billigen kann. Die Frage muß sofort entschieden werden.“ — Hagerup ließ sich jedoch trotz aller Angriffe nicht bewegen, irgend etwas von dem Inhalt des Vertrags mitzuteilen. Dem hartbedrängten Staatsminister kamen einige Konservative zu Hilfe. Die Debatte endete ergebnislos mit dem üblichen Beschluß, die Thronrede zum Protokoll zu legen. Wahrscheinlich wird jedoch die Frage nach dem russischen Anarchistenvertrag in einer späteren Sitzung wieder auftauchen. In einem demokratischen Lande wie Norwegen, wo für die Propaganda der Tat durchaus kein Nährboden vorhanden ist, liegt selbstverständlich am allerwenigsten irgend ein Grund vor, besondere Maßnahmen gegen Anarchisten zu treffen, es sei denn Liebedienerei gegen Rußland.

### England.

#### Ueber den englisch-russischen Konflikt

verbereitete sich am Montag abend der Kolonialsekretär Chittleton in Leamington. Er erklärte, daß von den einigen Wählern gebrachte angebliche Wortlaut des englisch-russischen Abkommens nicht authentisch sei. Man müsse mit seinem Urteil warten, bis der endgültige Text vorliege, der wahrscheinlich demnächst veröffentlicht werde. Chittleton bemerkte ferner, daß England an den vier von ihm ursprünglich gestellten Forderungen festgehalten habe. Was die dritte Forderung, die die Bestrafung der Schuldigen betrifft, anlangt, so habe Kaiser Nikolaus ausdrücklich erklärt, daß die Schuldigen die gebührende Strafe treffen werde. Er sei der Ansicht, daß die beste Hoffnung dafür vorhanden sei, daß die Forderungen sofortige Erfüllung finden würden.

Diese Erklärung ändert nichts an der Tatsache, daß die russische Sühne für die Beschädigung der englischen Fischerboote ohne Zweifel recht mager ausfallen wird. In Petersburgur Mitteilungen wird denn auch ernstlich bestritten, daß Rußland überhaupt eine Bestrafung der schuldigen Offiziere zugesagt habe. Rußland werde sich unter keinen Umständen von England in dieser Beziehung etwas diktieren lassen. Auch halten die russischen Wähler, die doch nur das Veröffentlichende dürfen, was die Zensur gestattet, an der Legende fest, daß bei dem Zwischenfall in der Nordsee eine Vertauschung der Torpedos mit Fischerbooten ganz unmöglich stattgefunden haben könne. — Was aber auch von dem Schiedsgericht festgesetzt werden möge, England hat schon deshalb eine Niederlage erlitten, weil es der russischen Flotte gestattet, seine Fahrt unter dem Verantwortungsbild Admiral Roschidschewskij fortzusetzen, nachdem Rußland ihm die lächerlich geringfügige Konzession gemacht hatte, ganze 4 Offiziere zum Zweck der Zeugenvernehmung in Vigo ans Land zu setzen.

### Die Gemeindevahlen.

London, 5. November. Obwohl keine genauen Angaben über die Resultate der vor einigen Tagen abgehaltenen Gemeindevahlen vorliegen, so ist doch soviel klar, daß sie eine Verschiebung nach links zeigen. Die Stimmenzahl, die auf die gewerkschaftlichen und sozialistischen Kandidaten gefallen ist, zeigt eine Zunahme gegen das Vorjahr. Eine Vergliederung der Wahlergebnisse wird sich erst in der nächsten Woche geben lassen, vorläufig sei hier das Urteil der „Justice“ wiedergegeben: „Außer den bedeutenden Gewinnen in Aberdeen, Madburn, Brighton, Burnley, Carlisle, Rochdale und Southend, zeigen die sozialdemokratischen Stimmen fast überall eine Zunahme. . . . Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß, wo Sozialdemokraten erst in Betracht kommen, die beiden bürgerlichen Parteien sich vereinigen. Dies ist besonders der Fall in West Ham, wo die bürgerlichen Kandidaten die alte Parteinamen abgeworfen und sich

in der „Gemeinde-Allianz“ verschmolzen haben. . . . In Süd-West-Ham, im Wahlkreis des Genossen William Thorne, wurden 6681 sozialistische Stimmen gegen 5729 bürgerliche abgegeben, so daß Thorne die beste Aussicht hat, bei den nächsten Parlamentswahlen als sozialdemokratischer Abgeordneter ins Unterhaus zu gelangen.“ Erwähnenswert ist auch der Sieg des Genossen William Evans in Brighton. Evans ist Mechaniker und schreibt sehr oft für das Fachblatt seiner Gewerkschaft. Er ist einer der besten Männer der englischen Sozialdemokratie.

### Rußland.

#### Reservistenunruhen.

Petersburg, 6. November. (Meldung der „Russischen Telegraphenagentur“.) Ueber die im Wittebischen und Kiewischen Gouvernement anlässlich der Einberufung der Reservisten stattgehabten Ausschreitungen wird gemeldet, daß dieselben am heftigsten in Kiew gewesen sind. Dort wurden Magazine geplündert. In Smolensk fand ein Aufruhr vor der Wohnung des militärischen Befehlshabers statt. In Pologz dauerten die Unruhen drei Tage, Ausschreitungen gegen die Juden wurden rechtzeitig verhindert. In Kasinen wurden die Brantweinmiedelagen geplündert. Auf den Stationen Kreuzburg und Sirotino wurden die Wäpsteis zertrümmert. Im Kiewischen Gouvernement wurde ein Gutbesitzer überfallen und seiner Geldkassette beraubt. In Wisow (Gouvernement Mohilew) wurden Häuser geplündert und zerstört. In mehr als 100 Kreisen von den 119, in welchen Mobilisierungen stattfanden, ist es ganz ruhig geblieben. Mit der Untersuchung der Vorfälle ist der Gehilfe des Ministers des Innern Generalmajor Abdsewitsch beauftragt worden. — Ferner wird der „Russischen Zeitung“ gemeldet: Durch die überaus rohe Behandlung der einberufenen russischen Reservisten, denen weder der verdienstliche Sold ausbezahlt, noch irgendwelche Fürsorge in bezug auf Kleidung und Verpflegung zuteil wird, ist die Lage in den russischen Westprovinzen in den letzten Tagen ungewöhnlich ernst geworden, zumal umstürzlerische Elemente überall zum offenen Widerstande aufreizen. In einem an die Soldaten trotz strenger Kontrolle verleiteten Flugblatte heißt es u. a.: „Keiner, der in den Krieg geht, leidet von dort zurück. Besser hier in der Verteidigung unserer Rechte untergehen, als dort unnütz Blut zu vergießen. Wir Arbeiter können nicht mehr gleichgültig zusehen, wie unsere Genossen untergehen. Widersteht Euch überall, steht einander bei, schützt Euch, schützt die anderen!“ In Kasnow wurden von Reservisten die Läden geplündert. In Winorotowa wurde eine Zuderfabrik gestürmt, wobei mehrere Personen getötet, andere verwundet wurden. Bei Noworadowsk stehen 30 000 Mann auf freiem Felde, die sich durch den Mangel an Nahrung und an genügender Ausrüstung in stark verfallenen Zustände befinden. In Warschau kam es bereits zu Ausschreitungen, wobei Polizisten und Kosaken gegen die Menge mit blanker Waffe vorgingen. Hierbei wurden zahlreiche Personen schwer verletzt. In Radomsk kam es zwischen Reservisten und dem regulären Militär zu einem Zusammenstoß, bei welchem ein Kapitän von den Reservisten erschlagen wurde. Eine Anzahl Reservisten wurde getötet oder verwundet. Die Brantweinmonopolstellen wurden dort demoliert. Ebenso kam es in Gienochau und auf der Eisenbahnstation Maszow zu blutigen Ausschreitungen. Weitere Unruhen werden allenthalben befürchtet. In Radomsk fand wieder ein Zusammenstoß zwischen Reservisten, Polizei und Militär statt, wobei letzteres mit blanker Waffe einhieb und auf die Menge mit scharfen Patronen schoss. Von Reservisten wurden viele getötet oder verwundet. Volksmassen drangen in die Kaufmannsläden und plünderten sie. Eine nach Tausenden zählende Volksmenge zieht unter Abhängen polnischer Nationallieder auf den Straßen herum unter drohender Haltung und Vernichtung alles dessen, was ihr in den Weg kommt.

#### Straßenkundgebungen gegen die Mobilisation.

Warschau, 4. November. (Eig. Ber.) Am 30. Oktober wurden die Straßen Warschaws wieder zum Schauplatz einer von Warschauer Komitee der Sozialdemokratie Russisch-Polens aus Anlaß der erfolgten Einberufung der Reservisten veranstalteten Protestdemonstration, die mit Recht als die weitaustragendste und imposanteste unter den in den letzten Monaten hier so häufigen öffentlichen Kundgebungen angesehen werden darf.

Eine ganze Woche vorher wurde unter der seit dem letzten blutigen Zusammenstoß mit der Polizei (siehe „Vorträge“, Nr. 259) immer noch sehr aufgeregten Arbeiterschaft eine rege Agitation für die geplante Kundgebung entfaltet, und nun bot gegen 4 Uhr am angegebenen Tage die zum Sammelplatz der Demonstranten bestimmte Broniastraße ein interessantes und für die russische „Freiheit“ charakteristisches Bild dar. Von allen Neben- und Querstraßen strömten in großen und kleineren Haufen die Arbeiter herbei, so daß die Straße bald von einer dichten Menge bedeckt war. Die Herbeieilenden fanden jedoch den Posten von der Polizei, die augenscheinlich rechtzeitig Wind bekommen hatte, bereits besetzt. Zahlreiche berittene Kosaken- und Gendarmenpatrouillen auf Schritt und Tritt, unabhägige Schulkleute auf der Straße, Polizisten und Kosaken truppweise in vielen Höfen verstreut, die Hausdame, mit Änuelien bewaffnet, vor den geschlossenen Haustoren, eine Kosakenreitere von 200 Mann im Hofe des Salvatorbräus postiert, um auf den ersten Wink über die Menge herzufallen. Im Salvatorbräu hat auch der Polizei-Generalstab sein Quartier aufgeschlagen. Unter diesen Umständen hier eine Demonstration in Szene zu setzen, hieß ein furchtbares Blutbad heraufbeschwören, dies haben die Veranstalter sofort ein und faßten rasch den Entschluß, die Kundgebung nach der in einiger Entfernung von hier gelegenen Nialastraße zu verlegen. Etwa 300 organisierte Arbeiter begaben sich sofort nach dem neu gewählten Orte, andere blieben zurück, um von der versammelten Menge so viele als möglich ebenfalls dorthin zu lenken. Die Diverston gelang vollkommen. Die Polizei hatte zu sehr mit der ungeheueren Menge alle Hände voll zu tun, um dem Verschwinden von einigen Tausend Personen, die sie selbst nach allen Richtungen auseinander zu treiben suchte, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Inzwischen sah sich in der Broniastraße herumstritt, setzte sich in der von Schulkleuten fast gänzlich entblöhten Nialastraße der Demonstration an, in Bewegung, der bald, nach beschleunigter Berechnung, bis 5000 Teilnehmer zählen mochte. Der Zug passierte unter Gesang revolutionärer Lieder einige Straßen. 30 Infanteriesoldaten, die zufällig in die Menge hineingeraten waren, entblöhten das Haupt und replizierten auf den Ruf in russischer Sprache: „Nieder mit der Alleinherrschaft!“ jedesmal mit einem tief überzeugten: „Nieder mit ihm!“ Die Demonstration dauerte über eine halbe Stunde. Als berittene Kosaken heranzugewandert, hatte sich der Zug bereits aufgelöst.

### Die Lage Port Arthurs

wird in den verschiedenen heute vorliegenden Telegrammen wiederum sehr verschiedenartig dargestellt. Nach einigen Nachrichten sollen die Japaner tatsächlich das Fort Erlangschun genommen haben. Selbst in Petersburg glaubt man, daß die Festung sich höchstens noch 4 Tage halten könne. Ganz Port Arthur sei in Trümmer gelegt. Nach anderen Meldungen jedoch sollen die außerordentlich tapferen Angriffe der Japaner an dem russischen Widerstande zerschellt sein. Hinter der Front von Erlangschun besäßen die Russen neue und alte Batteriestellungen, die mit Geschützen schweren Kalibers versehen seien. Auf diese Stellungen konnten sich die Russen zurückziehen, ohne die Herrschaft über die innere Verteidigungslinie zu verlieren. So lange die Russen noch Liautichan behaupteten, sei den Japanern eine Besetzung Port Arthurs unmöglich.

London, 8. November. „Daily Telegraph“ meldet vom 7. d. M. aus Tschifu: Die außerordentlich tapferen Frontalangriffe der Japaner vermochten nicht, Port Arthur zu Fall zu bringen. Die Angriffe waren sehr verlustreich. Hinter der Front von Erlangschun besäßen die Russen neue und alte Batteriestellungen mit Geschützen schweren Kalibers, auf die sie sich zurückziehen können, ohne die Herrschaft über die inneren Verteidigungs-

linien zu verlieren. So lange die Russen noch Liautichan inne haben, ist den Japanern die Besetzung Port Arthurs unmöglich.

Einige Blätter melden aus Tschifu, daß die Russen nach wie vor durch chinesische Dampfen Lebensmittel erhalten. Die japanischen Truppentransporte aus Dalny dauern an. Die Japaner sollen den Tiluagshan, der die Stadt beherrscht, genommen haben.

Petersburg, 8. November. Nach Depeschen aus Mukden sind die Japaner an der Arbeit, ihre Winterquartiere heranzurichten und mit starken Befestigungen zu umgeben. Da stärkliche Kälte und Schneestürme herrschen, glaubt man russischerseits nicht, daß die Japaner eine Schlacht annehmen werden. Seit acht Tagen fehlt jede Nachricht aus Port Arthur, was große Anruhe hervorruft. Wie es heißt, sollen nunmehr familiäre in Europa stationierten Armeekorps den Befehl zur Mobilisierung erhalten und nach dem Kriegsschauplatz abgehen. Neuerdings finden Unterhandlungen mit auswärtigen Lieferanten wegen Abschlußes großer Lieferungen von Konservern, Munition, Kleidern u. s. f. statt.

London, 8. November. „Central News“ berichtet, daß es 30 000 Russen gelungen sei, in Korea einzudringen, und zwar auf der nordöstlichen Seite. Die Truppen bedrohen ernstlich die japanischen Verbindungslinien. General Liniewitsch hatte diesen Plan schon längst vorbereitet, mußte seine Ausführung aber aus verschiedenen Gründen verzögern. Die hiesigen Blätter kommentieren diese wichtige Operation, die meisten Militärkritiker sind der Ansicht, daß die Japaner vor dem Falle von Port Arthur keine größeren Operationen mehr ausführen werden. Der Mitarbeiter des „Morning Leader“ erklärt, die Japaner dürften im weiteren Verlaufe des Krieges vor so ungeheuren Opfern wie in den bisherigen Schlachten zurückschrecken.

London, 8. November. Aus Petersburg wird gemeldet: Als Beweis für die ungeheuerlichen Verluste in der Schlacht am Sacho darf der Umstand gelten, daß in der Zeit vom 12. bis 22. Oktober das russische Rote Kreuz allein 46 Bzüge mit Verwundeten und Kranken nach Norden beförderte, worin sich insgesamt 37 000 Mann befanden; außerdem haben die Ambulanzzüge der Armee gleichfalls zahlreiche Verwundete und Kranke nach Norden geschafft.

#### Russische Truppentransporte.

Aus Liaojang wird der „Ostwoboschdenje“ geschrieben: „Die allge Evaluation der Verwundeten per Eisenbahn ist geradezu entsetzlich. Von den Verwundeten sterben in jedem Zuge mehrere, die infolge des schlecht angelegten Verbandes verbluten. Zwischen den Güterwagen gibt es keinen Durchgang, so daß das Personal mit der notwendigen Arbeit nicht fertig werden kann. Im Güterzuge sind über 800 Kranke und Verwundete eingeperrt. Sie sind auf Matten hingelagert worden. Da es keine Aborte im Zuge gibt, so wurde der ganze Zug durch die Exkremente der Ruhrkranken zu einem Ansteckungsherd. Außerdem müssen in diesen improvisierten Sanitätszügen, in denen es keine Kläden gibt, die Kranken und Verwundeten oft tagelang hungern, da die Depeschen nach den Verpflegungspunkten in der Regel zu spät kommen. Die Militärspitäler haben nicht genügend Personal. In allem fehlt. Man bekommt nie satt zu essen. Oft werden Kranke nach den Spitalern zu Hunderten ohne jedwede Dokumente gebracht. Sterben dieselben, was oft genug passiert, so weiß man weder den Namen noch das Regiment des Dahingegangenen. Eine solche Eile bei der Evaluation der Verwundeten, die jeden medizinischen Forderungen Dohn spricht und Hunderten von Menschen das Leben kostet, ist die Folge des Wirrwarrs, der Unordnung, welche unter den Hauptangestellten der Sanitätsabteilung herrscht. Auch spielt die bis zur Panik übertriebene Angst vor den Japanern eine Rolle. Sie werden jeden Augenblick erwartet: sie würden kommen und die Kranken und die Vorräte mitnehmen. Und trotzdem sind die Spitäler der Avantgarde leer, und die Kranken und Verwundeten ziehen stets der Armee nach müssen auf schmutzigem Boden liegen und es werden keine Vorrichtungen für sie getroffen. . . . Das Sanitätspersonal wird aus Strolchen rekrutiert. Sie sind immer betrunken und sind Urheber verschiedener Skandale. Auch bleiben sie nicht lange im Dienste. Gewöhnlich laufen sie nach zwei, drei Tagen davon. . . .“ — Wie die „Nowoje Wremja“ mitteilt, hat der vor kurzem aus dem fernen Osten nach Moskau zurückgekehrte Militärarzt Gindman die in den Korrespondenzen wiederholt hervorgehobene Unordnung bei der Evaluation bestätigt. Nach der Schlacht bei Liaojang sind 3000 Verwundete in Charbin zurückgeblieben und man wußte tatsächlich nicht, wo man sie lassen sollte. Drei Tage lang mußten sie in den Güterwagen liegen bleiben. Alle Eisenbahngleise waren von mit Verwundeten überfüllten Zügen besetzt. In Charbin befanden sich zu jener Zeit schon 14 000 Kranke und Verwundete. Von Zentai wurden 170 Verwundete in offenen Kohlenwaggons nach Charbin transportiert. Es fehlte überall an Ärzten und Sanitätspersonal.

### Aus Industrie und Handel.

**Konkurrenz der englischen Kohle im ober-schlesischen Absatzgebiet.** Aus ober-schlesischen Großhandelskreisen, anscheinend des Kohlenhandels, bringt der „Breslauer General-Anzeiger“ eine Klage über die Zunahme des Verbrauchs von englischen Kohlen in Berlin und der Provinz Sachsen. Die Reichsstatistik weist für die Sommermonate eine starke Zunahme des Verbrauchs englischer Kohlen in Berlin und dessen Umkreis auf. „Diese Ziffern erreichen aber“, wie das Blatt angibt, „nicht annähernd die Höhe der tatsächlich nach Berlin abgeschlossenen Quantitäten englischer Kohle, denn die Zufuhr auch dieses Materials auf dem Wasserwege war in den Sommermonaten, wenn auch nicht gestört, so doch beeinträchtigt. So haben z. B. die Berliner Gaswerke entgegen ihren bisherigen Gepllogenheiten fast ihren gesamten Kohlenbedarf in diesem Jahre durch englisches Material gedeckt, aber in den Sommermonaten kaum ein Drittel der regulären Bezüge erhalten. Außer den sächsischen Gaswerken haben auch eine Reihe von Fabriken, die sonst ober-schlesische Kohle kaufen, englische Kohle verschlossen. Wie bedeutend der Absatz ausfall Ober-schlesens war, läßt sich tagieren an der Feststellung, daß man in Berlin während dreier Monate ober-schlesische Kohle zum Bezug auf dem Wasserwege überhaupt nicht anbringen konnte, während englische Kohle fortgesetzt zu Preisen zu haben war, die den niedrigen Notierungen von 1897 beinahe gleichkamen. Im Berliner Umkreis war im Vorjahre für ober-schlesische Kohle ein neues starkes Absatzgebiet geschaffen worden, indem man die Kohle bei den Ziegeleien eingeführt hatte. In diesem Jahre konnten die neuen Verbindungen nicht weiter verfolgt werden, da die Lieferung ober-schlesischer Kohle auf dem Wasserwege während der Hauptkampagne der Ziegeleien nicht möglich war. Auch im ganzen Magdeburger Revier hat der Absatz englischer Kohle zugenommen.“

Die Tatsache, daß in den genannten Gebieten der Verbrauch englischer Kohlen zugenommen hat, stimmt. Aber der „Breslauer General-Anzeiger“ hätte noch hinzusetzen sollen, welche Gründe die großen Werte veranlaßt haben, die englischen Kohlen den ober-schlesischen vorzuziehen; es sind das die hohen Preisfestsetzungen der ober-schlesischen Kohlenkonvention und die harten Bedingungen, die sie dem Käufer stellt. Trotz der Frucht von England bis Hamburg bezw. Stettin und von dort nach Berlin heißt sich hier häufig der Preis für englische Kohlen niedriger als für ober-schlesische Kohlen



von annähernd gleicher Güte. Die Kohlenbergwerke Oberschlesiens zahlen die niedrigsten Löhne; ihre Kohlenpreise halten sie aber so hoch, wie die Konkurrenz Westfalens und Englands irgend gestatten.

**Neue japanische Anleihe.** Die der Londoner „Standard“ beirichtete, beschäftigt die japanische Regierung, in England eine neue Anleihe aufzunehmen, doch solle wiederum ein Teil der Anleihe in New York ausgeben werden. „Es ist“, schreibt das Blatt, „feineswegs zureichend, daß sich die japanische Regierung in Geldverlegenheit befindet, andererseits jedoch sind die Ratgeber des Mikado vollständig davon überzeugt, daß es wünschenswert ist, den geeigneten Moment zur Begebung einer ausländischen Anleihe, die schließlich doch aufgenommen werden muß, wahrzunehmen. Von den jüngst hier aufgelegten 10 Millionen Pfund Sterling befindet sich etwas mehr als die Hälfte in Schatzkassenschein und in bar bei der Bank von England, die bilden einen Teil der Garantie für die Notenausgabe in Japan. Was die demnächstige Emission anbelangt, so scheint eine Anleihe von ungefähr 12 Millionen Pfund Sterling bereits arrangiert zu sein; der Zeitpunkt der Emission wird von den Verhältnissen am Londoner Geldmarkt und von der Situation im fernem Osten abhängen. Man nimmt an, daß die neue Anleihe absolut gesichert ist.“

**Neubau der Deutschen Bank.** Die Deutsche Bank hat, da das jetzt von ihr benutzte Gebäude nicht mehr genügt, den diesen gegenüberliegenden Grundstückskomplex innerhalb der Strahlenzüge der Französischen-, Jäger-, Rauer- und Kanonenstraße mit Ausnahme der Gebäude der Hamburger Hypothekbank und der Kommerz- und Diskontobank angekauft. Dieser Erwerb erstreckt sich auf insgesamt 300 Quadratmeter, wofür ein Kaufpreis von rund 4 1/2 Mill. Mark bewilligt worden ist. Die Bank beabsichtigt, auf diesen Grundstücken ein großes neues Bankgebäude errichten zu lassen.

**Der Gelsenkirchener Bergwerks- und Hütten-Trakt.** Die Gelsenkirchener Bergwerks- und Hütten-Gesellschaft fordert die Aktionäre des hiesigen Hütten-Aktienvereins zu Rothe Erde und der Aktiengesellschaft Schalker Gruben- und Hüttenverein zum Umtausch ihrer Aktien auf. Der Umtausch erfolgt in der Weise, daß auf je 4000 M. vom 1. Juli 1904 ab gewinnanteilsberechtigten Aktien des hiesigen Hütten-Aktienvereins je 10 800 M. neue Gelsenkirchener Aktien sowie eine bare Zahlung von 176 M., auf je 12 000 M. gleichfalls vom 1. Juli 1904 ab gewinnanteilsberechtigten Aktien des Schalker Gruben- und Hüttenvereins je 30 000 M. neue Gelsenkirchener Aktien und eine bare Zahlung von 600 M. entfallen. Dieses Angebot soll jedoch den Aktionären derjenigen Gesellschaft gegenüber wirkungslos werden, von der nicht mindestens 75 Proz. des Aktienkapitals zum Umtausch eingereicht werden.

### Die Deutsche Bank und ihre Angestellten.

Wir brachten vor einigen Wochen verschiedene Briefe von Angestellten der Deutschen Bank zum Abdruck, in welchen diese sich über allerlei in dem Institut vorhandene Uebelstände beschwerten. Seitdem sind uns von Beamten der Deutschen Bank weitere Beschwerde-schriften zugegangen, von welchen wir vorläufig jedoch nur den nachstehenden Brief veröffentlichen, indem wir zugleich nochmals an die jungen Bankbeamten die Mahnung richten, sich dem Zentralverband deutscher Handlungsgeschäfte (Neue Friedrichstraße 20, bei Herrn Otto Urban) anzuschließen.

In der Zuschrift heißt es nach einigen einleitenden Worten: „Einen recht sonderbaren Standpunkt nimmt die Deutsche Bank ihren Belehrenden gegenüber ein. Sobald ein solcher bei der Bank angelernt hat, stellt ihn diese mit einem Gehalt von 1000 M. jährlich — 83,10 M. monatlich — an. Dagegen zahlt sie jedem jungen Mann, der eben in einem anderen Geschäft angelernt hat, selbst wenn er nicht einmal in einem Bankgeschäft gelernt hat, jährlich 1200 M. Gehalt. Von dem Einkommen von 83,10 M. gehen noch ab 3,29 M. für Krankenkasse und 1 M. als zwanzeiwertiger Beitrag zum Klub. Infolgedessen bleibt dem Angestellten nur das spärnerengetende Einkommen von 79,11 M. monatlich.“

Weshalb macht die Bank den auffälligen Unterschied zwischen den eigenen angelernten Lehrenden und den aus anderen „Geschäften“ kommenden jungen Kommiss? Ich wiederhole ausdrücklich noch einmal „Geschäften“, da diese Belehrende häufig nicht einmal aus anderen Banken kommen. Glaubt die Deutsche Bank vielleicht annehmen zu müssen, daß ihre eigenen Belehrende weniger lernen und ihr weniger Nutzen bringen, als die in anderen Geschäften ausgebildeten?

Ferner möchte ich einen im Publikum sehr verbreiteten Irrtum endlich einmal richtig stellen. — „Geschäftsstunden 9—5, Sonnabends 9—3“, steht an den Türen aller Depositenkassen, denn mit diesen kommt ja das Publikum hauptsächlich in Verbindung. Das Publikum denkt nun vielfach, daß wir auch bald nach 5 resp. 3 Uhr dienstfrei sind. Weit gefehlt! Wenigstens acht Monate im Jahre müssen wir bis 8 Uhr abends arbeiten. Während der Abkühlzeiten, d. h. vom 1. Januar bis 15. Februar und vom 1. bis 15. Juli sind wir sogar glücklich, wenn wir schon um 9 Uhr abends „das Lokal“ verlassen dürfen. Ja, manche Vorkrieger tadeln mit rüchrichtloser Strenge darüber, daß ihre Angestellten während dieser Zeit nicht vor 10 Uhr herauskommen; manche verlangen sogar, daß nicht vor 11 Uhr Schluss gemacht wird. Wer sich erkühnt, ohne unterwürfig um gnädigste Erlaubnis gebeten zu haben, früher zu gehen, der hat die Folgen zu tragen, und diese sind manchmal recht herbe.

Das Schlimme ist ferner, daß der Angestellte gegen solche Willkür seines Vorgesetzten nur selten etwas ansprechen darf. Denn selbst wenn der jüngere Angestellte an der zuständigen höheren Stelle seinen Fall vortragen darf, so glaubt man ihn kaum, weil man den Vorgesetzten als älteren Beamten für „gläubwürdiger“ hält. Oder aber der Beschwerdeführer wird angewiesen, sich „zwecks Einigung“ mit seinem Vorgesetzten auseinanderzusetzen. Dadurch wird man natürlich erst recht dem Gutdünken der Vorgesetzten preisgegeben.

Freilich hat die Direktion vor circa zwei Jahren die Vorgesetzten durch ein Mundstücken eracht, dafür zu sorgen, daß die Angestellten möglichst zeitlich die Bureauräume verlassen können. Doch mit dem Erlassen solcher Verfügung allein ist nichts geleistet. Die Direktion muß sich auch darum kümmern, ob die Verfügungen befolgt werden! Andernfalls setzt sie sich dem Verdacht aus, solche Verfügungen nur zum Schein erlassen zu haben.

Manche Vorgesetzten beurteilen nämlich die Tüchtigkeit ihrer Angestellten danach, wie lange diese abends im Bureau sitzen. Sehen dann einzelne früher, als es den „hohen Vorgesetzten“ genehm ist, so üben diese sofort einen derartigen Druck auf ihre „widerwilligsten Untergebenen“ aus, daß letztere vorziehen, auch länger zu bleiben. Diese Vorgesetzten sind nämlich kurzschichtig genug, zu glauben, daß die Angestellten dadurch mehr Arbeit „schaffen“. Sie erreichen jedoch gerade das Gegenteil. Weil die Beamten wissen, sie müssen doch möglichst lange im Bureau bleiben, so arbeiten sie eben langsamer. Es gibt sogar in großen Bureaus manche Angestellte, die am Tage kunstvoll die Zeit mit Nichtstun verbringen, um am Abend dann sich schwindig nach Hause zu begeben.

Eine Last sind ferner die vielen Professionsfächer, meist Söhne von Vätern, auf welche die Bank aus irgend welchen Gründen Rücksicht nimmt. Nicht nur, daß diese Söhne vermöglicher Väter meist schon beim Eintritt in die Bank bessere Posten bekommen, sie werden auch in der Bezahlung bevorzugt und erreichen überhaupt, wenn sie sich nur einigermaßen in den Vordergrund zu drängen verstehen, alle erdenklichen Vorteile. Und was leisten sie gewöhnlich dafür? Meistens überlassen sie einfach die geringe Arbeit, die ihnen ihre Vorgesetzten anbieten, ihren schon genügend belasteten Mitarbeitern.

Wie ich hoffe, veranlassen diese Veröffentlichungen vielleicht auch andere Kollegen, durch Besprechung ähnlicher Uebelstände die Beseitigung derselben zu versuchen. Man muß sich die Mühe nicht verbieten lassen, wieder und immer wieder zu rütteln. Steter Tropfen höhlet den Stein.“

## Verfammlungen.

**Der Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin)** hielt am Sonntag in dem Riesensaal der „Neuen Welt“ seine, wie meistens überfüllte Generalversammlung ab. Laut Ausbreitung vom dritten Quartal balanzieren die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkassette in der Summe von 239 318,70 M. Der Lokalkasse wurden überwiesen 14 419,97 M., Bestand blieb 74 102,44 M. Einnahme und Ausgabe der Lokalkasse balanzieren mit 204 560,84 M. Der Kassenbestand beträgt 151 985,04 M. Veranschlagt wurden an Reiseunterstützung 3017 M., Dienstunterstützung 25 400,65 M.; Streik- und Mahregelungsunterstützung aus beiden Kassen insgesamt 92 559,10 M. und für Reklamation 8300,64 M. Der Beitrag dieses Quartals entspricht der Leistung von ca. 46 000 Mitgliedern. — Die weiteren Verhandlungen erstreckten sich auf die Besprechung von Anträgen zum Ortsstatut, die eine Erweiterung der Unterstützungen aus lokalen Mitteln bezweckten. Beschlossen wurde, dem letzten Absatz des § 1 des Ortsstatuts folgende Fassung zu geben: „Für Streiks und Mahregelungen, die in weniger wie zwei Tagen (bisher fünf Tage) ihre Erledigung gefunden haben, wird Unterstützung nicht gezahlt.“ Die Korrektur ist also erniedrigt worden. Ein weiterer Antrag der Ortsverwaltung lautete: „Mitglieder, die bei Beginn eines Branchenstreiks arbeitslos sind, erhalten während der Dauer des Streiks Streikunterstützung. Darüber, ob die Betroffenen zu der im Streik befindlichen Gruppe gehören und ob ein Branchenstreik vorliegt, entscheidet die Ortsverwaltung.“ Dieser Antrag wurde nach reifer Beratung einer demnächst einzuberufenden außerordentlichen Generalversammlung zur endgültigen Erledigung überwiesen. — Nach einer Ansprache des Vorsitzenden Cohen gab die Versammlung einstimmig der Meinung Ausdruck, daß der gegenwärtige Lohnkampf in der Metallindustrie seitens der Arbeiter zum Wiegen oder Brechen gefährdet werden müsse. Eine bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit dürfe es diesmal nicht geben.

**Zentralverband der Löhner.** Die am Freitag abgehaltene Generalversammlung der Filiale Berlin nahm die Kassenabrechnung vom 3. Quartal entgegen. Die Abrechnung der Hauptkasse schließt mit einer Einnahme von 18 875,65 M., einer Ausgabe von 17 478,23 M. und einem Bestande von 1377,42 M. Für Unterstützungs Zwecke sind 1769,84 M. ausgegeben. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 12 343 M., eine Ausgabe von 10 766,91 M., jedoch ein Bestand von 1576,99 M. bleibt. Das Gesamtvermögen beträgt 36 613,24 M. — Bei der Revision ist ein Betrag von 1620 M. entdeckt worden, der aus der ersten Zeit der Amtstätigkeit des vor einigen Monaten verstorbenen Kassierers herrührt und von diesem durch Bilanzverfälschungen den Revisoren verheimlicht worden ist. Diese Angelegenheit rief eine lange Debatte hervor. Wo das fehlende Geld geblieben ist, konnte nicht aufgeföhrt werden. Eine offensbare Unredlichkeit traun niemand dem Verstorbenen zu. Man nimmt vielmehr an, daß ihm in der ersten Zeit, wo er mit der Führung der Kassengeschäfte noch nicht recht vertraut war, Manos entstanden sind, die nach und nach die ausgegebene Höhe erreicht haben, und die anzugeben er sich scheute. Manlogel bezog der Verstorbene nicht. Da ihm während seiner mehrjährigen Amtsführung eine Summe von etwa einer Viertelmillion durch die Hände ging, so könne ein solches Manos schon vorkommen, ohne daß man an eine Unredlichkeit des Kassierers denken brauche. Das war die übereinstimmende Meinung der Versammlung, die auch durch die fast einstimmige Annahme einer in diesem Sinne gehaltenen, vom Verbandsvorsitzenden Drunsel eingebrachten Resolution zum Ausdruck kam. Dieselbe bestimmt auch, daß die Hauptkasse das Defizit trägt. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß dem Kassierer von jetzt an ein jährliches Mantogeld von 100 M. zu gewöhren ist.

**Die dem Verbands der hiesigen Arbeiter angeschlossenen Kanalarbeiter** trafen in ihrer Generalversammlung den Beschluß, eine weitere Eingabe an die städtischen Behörden zu richten, nachdem ihre Petition vom August d. J. unberücksichtigt geblieben ist. Sie verlangen die endliche Bewilligung der schon seit Jahren aufgestellten und immer unbeachtet gebliebenen Lohn-erhöhungen. Sie wiederholen, daß sie bei den teuren Lebensmittelpreisen, hohen Wohnungsmieten und der Eigenart des Betriebes mit der bisherigen Entlohnung nicht auskommen können. Außerdem werden noch folgende Forderungen aufgestellt, zum Teil als sehr dringend bezeichnet und beschlossen, diese zugleich in der Eingabe den städtischen Behörden zur Bewilligung mit zu unterbreiten: 1. Absicherung von wachsenden Dienstleistungen für Kanalarbeiter, Bassinarbeiter, Druckrohrarbeiter, Kohlenarbeiter und auch für das Maschinenpersonal. 2. Anschaffung von wasserdrichten Jackets aus Leder. 3. Bezahlung der Ueberstunden. Begründet werden diese Forderungen u. a. mit folgendem: Die wasserdrichte Kleidung sei nötig im Interesse ihrer Gesundheit; häufig genug seien sie alle bis auf die Haut durchnäßt (eine sofortige Bewilligung sei sehr erwünscht, da die nasse Jahreszeit bereits angebrochen). Ueberstunden erhalte ja jeder Arbeiter nicht allein voll bezahlt, sondern es erfolge in der Regel noch ein Zuschlag von 25 Prozent.

**In den Badeanstalten der Stadt Berlin** lassen die Verhältnisse in bezug auf Arbeitszeit und Löhne sehr viel zu wünschen übrig. In einer von den Angestellten abgehaltenen Versammlung wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeitszeit pro Woche häufig 84 Stunden vor den Feiertagen sogar über 100 Stunden betrage. Daß dies unter Berücksichtigung der heißen Temperatur dazu führen muß, den Körper nicht nur zeitig zu ermüden, sondern auch für rheumatische Krankheiten überaus empfänglich zu machen, ist klar. Weiter wurde der traurige Uebelstand gerügt, daß man die Ausschüßfrauen von mittags bis gegen 10 Uhr abends gegen einen Lohn von 1,25 M. beschäftigt. Daß jene Frauen mit 18 Pf. pro Stunde abgefunden werden, sollte auch nicht für möglich gehalten werden. Von einzelnen Badeanstalten wurde Klage geführt, daß die Verwalter der einzelnen Badeanstalten dem Personal Vorkhaltungen darüber machen, daß sie sich der Organisation angeschlossen haben. In ziemlich klaren Andeutungen sei von denselben darauf hingewiesen worden, daß die Zugehörigkeit zur Organisation Inanspruchnahmen im Gesolge haben könnte. Die amtsenden Stadtverordneten Schubert und Dr. Wernstein wiesen darauf hin, daß der Berliner Magistrat wiederholt das Koalitionsrecht anerkannt und daß auch bei der letzten Stadtberatung die Stadtverordneten sich dahin geäußert haben. Sollten es einzelne Vorgesetzte unternehmen, an diesem gesetzlichen Rechte zu rütteln, so würden sich die hiesigen Arbeiter energisch dagegen wenden. Zum Schluß teilte Schubert im Auftrage des Stadtvorgmann mit, daß er mit dem Bureau-vorsitzer Köppen über diese Angelegenheit verhandelt habe, wo erklart worden sei, daß man nicht daran denke, das Koalitionsrecht zu unterbinden. Weiter habe das Kuratorium beschlossen, den Angestellten im Sommer jede Woche einen vollen freien Tag und alle 6 Wochen einen freien Sonntag zu gewöhren. Wir halten eine derartige Erleichterung für durchaus geboten und erhoffen, daß auch die sonstigen vorhandenen Mängel bei unseren sooft musterhaften Badeanstalten recht bald verschwinden.

**Die Ristenmacher** nahmen in ihrer am Montag abgehaltenen Generalversammlung die Abrechnung vom III. Quartal entgegen. Eingenommen wurden 1013,40 M., ausgegeben 1216,11 M. Da der alte Bestand 2188,10 M. betrug, so bleibt noch ein Bestand von 1085,45 M. übrig. In den Ausgaben sind die Kosten des verflorenen Streiks enthalten, die sich auf 795,50 M. beziffern. Der Vorsitzende Zuckel bemerkte hierzu, daß ein Teil der Kosten des Streiks in der Abrechnung des laufenden Quartals erscheinen wird, im ganzen hat der Streik eine Ausgabe von ungefähr 1100 M. erfordert. — Einem Antrage des Vorstandes gemäß beschloß die Versammlung, daß die noch vom Streik her bestehenden Sperren aufgehoben sind. — Der Vorsitzende stellte mit, daß die schwebenden Verhandlungen wegen Anschluß der Ristenmacher-Organisation an den Holzarbeiter-Verband noch nicht abgeschlossen sind, voraussichtlich werde der Anschluß zum 1. Januar erfolgen.

**Nieder-Schönhausen.** In der Vereinsversammlung am 1. November konstituierten sich die organisierten Parteigenossen von Nieder-Schönhausen als selbständige Ortsgruppe, die den Namen „Sozialdemokratischer Wahlverein Nieder-Schönhausen (Bezirk Rantow)“ führt. In den Vorstand wurden gewählt als 1. Vorsitzender Herrmann Vahold, 2. Vorsitzender Wastke, Kassierer Salomon-Lessen, Schriftführer Conrady, Beisitzer Schünemann und Wittig, Revisoren Rikmann, Heber und Haase. Als Bezirkskassierer fungieren Salomon, Riesch, Koad und A. Jander. Diese erste Versammlung des selbständigen Vereins, der augenblicklich 85 Mitglieder zählt, war sehr gut besucht. Das ist hauptsächlich ein gutes Omen für den zukünftigen agitatorischen Eifer der Genossen am Ort. Solchen Eifer zu betätigen, wird sich alsbald Gelegenheit bieten. Die Gemeindevertretung hat in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Ertragswahlen für die im Lauf des Jahres freigeordneten Mandate unverzüglich vorzunehmen. Die Wahl findet also nach den alten Listen statt, und das bedeutet, daß alle nach dem 1. Januar Zugezogenen „nir tau seggen“ haben. Darauf wird offenbar von seiten der „Ordnungspartei“ spekuliert. Sache der Genossen ist es nun, dafür zu sorgen, daß uns trotzdem der Sieg, mindestens aber ein erheblicher Stimmenzuwachs zu teil wird.

Eine stark besuchte öffentliche Versammlung in Spandau lauschte am Mittwoch dem Vortrage des Genossen W. Manasse, Berlin, über das Thema: „Krieg auf Erden und den Menschen sein Wohlgefallen“. Seine satirisch pointierten Ausführungen über die innigen Zusammenhänge zwischen Reaktion und Religion, sowie über das innere Wesen des Christentums, das gerade gegenwärtig in Ostasien die blühendsten Triumphe feiert, fanden den lebhaftesten Beifall der Versammlung. In der Diskussion nahm zunächst ein Gegner, der Oberst a. D. und Amtsvorsteher v. Köhr, das Wort: Die vielen Mitläufer, welche die Sozialdemokratie habe, der Sache der Ordnungspartei zu retten, betrachte er als seine idealste Aufgabe; die bewußten Sozialdemokraten bekämpfe er bis aufs Messer. Er sei ebenso Freund der Arbeiter wie jeder im Saal Anwesende usw. Herr v. Köhr ritt alsdann die alte Rosinante „Terrorismus der Sozialdemokraten“ und verließ sich schließlich auf einen Lobgesang auf die „außerordentlich, ja ungeheuer vielen“ Bergleistungen, welche den deutschen Arbeitern in den letzten Jahrzehnten durch die Sozialgesetzgebung zugetrieben worden seien; und dabei habe die Sozialdemokratie gegen diese sozialen Gesetze gestimmt. Als Resultat dieser „Rettung der Mitläufer“ sind zu verzeichnen: 20 Erklärungen zum Austritt aus der Landeskirche und 24 Aufnahmen für den Sozialdemokratischen Wahlverein, neben einigen Abonnements auf den „Vorwärts“.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Pariser, 8. November. (W. T. B.)** Auf eine Anfrage erklärt Ackerbauminister Rougeot, es könne zur Zeit keine Rede davon sein, die Getreidezölle herabzusetzen oder aufzuheben. Die Vorräte aus dem Jahre 1903 könnten zum großen Teil den Winterertrag des Jahres 1904 ausgleichen. Vom Auslande werde man Getreide nur in ganz geringem Maße beziehen müssen. — Hierauf wird die Beratung des englisch-französischen Abkommens fortgesetzt. Herzelt (soj. Radikaler) wünscht Auskunft über die Politik bezüglich Marokkos und erklärt, er sei Anhänger eines friedlichen Vorgehens.

Delafosse stimmt dem Abkommen zu und betont die Bedeutung, welche die Erzielung einer Einigung bezüglich Marokkos habe. Redner spricht dann über Indochina und behauptet, daß diese Besitzung leider Frankreich wohl verlassen gehen werde. Den Vätern in Indochina zufolge habe Japan geäußert, ob es Rußland oder Frankreich den Krieg erklären solle. Redner wünscht ferner den Abschluß eines Dreieubundes Frankreich-England-Rußland, welcher das beste Mittel sein werde, um den Westfrieden zu sichern und die französischen Kolonien im fernem Osten dem Lande zu erhalten. Castellane (Nationalist) unterzieht die Politik in Marokko einer ungünstigen Kritik und verlangt Aufklärungen über das Abkommen mit Spanien.

Etienne bespricht die im Abkommen enthaltenen Vorteile und Konzessionen und sagt, es sei unmöglich gewesen, von England zu verlangen, daß es Ägypten räume. Die finanziellen Interessen Frankreichs seien dort völlig gesichert. Er habe volles Vertrauen in die Politik des friedlichen Eindringens in Marokko. Redner fährt dann fort: Wir bleiben Freunde Rußlands, wir müssen auch Freunde Englands sein, in der Hoffnung, eines Tages ein Bündnis mit Rußland und England herbeiführen zu können. Aus diesem Grunde werden wir für das Abkommen stimmen. Hierauf wird die Beratung abgebrochen. — Im weiteren Verlaufe der Sitzung berichtet Veray über den Antrag auf Strafverfolgung Sybetons und verlangt für denselben die Dringlichkeit. Haut hier de Clagny (Nationalist) spricht gegen dieselbe.

**Paris, 8. November. (W. T. B.)** Die Deputiertenkammer erteilte mit 415 gegen 141 Stimmen die Ermächtigung zur Strafverfolgung Sybetons.

**Leul (Ranton Wallis), 8. November. (W. T. B.)** Das eine Meile von hier gelegene fast völlig aus Holz erbaute Dorf Feschel, das etwa 220 Bewohner zählte, ist heute abend niedergebrannt. Die Ursache des Brandes ist nicht festgestellt.

**Wien, 8. November. (W. T. B.)** Der frühere Senator und General Schaumann ist aus der Haft entlassen worden. Die Verhandlung gegen denselben wurde auf den 8. Dezember vertagt. Das Jugendverhör ergab nichts besonders Belastendes.

### Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

**London, 8. November. (W. T. B.)** Dem Reuterschen Bureau wird aus Nishu von heute folgendes gemeldet: Die Japaner vor Port Arthur nahmen am 26. Oktober einen russischen Soldaten gefangen, der berichtete, daß die Besatzung von Port Arthur Mangel leide und mutlos gemorden sei. Sowohl Lebensmittel als Arzneien und sonstiger Lazarettbedarf seien unzureichend vorhanden. Auf diese Erzählung hin berief, so wird hierher berichtet, General Kogi seine Offiziere zu einer Beratung zusammen und entwarf mit ihnen beim Schein einer Fahrradlaterne ein unter den russischen Soldaten zu verbreitendes Sensationsreden. Zu dem Schreiben wurde aufgezeigt, wie General Kurapatkin wiederholt zurückgegangen und begünstigt irgend etwas gegen die Streitkräfte Marschall Oyamas auszurichten versucht habe, geschweige denn, daß es ihm möglich wäre, durchzubrechen und Port Arthur zu entsetzen.

Das Schreiben erwähnte ferner, die baltische Flotte sei eben erst zu ihrer sich langsam vollziehenden Fahrt aufgebrochen und wies darauf hin, daß die japanischen Verhandlungen sich unübersehlich vorwärts schoben, so daß es sicher sei, daß die Japaner binnen wenigen Wochen in die Hauptbesitzungen eindringen würden. Schließlich forderte das Schreiben allen, die sich ergeben würden, humane Behandlung zu und betonte, daß es im Interesse der Menschlichkeit gelegen sei, weiteres nutzloses Gemetzel zu verhüten. Der Brief wurde ins Russische überetzt und dem Gefangenen mehrere Exemplare davon übergeben. Der Soldat erreichte in der Frühe des 4. November die russischen Linien wieder, ohne daß ihn seine Offiziere bemerkten und lehrte in der Nacht wieder zu den Japanern zurück, denen er mitteilte, seine Kameraden würden in einigen Tagen antworten. Die Stimmung der Leute, sagte er, keine darauf hindeuten, daß sie zwar mit ihrem Los und den Aussichten, die die Lage bietet, unzufrieden, aber doch dem Gedanken einer nicht offiziellen Uebergabe abgeneigt seien. Immerhin habe das Schreiben viel dazu beigetragen, die von den russischen Offizieren genährte Vorstellung zu zerstreuen, daß einem Siege der Japaner ein Gemetzel folgen werde. Die Abteilung, der der Soldat angehörte, ist seiner Aussage zufolge von achthundert auf dreißig Mann zusammengeschrumpfen.



Militarismus und Demokratie.

Die folgende Entgegnung gegen unseren Artikel in Nr. 262 über die letzte Armee-Debatte in Frankreich sendet uns Genosse Kautsky. Wir werden morgen darauf erwidern.

Die Demokratisierung der Spizelei.

In seiner Sonntagnummer brachte der „Vorwärts“ unter dem Titel „Militarismus und Demokratie“ Ausführungen über den jüngsten Ansturm auf den französischen Kriegsminister, die zu einer Kritik lebhaft herausfordern, umso mehr, da die behandelten Fragen höchst wichtige sind. Es handelt sich darum, auf welche Weise wir den Kampf gegen den Militarismus zu führen haben und welche Rolle wir der politischen Polizei zuerkennen.

Nach der Niederlage der Pariser Kommune vergahen die bürgerlichen Republikaner Frankreichs alle ihre programmatischen Forderungen der Vollbewaffnung, der Wahl der Offiziere durchs Volk u. und richteten ein militarisches Regime ein, das sich dem preussischen an die Seite stellen durfte. Das Offizierkorps wurde eine privilegierte Kaste, unabhängig vom Volke und über dem Volke stehend.

Ein beratig lastenmäßig abgeschlossenes Offizierkorps, das sich nur aus den bestehenden Klassen rekrutiert, birgt aber stets in sich mehr Elemente agrarischen als industriellen oder kommerziellen Ursprungs. Der große Grundbesitz hat stets durch das ganze Milieu, das er erzeugt, die kriegerischen Instinkte und Neigungen mehr begünstigt als Handel und Industrie. Die Bourgeoisie drückt sich vom Kriegsgewalt soviel sie kann.

So überwiegen auch im französischen Offizierkorps die agrarischen Elemente und die dem entsprechenden politischen Tendenzen. Die der kommerziellen und industriellen Bourgeoisie entpringenden Elemente unter den Offizieren hatten einen schweren Stand, wurden von ihren Kollegen und Vorgesetzten zurückgesetzt und geduldet.

Im Falle Drehsus würgte sich dieser Zustand mit besonderer und überausender Brutalität, was die bekannte energische Gegenaktion zur Folge hatte, die zum Zusammenwirken von bürgerlichen Republikanern und Sozialisten und zum Aufkommen der Spielart des ministeriellen Sozialismus führte.

Proletariat und Bourgeoisie hatten dabei anscheinend die gleichen Interessen: die Niederwerfung des Generalstabes, die Ueberwindung des Militarismus. Aber nur äusserlich waren diese Interessen dieselben, im Grunde waren sie ganz gegensätzlich.

Die Bourgeoisie wollte nicht den Generalstab niedertreten, sondern für sich erobern, ihn statt durch agrarische Elemente durch ihr eigenes Fleisch und Blut besetzen. Aber der Militarismus selbst soll bleiben wie er ist: das Offizierkorps eine Kaste, die ausserhalb des Volkes und über ihm steht. Denn auch in der bürgerlichen Republik braucht man das Militär als ultima ratio gegen den inneren Feind — ja man wartet nicht einmal den äussersten Fall ab, sondern ist bereit, es gegen jeden Streit mobil zu machen.

Dem Proletariat dagegen kann es ziemlich gleichgültig sein, ob im Generalstab die agrarischen Elemente oder die der industriellen oder kommerziellen Bourgeoisie entstammenden überwiegen; die einen sind ebenso sehr seine Feinde wie die anderen. Ihm handelt sich's darum, den Militarismus selbst anzukämpfen, das heisst die Absonderung der Armee vom Volk, die Erhebung der Offiziere über das Volk, das Volk zu bewaffnen, den Soldaten den bürgerlichen Gesetzen und Gerichten zu unterwerfen.

In der Erwartung, daß die Affäre Drehsus zu einer Erschlüchterung des Militarismus führen werde, warfen sich die französischen Sozialisten zusammen mit den bürgerlichen Republikanern in den Kampf gegen den Generalstab.

Aber bald zeigte sich's, daß von dem bürgerlichen Republikanismus nicht die mindeste Förderung der antimilitaristischen Tendenzen zu erwarten war. Der Kampf versackte immer mehr zu einem bloßen Gezeck und die Person des Drehsus, und die Annesie der Generalkommandeure durch die republikanische Regierung zeigt deutlich, wie wenig diese beabsichtigte, am Militarismus zu rütteln.

Davon ist es seitdem ganz stille geworden, auch in den Reihen der ministeriellen Sozialisten. Um so eifriger wurde die andere durch den Drehsus-Prozess angeregte Bewegung fortgesetzt: die Förderung der industriellen und kommerziellen Kreisen entstammenden oder ihnen genehmen Offiziere auf Kosten der agrarischen, literarischen, antimilitarischen u.

Wie aber herausfinden, welche Offiziere regierungstreu gekümt, welche oppositionell sind? Auf die offizielle Spizelei durch Polizei und Präfekten ist kein Verlaß, die spielen zu oft mit den Offizieren unter einer Decke. Man griff daher zu dem famosen Mittel, die Bespitzelung durch die Polizei zu kontrollieren durch eine private Spizeleigesellschaft, die Freimaurerei. Auf Grund der geheimen Führungslisten, welche diese ehrenwerte Gesellschaft lieferte, die niemand kontrollierte und kontrollieren konnte, die privater Kantone den freiesten Spielraum bot und gegen welche die Betroffenen völlig wehrlos waren, da sie von ihrem Dasein keine Ahnung hatten, wurden nun die Beförderungen im Offizierkorps vorgenommen.

Lange blieb dieses schöne System „republikanischer“ Delatorentum geheim, bis eine Inzident, vielleicht sogar eine Lumperei es ans Licht brachte. Allgemein war die Entrüstung über dieses infame System, selbst die zähesten Anhänger der Regierung konnten sich der Brutalität dieser Enthüllungen nicht verschließen, brachten es nicht über sich, diese Praktiken zu verteidigen. Da, als die Regierung unter der Betrachtung zusammenzubrechen drohte, die man gegen jede Spizelei empfindet, rettete sie Jaurès.

Was war vom sozialistischen Standpunkte auf die Enthüllungen zu erwidern? Man mußte zugeben, daß die dadurch bloßgelegten Praktiken widerlich und korruptierend seien, aber man mußte den Anklägern das Recht bestreiten, sich zu entrüsten, da sie genau dasselbe tun würden, was die Regierung getan, wenn sie an ihrer Stelle wären. Nur die Sozialisten hätten ein Recht, dieses Demagogentum zu verurteilen, da nur sie allein den Militarismus prinzipiell bekämpften, der die Bespitzelung der Offiziere notwendig mit sich bringe. Je wehrloser das Volk, je größer die Macht der Offizierkaste im Staate, um so größer das Interesse jeder Regierung, diese Kaste zu einer ihr treu ergebenen Prätorianergarde zu gestalten, und desto größer ihr Bedürfnis, deren Befehle genau zu kennen, also sie zu bespitzeln. Nur derjenige habe ein Recht, sich ehrlich über das schweigerische Demagogentum zu entrüsten, der gewillt sei, an Stelle des stehenden Heeres das Milizsystem zu setzen. Da die Ankläger dies ebensowenig wollten wie die bestehende Regierung und diese immerhin einige Reformen anstrebte, die die Ankläger bekämpften, so mußte man für die Regierung stimmen als das kleinere Übel, nicht aber wohl man ihr Verfall billige.

Ganz anders sprach Jaurès. Er begründete die Notwendigkeit des politischen Spitzeltums gegenüber den Offizieren mit dem Charakter des Militarismus, da dieser den Soldaten zum wehr- und willenlosen Untergebenen des Offiziers mache, der ihn zu den schlimmsten Anschlägen mißbrauchen könne. Freilich, einmal dämmert Jaurès die Idee auf, daß diesem Zustande nur dadurch wirksam zu begegnen sei, daß man die deponische Macht des Offiziers breche, aber er wagt selbst nicht die Konsequenzen daraus zu ziehen.

„Ja, meine Herren,“ rief er, „wir sind alle schuldig, Regierung und Majorität, und ich bekenne mich als Mitschuldiger daran, die notwendige Aufhebung der Kriegsgerichte nicht herbeigeführt zu haben, die das Kastensystem kennzeichnen und verlängern.“ Aber selbst der sonst so versprechensfreundliche Jaurès wagt nicht, diese notwendige Reform in Aussicht zu stellen. Von der Notwendigkeit des Milizsystems ist keine Rede beiläufig. Seine Reformvorschlüge zur „Demokratisierung“ des Offizierkorps sind höchst kleinliche, z. B. Reformierung der Verleihung von Freiplätzen in der Militär- und

von St. Cyr, Aufhebung des Zwanges für die Offiziere, an ihren Kasinomaßnahmen teilzunehmen usw.

Aber er fühlt selbst, daß diese „Reformen“ nichts nützen, und so erklärt er, sie entbinden uns nicht der Notwendigkeit, die politische Gesinnung der Offiziere zu „kontrollieren“. Inzdes soll die Regierung nicht allein spitzeln; nicht umsonst ist Jaurès ein großer Demokrat. In dem großen Werte der Kontrollierung der politischen Haltung der Offiziere sollen die Organe der Regierung unterstützt werden durch die gesamte Nation.

Allerdings, das Privatleben soll von der Spizelei verschont bleiben. Aber haben das nicht bisher noch alle Regierungen versichert, die die Gesinnungsriecherei betrieben? Praktisch sind die Jaurès'schen Reserven wertlos. Was aber praktisch wichtig, ist seine moralische Rechtfertigung des Prinzips des Forschens nach der „Gesinnungstüchtigkeit“ und der Ergebenheit der Offiziere für das herrschende Regime.

Auf diesem Wege, durch Verwandlung der Nation in eine Armee freiwilliger politischer Polizisten zur Ueberwachung der Armee in Waffen, hofft Jaurès die Herrschaft der Demokratie über den Militarismus herzustellen und zu sichern.

In Wirklichkeit ist diese Rede die Unterwerfung des ministeriellen Sozialismus unter den Militarismus, dessen Aufhebung keine praktische Frage mehr für ihn ist.

Aber wir haben nicht die Absicht, hier gegen Jaurès zu polemisieren. Was uns vor allem angeht, ist die Haltung des „Vorwärts“, der von Jaurès entzückt ist und seinen Spuren eifrig nachgeht.

Das Streben des Kriegsministers, an Stelle oppositioneller Offiziere regierungsfreundliche zu befördern, also das Personal zu ändern, ohne an die Institutionen zu rühren, wird im „Vorwärts“ zu einem Kampf gegen den Militarismus, zu einer Demokratisierung der Armee. Der „Vorwärts“ hat vergessen, daß derselbe Kriegsminister gegen die sozialistische Propaganda in der Armee noch energischer vorgeht, wie gegen die literale, daß er sozialistische Propagandaschriften gegen den Militarismus gerichtlich verfolgen ließ. Er hat vergessen, daß dieselbe Regierung, die literalen Offiziere die Beförderung erschwert, sozialistische Lehrer wegen ihrer Gesinnung maßregelt. In der Tat, wir haben alle Ursache, dieser Regierung einen Freibrief für Gesinnungsriecherei und Spizelei zu geben!

Das tut aber der „Vorwärts“. Er spricht „von den an sich berechtigten Forderungen“, in denen Bemerkungen über die politische Zuverlässigkeit der Offiziere niedergelegt waren“. Er, seit wann hat die Sozialdemokratie Konduitenlisten über die politische Zuverlässigkeit von Offizieren als berechtigt anerkannt? Ich kann mir ersparen, alles anzuführen, was die Verwerflichkeit dieser Führungslisten begründet, denn wir dürfen wohl erwarten, daß es nicht einen Parteigenossen gibt, der diesen Satz unseres Zentralorgans unterschreibt.

Nachdem es aber die offizielle Spizelei für berechtigt erklärt, versucht es, über die private hinwegzujuschen. Diese Führungslisten seien „in der Tat durch den im Kriegsministerium tätigen Hauptmann Rollin unstatthaft geführt worden“. Unstatthaft geführt — das ist alles, was es darüber sagt — den Kern der ganzen Affäre — welsch jartes Wort für die Erbärmlichkeit, sich Material über das private Leben der Offiziere durch freiwillige private Spizelei liefern zu lassen!

Wird so die Schuld der Regierung möglichst verkleinert, so wird ihre positive Leistung überschüssig vergrößert. Worum handelt es sich denn? Wir haben gesehen, der Kampf gegen den Militarismus ist längst ausgegeben, es handelt sich nur noch darum, an Stelle der Kreaturen der Jesuiten Kreaturen der Freimaurer im Offizierkorps zu befördern. Der „Vorwärts“ aber jubelt, daß es Jaurès gelungen sei, den Stolz, den man gegen die Demokratisierung (!) der Armee zu führen veruchte, in den Gegenstoß gegen die reaktionäre Militärbefehlshaber zu verwandeln; damit sei die Bahn eröffnet „für eine wahrhaft freigeistliche und kulturelle Entwicklung des französischen Staatswesens. In dem tosenden Kampf der französischen Deputiertenkammer und seinem Ausgange zeigt sich der bedeutsame Beginn des Hervortretens der Demokratie über den Militarismus, der friedlichen Kulturarbeit über die nationalistische Verbeugung“.

Alles das liest der „Vorwärts“ aus der Tafel heraus, daß die Bourgeoisrepublik die Methoden des Polizeistaates auch dem Militarismus — ebenso wie der proletarischen Bewegung — gegenüber abgenommen hat, unter Billigung von Jaurès. Welcher Sieg der Demokratie, der friedlichen Kulturarbeit, welche herrlichen Perspektiven für die freigeistliche Entwicklung des französischen Staatswesens!

Eine der schlimmsten Folgen des ministeriellen Sozialismus ist die Notwendigkeit für seine Anhänger, jede Erbärmlichkeit des bürgerlichen Republikanismus mit Aufwand eines ungläubigen Professorenschwalls in eine demokratische Grogmat umzureden und dadurch alle klare Erkenntnis der bürgerlichen Welt zu verkleinern. Vom Jaurèsismus hat der „Vorwärts“ auch diese Methode übernommen.

Freilich, in Deutschland brauchen wir nicht zu fürchten, daß die Einsicht in das Wesen und die Leistungsfähigkeit des bürgerlichen Liberalismus dadurch getrübt wird. Wenn wir gegen den Artikel des „Vorwärts“ protestieren, so geschieht es, um es unseren Gegnern unmöglich zu machen, ihn für sich auszunutzen, wie sie es könnten, wenn er unwidersprochen bliebe. Wir müssen uns prinzipiell gegen jede politische oder gar private Ueberwindung der „politischen Zuverlässigkeit“, sei es von Offizieren, sei es von anderen Staatsbedienten, verwahren; wir müssen dem Grundsatz treu bleiben, der den Demagogen für den größten Schutz im ganzen Lande erklärt.

Wir bekämpfen aufs lebhafteste alle die erbärmliche Gesinnungsriecherei, wie sie gerade die jetzigen Ankläger der Republik dort, wo sie die Macht haben — z. B. im niederösterreichischen Landtag — aufs rücksichtsloseste betreiben. Aber wir können ihr nur dann wirksam entgegenzutreten, wenn wir sie prinzipiell bekämpfen und nicht erklären, das, was eine Niederträchtigkeit sei, wenn von den Jesuiten gelobt, werde ein großartiger demokratischer Kulturfaktor, wenn von den Freimaurern vollzogen und von Jaurès verteidigt.

Das Mittel ist ebenso verwerflich wie nutzlos, denn die Gesinnungstüchtigkeit des Offizierkorps für die Demokratie ist im Wesen des Militarismus selbst begründet sowie in den Tendenzen der Klassen, die die Mitglieder der privilegierten Offizierkaste liefern. Auch in diesem Falle wie gegenüber der Sozialdemokratie erweist sich die politische Polizei als ein Mittel, das seine Urheber nur korruptiert, ohne ihr Regime zu befestigen.

A. Kautsky.

Partei-Nachrichten.

Protest gegen die Kolonialpolitik.

Eine große Protestkundgebung gegen die Kolonialpolitik veranstalteten die Parteigenossen an der nordischen Wasserfront am Sonntag, Vormittags wurden in Hamburg, Stadt und Land, in Altona, Wandsbek und Umgebung sowie in Harburg und Wilhelmsburg 800 000 Flugblätter gegen den südafrikanischen Krieg und die Kolonialpolitik verbreitet und zugleich zu den Versammlungen eingeladen, die für den Abend in dem ganzen Gebiet in großer Zahl veranstaltet wurden. Die stark besuchten Versammlungen endeten mit der Annahme dieser Resolution:

1. Die Verammlung erklärt: 1. In Anbetracht, daß die bisherige Kolonialpolitik auf Vergrößerung des Selbstbestimmungsrechtes anderer Völker beruht — daß die Ausbeutung der Kolonien lediglich dem Vorteil einzelner kapitalistischer Klassen dient, während die ungeheuren Kosten und die Opfer an Menschenleben vom Volke getragen

werden müssen — daß die Verwaltung der Kolonien nach dem bisherigen System Dünkel und Ueberhebung bei den Beteiligten erzeugen muß — verurteilt sie diese Kolonialpolitik, jedes Streben nach Erwerb überseeischer Gebiete und verlangt das Aufgeben des jetzigen Kolonialbestandes.

2. In Erwägung, daß der gegenwärtig in Südwestafrika tobende Krieg durch die Gier und Gewalttätigkeit europäischer Abenteuerer verschuldet ist — daß die Berechtigung es gebietet, anzuerkennen, daß die Eingeborenen zum Verzweiflungskampf durch lange geduldi ertragene Unbill schließlich gezwungen worden sind — fordert sie die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten, das Aufgeben weiterer Truppen sendungen, Abschluß des Friedens mit den Eingeborenen unter Anerkennung ihres Rechtes auf den Besitz des Landes, und Bestrafung jener Europäer, die durch ihre Uebergriffe und Gewalttaten den Anstoß zu dem Kriege gegeben haben.

3. Aus allen diesen Gründen richtet die Versammlung an den Reichstag die Aufforderung, keinerlei Mittel für die Fortführung der Kolonialpolitik zu bewilligen, insbesondere aber die sofortige Zurückziehung der Truppen aus Südwestafrika zu verlangen und alle Kredite für Weiterführung des verderblichen Krieges entschieden zu verweigern.

Der erste Schritt. Die Parteigenossen in Thorn beteiligten sich zum erstenmal an der Stadtwahl. Sie brachten 37 Stimmen auf, während die gewählten Gegner gegen 800 Stimmen auf sich vereinigten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Eine festsame Beleidigung. Der Redakteur des „Norddeutschen Volksblattes“ in Bant, Genosse Reye, soll die Wilhelmshäbener Polizei beleidigt haben durch eine Notiz seines Blattes mit diesem Inhalt:

„Die Wilhelmshäbener Polizei hat sich wieder einmal unnötig bemüht. Unser Redakteur Genosse Jacob wurde heute vom Schöffengericht von der Anklage, die Wilhelmshäbener Polizei beleidigt zu haben, freigesprochen.“

Reye ist deswegen bereits gerichtlich vernommen worden. Da in der Notiz keine irgendwie geartete formale Beleidigung zu entdecken ist, so muß angenommen werden, daß man in ihr die Behauptung unwahrer Tatsachen gefunden hat. Die Freisprechung ist aber Tatsache, also kann die Beleidigung nur in der Behauptung gefunden werden, daß sich die Polizei unnötig bemüht habe. Uns scheint aber wirklich, daß sich die Wilhelmshäbener Polizei auch diesmal wieder unnötig bemühte.

Soziales.

Die Zugehörigkeit zu einem Konsumverein ist den jüdischen Arbeitern in Dresden verboten. Das bedeutet für sie nicht bloß eine Rechtslosmachung, sondern auch eine Lohnherabsetzung, die aber nicht der Gemeinde, sondern nur den Krämmern, dem politischen Anhang des antisemitischen Rathausklüngels zugute kommt. Nunmehr versuchen die Frauen der jüdischen Arbeiter, sich durch die Erwerbung der Mitgliedschaft im Konsumverein den wirtschaftlichen Vorteil zu sichern, den der Konsumverein bietet und dessen die jüdischen Arbeiter wirklich recht dringend bedürfen.

Dadurch wären freilich die Absichten der gierigen Krämmern durchkreuzt worden und deshalb wird nun auch den Frauen dieser Arbeiter verwehrt, dem Konsumverein anzugehören.

Was bedeutet aller sogenannter Terrorismus der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gegen solchen behördlichen Terrorismus, verübt gegen arme Straßenlehrer zugunsten des Privatvorteils der politischen Anhänger der gegenwärtig Dresdens Gemeindevverwaltung beherrschenden Partei!

Sanarbeiter-„Schuß“ von Gemeinde wegen.

In Lichtenberg in der Pfarrstraße wird ein Schulbau aufgeführt. Die einzelnen Arbeiten, wie Mauerwerk, Zimmerwerk, Dachdecker- und Klempnerarbeiten sind an private Unternehmer vergeben, den verantwortlichen Vausführer aber stellt die Gemeinde Lichtenberg. Nun müssen auf dem Bau gegenwärtig die Dacharbeiten ohne jegliche Schutvorrichtung ausgeführt werden. Als der Vausführer jüngst von einem Gewerkschaftsbeamten zur Rede gestellt wurde, meinte er ziemlich gleichgültig, die Sache ginge ihn nichts an; der Klempner- und Dachdeckermeister seien ja kontraktlich zur Anbringung von Schutvorrichtungen verpflichtet. Wenn sie es aber nicht täten, dafür könne er nicht. — Wer trägt hier die Verantwortung, wenn auf dem Bau Unfälle passieren? Die Meister denken sich aus Sparhamelirücksichten um die Anbringung von Schutvorrichtungen herum. Der von der Gemeinde gestellte Vausführer aber hält sich nicht für befugt, von den Meistern die Erfüllung ihrer Kontraktspflichten zu fordern. So versieht sich einer hinter den anderen. Wenn aber ein Arbeiter verunglückt, dann waschen alle ihre Hände in Unschuld. Die Ordnungspolizei scheint das Fehlen der Schutvorrichtungen überhaupt noch nicht bemerkt zu haben.

Die Geheimnisse einer Schwindelfasse wurden in einer Gerichtsverhandlung vor der Strafkammer in Essen aufgedeckt. Wegen Betrug, Untreue und Urkundenfälschung waren angeklagt der ehemalige Bergmann Wilhelm Flasche und der frühere Gerichtsdienner Otto Amelung. Die beiden waren für die „Vollstankenfasse Union“ in Hannover tätig gewesen. Als diese Schwindelfasse die Ruhe zuzumachen mußte, brauchten Flasche und Amelung neue Einnahmequellen und zu diesem Zweck gründeten sie die „Vollstankenfasse Westfalia“ in Gelsenkirchen.

Wie es bei dieser Gründung zugegangen, das wurde in der Gerichtsverhandlung festgestellt.

In der „Generalversammlung“, die kurz nach der Gründung abgehalten wurde, waren 15 Mitglieder vertreten, zum größten Teil Verwandte oder gute Bekannte der Angeklagten. In dieser Generalversammlung wurde Flasche mit 11 Stimmen zum 1. Vorsitzenden mit einem Monatsgehalt von 300 M., Amelung mit 11 Stimmen zum Kassenskontrollleur mit 250 M. Monatsgehalt ernannt. Außerdem wurde beschlossen, eine Gehaltsaufbesserung von 25 Proz., falls das Geschäft rentabel sei, zu gewähren. An Reisevergütung sollten die Vorstandsmitglieder pro Tag 10 M. Diäten und Fahrtvergütung 2. Klasse erhalten. Für jede Vorstandssitzung wurde den Mitgliedern außerdem 7,50 M. bewilligt. Die Zahl der Kassensmitglieder, die selbstverständlich nie einen Pfennig aus der Kasse erhielten, war gering. Bis September 1903 hatte man nur circa 450 Mitglieder gewonnen. Während Flasche und Amelung ein gutes Leben führten, ihr monatliches Gehalt einsteckten und außerdem auf Kosten der Kasse Reisen machten, erhielten die übrigen Vorstandsmitglieder weder Gehalt noch sonst etwas. Ende August wurde die Vollstankenfasse „Westfalia“ posthume geschlossen. An Geld waren nur noch 130 M. vorhanden. Eine Revision der Bücher ergab, daß dieselben nicht ordnungsmäßig geführt waren. Amelung hatte während seiner dreimonatlichen Tätigkeit aus der Kasse 835 M. und Flasche 1080 M. erhalten. An Mitgliederbeiträgen waren insgesamt nur 682 M. vereinnahmt worden. Der gerichtliche Sachverständige bemerkt, daß aus den Mitgliederbeiträgen die Ausgaben nicht bestritten werden konnten, sondern daß sie durch die Einlagen der Angestellten bestritten worden sind. Mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit der Angeklagten beantragte der Staatsanwalt gegen Flasche 8 Monate und gegen Amelung 10 Monate Gefängnis. Das Gericht ging noch über diesen Antrag hinaus, es hielt die Angeklagten des vollendeten Betrugs in vier Fällen, des versuchten Betrugs in 14 Fällen und der Untreue, Amelung außerdem auch noch der schweren Urkundenfälschung schuldig und verurteilte Flasche zu 10 Monaten und Amelung zu 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis. Beide Angeklagte wurden sofort verhaftet.



## Die Arbeiterbewegung und der Kampf gegen den Alkoholismus in Niederland.

Am 29. und 30. Oktober tagte in Amsterdam ein „Kongress über den Zusammenhang zwischen den gesellschaftlichen Zuständen der arbeitenden Klasse und dem Alkoholismus.“ Er war einberufen von dem „Niederländischen Verein zur Abschaffung Alkoholischer Getränke“, unter Mitwirkung mehrerer Arbeiterorganisationen, sowie auch der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Man hatte sich bemüht, alle Richtungen der Arbeiterbewegung zur Vertretung auf dem Kongress zu veranlassen, fand jedoch bei den „Christlichen“ sehr wenig Entgegenkommen; nur ein Verein dieser Richtung war vertreten. Im ganzen waren 40 Organisationen vertreten, davon 17 durch Verbandsvorstandsmitglieder. Die Tagesordnung bestand aus 6 Verhandlungsgegenständen: „Der Zusammenhang zwischen Volksernährung und Alkoholismus“ — „Nachtarbeit und Trinkgewohnheit“ — „Der Einfluss der Arbeiterorganisation auf den Alkoholismus“ — „Das Verhältnis zwischen gesellschaftlichem Wohlstand und Alkoholismus“ — „Verderbliche Jugend und Alkoholismus“ und „Arbeitsdauer und Trinkgewohnheit“.

Als wichtigstes Thema kann man wohl das über Arbeiterorganisation und Alkoholismus ansehen. Hierzu hielt unser Parteigenosse Spielmann aus Rotterdam das Referat. Er sagte unter anderem: „Die Tatsachen beweisen, daß überall, wo die Arbeiterbewegung ihren Einfluss auf das geistige Leben der Arbeiter und auf die Arbeitsbedingungen geltend gemacht hat, sich der Mißbrauch geistiger Getränke stark vermindert hat, und damit das sittliche Niveau der Arbeiter gesteigert ist, während demgegenüber in den Gegenden, die der Arbeiterbewegung noch verschlossen blieben, der Mißbrauch auch am stärksten ist.“ — Zum Beweise für diese Behauptung führte der Redner eine große Anzahl von Tatsachen und Erfahrungen bekannter Vertreter der Arbeiterbewegung aus verschiedenen niederländischen Städten und Landesteilen an. „Die Trinkgewohnheit“, sagte er, „ist ein fürchterliches Hindernis für die Arbeiterbewegung. In Gegenden wie Baalwijk, Maastricht, Tilburg, wo die Arbeiterbevölkerung durch die Trunksucht degeneriert ist, hat die Arbeiterbewegung keinen durchgreifenden Erfolg; so kann also die Arbeiterbewegung nicht ohne Alkoholbekämpfung auskommen. Umgekehrt vermindert auch ohne besondere Antialkohol-Propaganda der Alkoholmißbrauch sich von selbst, wo die Arbeiterbewegung festen Fuß faßt. Lansberg bemerkt von den Glasarbeitern in Delft, daß das Aneinanderlaufen von selbst nachgelassen hat, nachdem die Organisation einen kürzeren Arbeitslag errungen hatte. In Schiedam, wo 1½ Stunden länger gearbeitet wird, ist der Alkoholmißbrauch viel stärker verbreitet. Der Umstand, daß sie Mitglied der Organisation sind, ist für viele der Antrieb, ein gutes Vorbild zu geben. Willems berichtet aus Tilburg: Hier herrscht die Auffassung, daß derjenige, der in der selbständigen Arbeiterbewegung tätig ist, auch Abstinenzler sein muß. Baart gibt Zeugnis von einer Anzahl von Männern, die aus Trunkenbolden zu tüchtigen Leuten geworden sind, vor denen ihre früheren Kameraden sich ihrer Trunksucht wegen schämen. Potjeveld, Wessels, Jan Raaij von Zaandam berichten ähnliche Tatsachen. In Zaandam lagen oftmals die Hafenarbeiter einen halben Tag lang betrunken an Bord. Im Jahre 1902 hat die Organisation unter Mithilfe der Arbeitgeber dem ein Ende gemacht. Jetzt werden Trunkenbolde von ihren Kameraden an Land gesetzt und mit Arbeitsentziehung bestraft. Beim Löschen eines Reisschiffes wurden früher vom Arbeitgeber 10 Liter Genever gegeben. Jetzt erhalten die Arbeiter das Geld dafür und legen es in den Widerstandsfonds ihrer Organisation.“

## Gewerkchaftliches.

### Die Lehrlingsfrage

hat infolge mehrerer Vorkommnisse aus jüngster Zeit auch die Aufmerksamkeit der gewerkchaftlichen Kreise auf sich gezogen.

Lange Jahre hat man dieselbe dort nur von dem Gesichtspunkte aus betrachtet, ob nicht die Ausbildung einer übermäßigen Zahl von Lehrlingen geeignet sei, Angebot und Nachfrage von Arbeitskräften im Gewerbe ungünstig zu beeinflussen. Neuerdings aber beschäftigt man sich auch mit der Art der Ausbildung. Diese Frage ist für die Gewerkschaften um so drängender, als die skrupellose Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte in der Form der Lehrlingshaltung vielfach zu dem Zweck betrieben wird, die teurere Arbeitskraft erwachsener Arbeiter auszusparen.

In Erinnerung unserer Leser sind ja noch die Vorkommnisse in der Buchbinderei von Lüderich u. Bauer. Heute werden uns nun Mitteilungen gemacht über Klagen, welche in einer Druckerei-Versammlung des Personals der „Deutschen Warte“ vorgebracht wurden. Früh um 7 Uhr beginnen dort die Lehrlinge ihre Tätigkeit und es ist vorgekommen, daß sie abends um 10 und 11 Uhr noch im Geschäft waren. Einer dieser Lehrlinge befindet sich gegenwärtig in einer Nervenklinik und es hat zweifellos die Arbeit im Geschäft, wenn sie die Krankheit nicht verursacht hat, doch viel zum Ausbruch derselben beigetragen. Ein anderer Lehrling, ein besonders schwächlich entwickelter Knabe, wurde auch an der Rotationsmaschine beschäftigt, eine Arbeit, die für die Dauer nur Männer mit starken Nerven genügt. Er schlief manchmal fast bei der Arbeit ein, so daß ihn die Maschinenmeister aufforderten, nach Hause zu gehen und sich schlafen zu legen, was er sich scheinbar mit Rücksicht auf den Obermaschinenmeister Bergmann, seinem Onkel, nicht getraute. Man ist bei diesen Mitteilungen versucht zu glauben, es sollte einmal der Versuch gemacht werden, wie lange ein Lehrling arbeiten kann und was er auszuhalten imstande ist, ehe er vor Erschöpfung zusammenbricht.

Das ist wucherische Ausbeutung jugendlicher Arbeiter in ihrer schlimmsten Gestalt. Unmöglich können die gewerkchaftlich organisierten Arbeiter an solchen Verhältnissen geschlossenen Auges vorbeigehen. Es sind ihre zukünftigen Mitarbeiter und Mitkämpfer, die man so behandelt. Greift da die Gesetzgebung nicht mit eiserner Faust ein, dann müssen es die Arbeiter. Die Phrase: „Es ist immer so gewesen!“ ist keine Entschuldigung für solche Zustände, sondern eine schwere Anklage gegen die bisherige Saumseligkeit auf diesem Gebiete!

### Berlin und Umgegend.

#### Die Aussperrung der Tischler.

Gestern vormittag hatten sich die Aussperrten und Streikenden im großen Saal der Druckerei am Friedrichshain sehr zahlreich versammelt. Es waren dort wohl mehr als 3000 Personen anwesend. Das Referat hielt Stuchse. Er berichtete, daß seit der letzten Versammlung der Aussperrten und Streikenden sich im Bureau des Holzarbeiter-Verbandes weitere 242 Aussperrte gemeldet haben. Außerdem ist zur Abwehr gegen die Aussperrung die Arbeit noch in sechs Betrieben eingestellt worden. Bis zum Abend des 7. November kamen, wie der Redner mitteilte, für den Holzarbeiter-Verband in Betracht: 864 Aussperrte, 836 Streikende, die zur Abwehr gegen die Aussperrung die Arbeit eingestellt haben, und 245 sonstige Streikende aus acht Betrieben. Dazu kommen 666 Klavierarbeiter, ferner aus Weihenfeld 50 Mann. Redner man hierzu 588 Arbeitslose, die sich bis zum selben Abend im Verbandsbureau gemeldet hatten, so erhält man eine Gesamtzahl von 3249. Von den Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeitern kommen 140, von den Polierern 130 Streikende und Aussperrte in Betracht. Der Redner bemerkte ferner, daß die Arbeitgeber ihre Aussperrung in den verschiedenen Branchen bei weitem nicht ihren Beschlüssen entsprechend durchgeführt haben, obgleich sich die Führer der Meister große Mühe geben, den Beschlüssen Geltung zu verschaffen. Bezeichnend ist hierfür ein Brief, den die Ortsverwaltung Weihenfeld des „Arbeitsgeber-Schutzverbandes der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen“ als eingeschriebenen Brief an

die dortigen Tischlermeister versandt hat. Er ist datiert vom 3. November und hat folgenden Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Kollege! In der Versammlung vom 1. November 1904, welche die Aussperrung der Berliner Tischlergehilfen und die gegenwärtige Lage der Aussperrung betraf, ist von der Ortsverwaltung Weihenfeld des obigen Verbandes mit großer Majorität beschlossen worden, auch in Weihenfeld 50 Prozent der Tischlergehilfen auszusperrn. Die Aussperrung hat mit dem gestrigen Tage in dem Maße begonnen, daß neue Afforde nicht mehr vergeben werden dürfen, sondern die Gesellen, welche ihre Afforde fertig gestellt haben, zu entlassen sind, bis die entsprechende Zahl, welche 50 Prozent gebieten, erreicht ist. Wir richten nun auch an Sie die höfliche Bitte, sich unserm Vorgehen im Interesse der gesamten Arbeitgeberchaft anzuschließen und sich an der Aussperrung entsprechend zu beteiligen. — Sollten Sie solches wider Erwarten nicht tun wollen, so richten wir das ergebene Ersuchen an Sie, wenigstens bis zur vollständigen Schlichtung der entstandenen Differenzen mit dem Holzarbeiter-Verbande keine neuen Gesellen einzustellen. Etwasige Aussperrte bitten wir gütigst sofort unter genauer Bezeichnung der Krankenkassennummer, des Namens, Geburtstages, Jahres und Ortes dem Vorsitzenden Herrn Oskar Springer, Langhausstraße, bekannt zu geben. — Wir glauben fest, daß auch Sie beitragen werden, unsere gemeinsame Sache zu fördern.

Mit kollegialischem Gruß

#### Die Ortsverwaltung.

Wie der Brief zeigt, sind die Herren vom Schutzverband auch mit einem sehr bescheidenen Zugeständnis zufrieden, wenn „wider Erwarten“ ihr Aussperrungsbeschluss nicht befolgt werden sollte. Bescheiden sind denn auch die Resultate, die sie bis jetzt mit ihren Beschlüssen erzielt haben. Das zeigte eine Anzahlung der Firmen, die nach den in der Bauhändler-Vereinigung, in der Kassenmöbel-, der Ladenbranche und in Weihenfeld gefassten Beschlüssen sich an der Aussperrung beteiligt haben. Der Referent erwähnte ferner einen Artikel in der neuesten Nummer der „Nachricht der Tischlermeister“, in dem auf Grund eines Generalversammlungs-Verdictes im „Vorwärts“ herausgerechnet wird, daß den Aussperrten nur noch 200 000 M. für Unterstützung zur Verfügung stehen sollten. Der Artikelschreiber täuscht sich selbst oder sucht seine Leser über die Kampfmittel der Aussperrten ganz gewaltig zu täuschen, indem er den kaum in Betracht kommenden Kassenbestand der hiesigen Jahrsliste als den Rest der Unterstützungsgelder hinstellt. — Uebrigens war in der gestrigen Versammlung auch der Verbandsvorsitzende Kloß aus Stuttgart anwesend und sicherte den Aussperrten und Streikenden die vollste Unterstützung des gesamten Verbandes zu. — Außerdem kommt es den Aussperrten zugute, daß zurzeit viele Arbeitsangebote von auswärts im Bureau des Verbandes einlaufen. Die ledigen Kollegen wurden aufgefordert, Berlin zu verlassen. Der Redner bemerkte noch, daß der Verband keine Sammellisten herausgegeben hat; die im Umlauf befindlichen sind solche vom Fachverein. Im Verbandsrat wird man durch Ertragsbeiträge dafür sorgen, daß einer Schwächung der Verbandslage vorgebeugt wird. — Die Diskussion, die sich an das Referat schloß, zeigte dafür, daß die Aussperrten und Streikenden voller Zuversicht den weiteren Verlauf der Dinge abwarten und nicht geneigt sind, sich vor dem Unternehmertum zu beugen.

Die streikenden Klavierarbeiter stehen heute noch so vollzählig und einmütig im Kampfe, wie am ersten Tage desselben. Das beweist auch der Besuch der gestern vormittag abgehaltenen Versammlung, der ebenso stark war wie der früher abgehaltenen Versammlungen. Auch der Referent Kleinlein bestätigte, daß sich in den Reihen der Streikenden nicht der geringste Wankelmut bemerkbar mache. Das sei ein gutes Zeichen für die gegenwärtige Situation. Weiter führte der Referent aus, daß in der Hauptfrage keine Aenderung der Lage eingetreten sei. Es könne nur mitgeteilt werden, daß wieder zwei Betriebe bewilligt haben. Das Gewerbegericht habe ohne Zutun der Arbeiter bei der Streikleitung angefragt, ob sie zu Verhandlungen bereit sei, was natürlich bejaht wurde. Auch die Fabrikanten hätten die gleiche Anfrage vom Gewerbegericht erhalten, aber noch keine Antwort gegeben. Wahrscheinlich, meinte der Referent, würden die Fabrikanten wohl nicht zu Verhandlungen bereit sein. Ferner führte der Redner an, daß die „Musikinstrumenten-Zeitung“ sich darüber aufhält, daß die Polizei nicht scharf genug gegen die Streikposten vorgehe. Als ob es der Polizei gegenüber noch einer besonderen Aufmunterung zum Einschreiten gegen Streikposten bedürfe. — Ein Vorkommnis mußte hier besonders beachtet werden: Bisher sei immer betont worden, daß durch den einmütigen Streik der Klavierarbeiter die ganze Bewegung gestützt werde und daß die Klavierarbeiter diejenigen wären, die die ganze Klavierindustrie lähmen legen. Nun aber hätten 18 bisher streikende Klavierarbeiter, die als „Würger“ bekannt seien, eine Fabrik gelauert und die bisher dort beschäftigten, jetzt streikenden Arbeiter entlassen, um selber ihre Arbeit zu beginnen. Das Schändlichste an dem Vorgehen der 18 ehemaligen Kollegen sei aber, daß sie für vom Streik betroffene Fabriken, z. B. für Reumeyer, Arbeit liefern wollten. — Die Zusammenleger mühten veranlaßt werden, die Fabrikate dieser Genossenschaft nicht zu verarbeiten. — Nach Lage der Situation müsse jetzt der weitere Verlauf der Dinge, die Stellung der Fabrikanten zu der Anfrage des Gewerbegerichts abgewartet werden. Die Situation sei den Streikenden günstig, und niemand würde den Kampf ohne Erfolg aufgeben.

Die Genossenschaftsgründung und das Verhalten der 18 Genossenschaftler wurde auch in der Diskussion lebhaft besprochen. Sidfeld sagte hierzu: Das Vorgehen der 18 Kollegen sei sehr zu bedauern, großen Schaden könne es aber dem Streik nicht zufügen. Der Mangel an Klaviaturen mache sich so stark bemerkbar, daß die Genossenschaft Absatz genug finden könne in solchen Fabriken, welche die Forderungen der Arbeiter bewilligt haben. Redner könne deshalb nicht ohne weiteres glauben, daß die Genossenschaft an bestreikte Fabriken liefert. Eine nicht näher zu bezeichnende Handlung sei es aber, daß die 18 Kollegen sich noch am Sonnabend die Streikunterstützung auszahlen ließen und dann am Montag als Unternehmer auftraten. Sie hätten damit bewiesen, daß sie keinen Funken von Solidaritätsgefühl haben. Wenn das zuträfe, was hier von der Genossenschaft gesagt wurde, dann würden die Arbeiter dafür sorgen, daß es mit deren Unternehmerrlichkeit nach dem Streik bald wieder vorbei sei. — Zur Lage des Streiks äußerte sich der Redner dahin: Wenn der Streik noch bis nach Weihnachten dauern sollte, so würde das die Streikenden nicht gutmutigen. Die Fabrikanten würden den Kampf aber nicht solange aushalten, denn sie wollen doch nicht auf das Weihnachtsgeschäft verzichten. Sollte die Fabrikanten-Organisation die Verhandlung vor dem Gewerbegericht ablehnen, so würden sich viele Fabrikanten einzeln in Unterhandlungen einlassen. Schumacher vom Gewerbeverein verurteilte gleichfalls das Verhalten der Genossenschaftler. Wenn das zuträfe, daß die Genossenschaft Streikarbeit liefert, dann sei ihr Vorgehen ein Verrat an der Bewegung, der nicht scharf genug verurteilt werden könne.

Zur Illustration des polizeilichen Vorgehens gegen Streikposten führte ein Redner aus, er habe ein auf 30 M. lautendes Strafmandat erhalten, weil er dadurch gegen die Strafbestimmung verstoßen haben soll, daß er als Streikposten auf einem 10½ Meter breiten Trottoir auf und ab ging. Auf der Wache, wohin er deswegen geführt wurde, habe der Polizeileutnant zu ihm gesagt: Wenn Sie wieder an derselben Straßenseite auf und ab gehen, werden Sie wieder verhaftet. Wenn nun die „Musikinstrumenten-Zeitung“ ein noch schärferes Vorgehen gegen die Streikposten verlange, dann müsse man doch fragen, was eigentlich die Polizei sonst noch tun solle. — Viel Heiterkeit erregte die Schilderung eines Redners, der als Streikposten vor der Fabrik von Köfener stand. Da ging ein Mann mit einem Bündel unter dem Arm, als ob er Arbeit suche, in die Fabrik. Er war sichtlich bemüht, die Aufmerksamkeit des Streikpostens auf sich zu lenken, und es schien, als erwarte er eine „Belästigung“. Als aber nichts dergleichen geschah, rief der Mann

mit lauter Stimme, so daß es die Strafenpostanten und besonders der in der Nähe befindliche Schumacher hören mußten: „Sehen Sie mich nur an, ich bin Streikbrecher!“ — Als die erwünschte Belästigung immer noch ausblieb, wiederholte der Mann mehrmals seinen Ruf, bis der Streikposten zu seinen Kollegen sagte: „Nimm der Mann aber Komödie spielen. Das ist ja der Pianofabrikant Kufka; der fromme Mann, der in seinem Hause einen Verkauf eingerichtet hat, in dem er auch seinen Arbeitern das Evangelium christlicher Milde und Friedfertigkeit predigen läßt.“ Die auswärtigen Fabrikanten scheinen sich übrigens die Situation zumute zu machen. Vom Streikbureau sind Stellungnahmen nach der Provinz befragt worden, in denen den Arbeitern ein Wochenlohn von 36 M. garantiert wurde. Die auswärtigen Fabrikanten scheinen also die Berliner Arbeitskräfte sehr hoch einzuschätzen.

Die Befreiungen der Albumarbeiter zur Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Anfang dieses Jahres eingeleitet wurden, haben bekanntlich nur dazu geführt, daß die Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden verkürzt wurde. Weitere Verbesserungen waren nicht zu erreichen, und zwar hauptsächlich deswegen nicht, weil ein großer Teil der Albumarbeiter nicht für eine regelrecht durchzuführende Lohnbewegung zu haben war. Der Geschäftsgang in der Albumbranche war in diesem Jahre außerordentlich gut, die Nachfrage nach Arbeitskräften überstieg häufig das Angebot, so daß in dieser Hinsicht die Bedingungen für eine Erfolg versprechende Lohnbewegung vorhanden waren. — Am Montag fand in den Zentral-Festhallen in der Oranienstr. 180 eine öffentliche Albumarbeiter- und Arbeiterinnenversammlung statt, die sich mit der Frage, ob im nächsten Jahre Forderungen erhoben werden sollen, befahte. Dadurch, daß jetzt schon Vorbereitungen zur nächstjährigen Lohnbewegung getroffen werden, soll dem in diesem Jahre von den Fabrikanten gemachten Einwand, sie hätten schon kalkuliert und könnten deswegen keine Zugeständnisse mehr machen, vorgebeugt werden. Das Referat hielt der Vertrauensmann Wytomski. Er erklärte es für sehr wünschenswert und notwendig, daß das bisher von den Albumarbeitern Versäumte im kommenden Jahre nachgeholt werde. Vor allem müßten einmal bestimmte Minimalalöhne festgesetzt werden, den Tariflöhnen für das Buchbindergewerbe entsprechend. Dann sei es notwendig, Prozentzulagen für Ueberzeitarbeit zu verlangen, damit die neunstündige Arbeitszeit nicht durch unbegrenzte Ueberzeitarbeit zunichte gemacht werde. Schließlich müsse verlangt werden, daß die Affordpreise erhöht und die Affordtarife in den Werkstätten ausgeglichen werden. Der Redner machte den Vorschlag, durch ein Zirkular an die Fabrikanten die Frage zu richten, wie sie über diese Forderungen denken und ob sie geneigt sind, durch Verhandlungen eine dementsprechende Regelung der Verhältnisse anzubahnen. Antwort soll bis zum 1. Januar 1905 gewünscht werden. — Die Versammlung stimmte diesem Vorschlage zu und nahm einstimmig folgende Resolution an:

„Die Versammlung beauftragt die Lohnkommission, mit den Albumfabrikanten in Verbindung zu treten, um einheitliche Arbeits- und Lohnbedingungen für die Albumbranche zu erreichen. Sollten die Herren Fabrikanten jedwede Verhandlung ablehnen, so hat die Lohnkommission geeignete Schritte zu tun, um die Einführung von Minimalalöhnen, Mehrbezahlung für Ueberzeitarbeit, Erhöhung und Ausbesserung der Affordpreise zu erreichen.“

Es wurde dann eine neue Lohnkommission gewählt, die aus folgenden Mitgliedern besteht: Kumm, Scholz, Zöpfer, Kammer und Frau Kötsch.

Zum Müllkriegerstreik. Der „Müllkrieg“ wird täglich interessanter. Bei allen am Streik resp. der Aussperrung beteiligten Unternehmern findet ein permanenter Wechsel der Arbeitswilligen statt, so daß die Abfuhr auch nicht ernstlich bedroht werden kann. Wenn die Arbeitswilligen einen oder einige Tage diese Arbeit gelistet haben, dann laufen sie davon. Amüßant ist dies Verhältnis besonders bei der Wirtschaftsgenossenschaft. Ein Transport Arbeitswilliger rückt aus, ein anderer kommt, um ebenfalls wieder zu verschwinden. Vorgehien reihen die Müllsen ab, nachdem schon vorher eine Kolonne anderer Angeworbener den Müllhaufen von ihren Füßen geschüttelt hatten, und am selben Abend kam ein neuer Transport von etwa neunzig Arbeitswilligen über Steintin und Landsberg a. B. Die Angeworbenen wurden unter starker polizeilicher Bedeckung nach dem Abbruch stehenden, der Stadt gehörigen Hause, Alexanderstraße 12, gebracht; das heißt nur etwa die Hälfte davon, denn die andere Hälfte zog es gleich vor, mit den Streikenden gemeinsame Sache zu machen. Obgleich der Platz vor dem Streikbrecherasyl von Schaulenten zu Fuß und zu Pferde wimmelte, mischten sich die Streikenden dennoch unter die Angeworbenen und bezogen gleich 46 Mann, mit nach dem Gewerkschaftshause zu gehen und wieder in ihre Heimat zurückzuführen. Gestern morgen ließ die Wirtschaftsgenossenschaft dann etwa 40 Wagen vom Hofe abräumen, doch schon im Laufe des Vormittags kamen eine Anzahl Wagen wieder zurück, denen die Bedienungsmannschaft ebenfalls einlaufen war. Die Arbeitswilligen werden der Wirtschaftsgenossenschaft zweifellos bedeutend teurer wie die alten Kutscher. Am Montag hat der Streik wieder eine Ausdehnung erfahren, indem die ca. 40 Kutscher und Witsfahrer der Charlottenburger Abfuhrgesellschaft ebenfalls die Arbeit niederlegten. Die Ausständigen dieser Gesellschaft hatten mit Rücksicht darauf, daß sie während der letzten Wochen infolge des Streiks und der Aussperrung ihrer Berliner Kollegen mit Arbeit überlastet waren, eine Lohnerhöhung gefordert und zu diesem Zweck eine Kommission an die Geschäftsleitung entsandt. Der Geschäftsführer aber lehnte die Forderung nicht nur scharf ab, sondern rief oben drein das ihm überreichte Schriftstück der Kommission in Fehden und warf es der Kommission vor die Füße mit den Worten: Wenn sie wollten, möchten sie nur streiken. Hierauf traten die Kutscher und Witsfahrer einmütig in den Streik ein.

Von den Berliner Ausständigen ist abermals eine Deputation beim Polizeipräsidenten vorgelegt worden. Scheinrat Franer, der die Leute auch diesmal wieder empfing, sprach sein Bedauern darüber aus, daß es noch zu keiner Einigung zwischen Unternehmern und Streikenden gekommen sei. Er hielt es für das Richtige, wenn sämtliche alten Kutscher und Witsfahrer wieder eingestellt würden, da sie mit dem Abfuhrwesen durchaus vertraut seien. Strafmandate gegen Hauswirte wegen zu großer Müllanhäufung könnten jedoch zurzeit nicht erlassen werden, da jetzt tatsächlich eine Müllnot vorhanden sei. Vorher konnten die Wirte bestraft werden, denn wenn sie bei der Polizei anfragten, wo sie mit dem Müll bleiben sollten, so konnten sie an die Wirtschaftsgenossenschaft verwiesen werden; heute aber streikten auch deren Leute. Würde man nun die städtischen Abfuhrunternehmer Labbert oder Nikolai zur Müllabfuhr heranziehen, so sei es gar nicht ausgeschlossen, daß der Zentralverband der Transport- und Verkehrsarbeiter auch sofort das Personal dieser Firmen in den Streik treten ließe. Dann wäre schließlich sogar die Stadt Berlin in Verlegenheit, weil womöglich nicht einmal der Strafenlehrling mehr abgeholt werden könnte. Es müsse jetzt also, entsprechend den abnormen Verhältnissen, Rücksicht mit den Hauswirten genommen werden. (1)

Die Hausbesitzer lassen denn auch alles fünf gerade sein! Soweit sie Wagen bekommen können, expedieren sie das Müll nach dem städtischen Abladeplatz in der Stralauer Allee. Wie es dort gegenwärtig aussieht und wie es dort riecht, darüber schweigt des Sängers Duldigkeit.

### Deutsches Reich.

Die Gewerkschaftskarteile von Rheiland und Westfalen hielten am Sonntag in Köln eine von 60 Delegierten, darunter 20 Gauleiter, besuchte Konferenz ab. Der Geschäftsbericht konnte nicht erstattet werden, da der Geschäftsführer Zillse nach Düsseldorf versetzt worden ist. Ueber die Gewerbeberichterwahl redete Arbeitersekretär Giebel-Düffelhof: Die von der Zentrumspartei veranlaßte fakultative Verhältniswahl hatte den Zweck, nur gegen die freien Gewerkschaften zum Nutzen der Christlichen und



der **Stich-Dunderschen Gewerkschaften** eingeführt zu werden. Dies ist von den sozialdemokratischen Abgeordneten vorhergesagt worden, und die Erfahrung hat es nachher bestätigt. Die Gemeindebehörden haben die stillschweigend in sie gesetzte Erwartung, daß sie niemals die in ihr Verleben gestellte Verhältniswahl da einführen würden, wo die freien Gewerkschaften Vorteil davon hätten, erfüllt. Die „Soziale Praxis“ schrieb im Jahre 1902 offen heraus: „Das Vorgehen soll den Zweck haben, im Gewerbegebiet, dem als Arbeiterbesitzer jetzt nur Sozialdemokraten angehören, auch den anderen Richtungen der Arbeitervertretung Sitz und Stimme zu verschaffen.“ — Essen ist der deutlichste Beweis für das Gesagte: So lange bei den Gewerbegebiets-Wahlen in Essen die Zentrums-gewerkschaft die Mehrheit hatten, dachte die Gemeindebehörde nicht daran, der von den freien Gewerkschaften ausgehenden Anregung, die Verhältniswahl einzuführen, Folge zu geben. Als aber das Zentrum bei der letzten Gewerbegebiets-Wahl geschlagen wurde, da entdeckte die Gemeindebehörde, daß die Mehrheitswahlen ungerecht seien. Durch die fakultative Verhältniswahl hat man den freien Gewerkschaften in Gagen i. B. 33 1/2 Proz. der Beisitzerstellen der Arbeiter abgenommen, in Potsdam 16 1/2 Proz., in Magdeburg 12, in Osnabrück 33, in Bromberg 43, in Freiburg i. B. 46, in Bamberg 35 Proz. der Beisitzerstellen.

Wenn die Gegner aus unserer Ablehnung der fakultativen Verhältniswahl Kapital schlagen wollen, so ist das eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. Fälschlich stellt man unseren Standpunkt als das Fällenslassen einer Programmforderung der modernen Arbeiterbewegung hin. Auch wir fordern die Verhältniswahl, aber die obligatorische, die durch Gesetz vorgeschriebene, die jeden Mißbrauch ausschließt. Ferner fordern wir die gesetzliche Festlegung des Wahlverfahrens. Der Redner spricht sich für gebundene Listen aus, beratt, daß alle Stimmlisten, die nicht völlig mit den Vorschlagslisten übereinstimmen, ungültig sind. (Beifall.)

Nach einer lebhaften Diskussion nahm die Versammlung einstimmig die folgende Resolution an:

„Die am 6. November 1904 zu Köln tagende Konferenz der Gewerkschaftsartelle und Geweiler Rheinland-Westfalens erklärt unter ausdrücklicher Betonung der prinzipiellen Forderung des Proportional-Wahlverfahrens für sämtliche Wahlen:

Das Recht zur Einführung der Verhältniswahl für die Gewerbegebiete ist von den Gemeindebehörden ausschließlich benützt worden zur Schwächung der Vertretung der freien Gewerkschaften. Die Konferenz verwirft deshalb die als Mittel des Klassenkampfes gegen die moderne Arbeiterbewegung ausgenutzte fakultative Einführung der Verhältniswahl und fordert die gesetzliche obligatorische Festlegung dieses Wahlverfahrens sowie zur einheitlichen Regelung des Wahlverfahrens die gesetzliche Normierung der Wahlart.“

Die Resolution soll auf einstimmigen Beschluß dem Reichstag als Petition zugesandt werden.

Weiter befaßte sich die Konferenz mit der Frage: Welches ist die beste Form der Gewerkschaftsartelle? Der Referent, Arbeitersekretär Wolf Wochum stellte sich vollständig auf das kürzlich von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands herausgegebene Musterstatut. Er betonte, daß nach diesem Musterstatut eingerichtete Statalkommissionen weder ommendepflichtig sind noch polizeilich überwacht werden dürfen. Wo die Polizei einen anderen Standpunkt einnimmt, möge man dagegen vorgehen. Sämtliche Diskussionsredner stellten sich im großen und ganzen auf den Boden des Referats. — Die weiteren Beschlüsse haben mehr provinzielles Interesse.

Ein **Sirell der Damenschneider** ist in Frankfurt a. M. ausgebrochen. Bezug ist fernzuhalten.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

**Central-Wahlverein für Teltow-Beetzow-Storkow-Charlottenburg.** Am Sonntag, den 13. November, findet im Lokal Tempelhofer Bübels in Tempelhof, Berlinerstr. 50, mittags 12 Uhr die Kreisversammlung und nachmittags 2 Uhr die Generalversammlung des Kreises statt. Die Tagesordnungen sind: für die Kreisversammlung: 1. Bericht und Neuwahl der Vertrauenspersonen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Für die Generalversammlung: 1. Bericht des Vorstandes, des Kassierers, der Revisoren. 2. Bericht der Mitglieder der Agitations-, Press- und Lokalkommission. 3. Antrag des Vorstandes betreffend Einstellung eines Sekretärs. Anträge betreffend Änderung in der Besetzung der Generalversammlungen des Kreises, Antrag Königs-Wusterhausen auf Änderung des § 6 des Statuts. 4. Die Preußen-Konferenz. 5. Neuwahlen aller Funktionäre. 6. Verschiedenes. Nach § 11 des Statuts kann zur Generalversammlung jeder örtliche Wahlverein bis zu drei Delegierten entsenden. Die Delegierten müssen mit Mandaten versehen sein. — Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet. Gäste haben Zutritt. Der Zentralvorstand.

**Dritter Wahlkreis.** Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß heute am Jahlabend das Protokoll vom Parteitag in Bremen zur Ausgabe gelangt.

**Trepow.** Heute, Mittwoch, abends 1/9 Uhr bei Schmidt, Kiehlstraße 22: Bezirks-Versammlung. Die Diskussion über den Bremer Parteitag steht auf der Tagesordnung. Die neu zugezogenen „Vorwärts“-Abonnenten werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

**Ober-Schöneweide.** Mittwochabend 8 1/2 Uhr findet bei E. Kaufhold, Wilhelmshofstr. 18 die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Der Bremer Parteitag.

## Lokales.

### Herr Minister Studt und die Freireligiöse Gemeinde.

Auf die Beschwerde der Freireligiösen Gemeinde gegen das Provinzial-Schulkollegium wegen Ausweisung aus der Aula der 69. Gemeindefschule hat jetzt der Minister Studt geantwortet. Die Antwort lautet:

„Berlin W. 64, den 3. November 1904.  
Auf die Vorstellung vom 9. Oktober dieses Jahres, betreffend die Verfügung des Königl. Provinzial-Schulkollegiums zu Berlin vom 4. desselben Monats, durch welche die fernere Ueberlassung einer Aula an die hiesige Freireligiöse Gemeinde zu den für Jugendliche bestimmten Vorträgen untersagt wird.  
Die Gründe, welche das Königl. Provinzial-Schulkollegium zu der vorbezeichneten Verfügung veranlaßt haben, sind dem Vorstande in der Zuschrift des Direktors der städtischen Gemeindefschule vom 6. Oktober mitgeteilt worden. Ich muß diese Gründe als zutreffend anerkennen und sehe mich zu einer näheren Erläuterung derselben nicht veranlaßt. Der Vorstellung kann deshalb eine weitere Folge nicht gegeben werden. Dem Antrage auf Aufhebung des Erlasses vom 16. Januar 1892, betreffend den Religionsunterricht der Dissidentenkinder (Zentralblatt f. d. Unterrichtsverwaltung S. 436), dessen Rechtsgültigkeit durch die Rechtsprechung des Königl. Kammergerichts wiederholt bestätigt ist, vermag ich nicht zu entsprechen.“

An den Vorstand

der Freireligiösen Gemeinde

in Berlin etc.

Natürlich hatte der Vorstand der Freireligiösen Gemeinde sich nicht dem Wahn hingegeben, von Herrn Studt einen anderen Bescheid zu erhalten, da man von vornherein wußte, daß das Provinzial-Schulkollegium den Schritt nicht getan hat, ohne der Zustimmung des Ministers sicher zu sein. Wollte aber die Gemeinde etwas tun, so mußte sie zuerst diesen Weg gehen, und das hat sich bei aller Ausichtslosigkeit doch gelohnt. Folgender Satz in der Antwort des Ministers verdient Beachtung: „Ich muß diese Gründe als zutreffend an-

erkennen und sehe mich zu einer näheren Erläuterung derselben nicht veranlaßt.“ Richtiger müßte es heißen: „nicht infauste“. Das würden wir ohne weiteres glauben, und das würde auch das Vorgehen gegen Stadt und Gemeinde richtig kennzeichnen.

Bezeichnend für unsere Rechtsverhältnisse in Preußen ist auch der auf die Dissidentenkinder bezügliche Passus des ministeriellen Bescheides. Jetzt mit einem Mal beruft sich der Minister auf die Entscheidung des Kammergerichts, nachdem dieses Gericht von einer mehr als zehnjährigen Praxis der Rechtsprechung in dieser Frage abgegangen ist und das Gegenteil von dem für Recht erklärt hat, was es mehr als zehn Jahre hindurch für Recht gehalten hatte. So lange laut Kammergerichtsurteil die Dispensierung der Dissidentenkinder vom Religionsunterricht der Schule für Recht galt, berief sich kein Minister auf das Kammergericht. Vielmehr wurden von den Behörden wieder Prozesse angestrengt, bis das Kammergericht sich selber rektifiziert und die Richter sich von einem Angeklagten (siehe „Adolf Hoffmann, Kammergericht kontra Kammergericht“) ins Gesicht schlagen lassen mußten: „Bin ich aber nach der Meinung des heutigen Kammergerichts schuldig, dann sind die Räte des Kammergerichts mitschuldig und gehörten neben mir auf die Anklagebank, denn sie haben mich durch ihr Urteil vom 6. Februar 1890 zu der strafbaren Handlung verleitet.“ Nachdem durch Kammergerichtsurteil vom 14. September 1899 Recht in Unrecht verwandelt war, nachdem die Rechtsprechung des Kammergerichts im Sinne der Rückwärtsbestrebungen, der Vernichtung der fälligen Erlasse ausgefallen ist, ist dem Minister das Kammergerichtsurteil heilig und die Rechtsgültigkeit außer Frage. Es geht nichts über ein Recht, dem auch Minister sich beugen.

Der Vorstand der Freireligiösen Gemeinde wird sich nun an das Gesamtministerium wenden und, falls auch dieses zu einer „näheren Erläuterung“ sich nicht veranlaßt sieht, dem Landtag seine Beschwerde unterbreiten, damit wenigstens in der gesetzgebenden Körperschaft das Attentat gegen Selbstverwaltung und Gewissensfreiheit zur Sprache kommt.

Mittwoch, 9. November, wird die ministerielle Antwort beleuchtet werden in der öffentlichen Versammlung der Freireligiösen Gemeinde bei Puhlmann, Schönhauser Allee 148.

### Unser Kollege Julius Kalliski

Ist gestern nachmittag gegen 2 Uhr aus dem Gefängnis in Zegel entlassen worden. Sechs Monat hat er dort als verantwortlicher Redakteur unseres Mattes wegen „Preßvergehen“ verbracht. Strebertum und übertriebener Ehrgeiz ist gewiß nicht unsere Sache, aber dennoch kann unter uns kein tüchtiger Mann leugnen, daß er mit Stolz auf die Zeit zurückblickt, in der ihm die höchste Ehre zuteil wurde, die der Massenstaat an einen Sozialdemokraten zu vergeben hat, an die Zeit, die er im Gefängnis zubringen mußte. Auch Kalliski, übrigens der Benjamin unter uns, wird von diesem Stolz besetzt das Gefängnis verlassen haben. Unser Kollege scheint, soweit sein Aussehen ein Urteil zuläßt, die sechs Monate einigermaßen überstanden zu haben. Er ist in Zegel respektiert worden und hat über die Behandlung, die ihm dort zuteil wurde, keine in Betracht kommende Klage zu erheben. Ueberhaupt scheint man sich wenigstens in Berlin von der Ansicht zu emanzipieren, daß der Preßkämmer im Gefängnis dem Eindringler gleichzustellen sei. In Pölkensee waren gefangene Redakteure früher auf die elende, zur Ernährung völlig unzureichende Gefängnisloft angewiesen, sie mußten den Abort und ihre Zelle selbst reinigen, hatten einen wilden Tier gleich im Pölkensee ihren Spaziergang zu machen und erhielten als Zeitungsgeld für ihr Geld den „Reichs-Anzeiger“, ja zuweilen auch diesen nicht einmal zugewiesen. Kurz, der preussische Staat, der solche Behandlung ehrenhafter Männer zuließ, schien der Ansicht zu sein, daß die Gefängnishaft nicht allein in Freiheitsentziehung, sondern neher noch in möglichst nachhaltiger Gesundheitschädigung zu bestehen habe. In Zegel wird nicht mehr nach diesen Grundsätzen verfahren; Selbstbefestigung etc. sind dort den Preßkämpfern in neuerer Zeit ohne Schwierigkeiten zugebilligt worden. Selbstverständlich birgt die Gefängnishaft trotzdem auch jetzt noch Unannehmlichkeiten genug in sich, doch kann ein nicht ganz von Humor verlassenes Gemüt diesen lässlichen Erscheinungen immerhin eine heitere Seite abgewinnen. Zur Heiterkeit stimmt zum Beispiel die amüsante Fiktion, daß der Gefangene außerhalb seiner Zelle niemals ohne Aufsicht sein dürfe; in den Bade-raum, auf den Gefängnishof, darf er belleibe nicht allein gehen; ein Aufseher, der dem doch sich nützlich beschäftigen könnte, muß seine Zeit mit der „Beaufsichtigung“ des Gefangenen, selbst während er haddet, verbrüden. Die wunderliche Annahme, daß ein vernünftiger Mensch gleich einem Kinde bewacht werden müßte, löst im gefangenen Redakteur natürlich seltsame Empfindungen aus; mit einem Gefühl innigen Mitleids betrachtet er den Beamten, der an ihm als dem ungeeigneten Objekt derer seine Vorstellungskraft verschwinden muß. Weniger humorvoll wirken andere Auswüchse der Gefängnisordnung, so die, die dem gefangenen Redakteur verbietet, Ansichtskarten, die ihm zugegangen sind, in seiner Zelle aufzubehalten; eine Verordnung, deren Sinn dem Normalmenschen unfahbar scheint, muß sich nicht von der Vorstellung lösen können, daß der fortgesetzte Anblick einer solchen Karte dem Gefangenen einen körperlichen oder seelischen Schaden zufüge. Ungemein verlegend wirkt auch das Verbot, von einem lieben Besuch im Gefängnis eine Blume anzunehmen. Gräßlich ist der Anblick der Kirche am Sonntag. In engen Kästen sitzen die Gefangenen, denen entweder der ältere Pastor eine von Liebe eingegebene Predigt hält oder der jüngere eiferwoll die Schandwörter der Sozialdemokratie vorkam. Während aber das Evangelium der Liebe gepredigt wird, halten ein halbes Duzend Aufseher mit geladenem Gewehr über die Gefangenen Wache. Ob es wirklich einen gottgläubigen „Sträfling“ giebt, den der Anblick der Schußwaffen nicht an der begehrtten Erbauung hindert? —

Selbstverständlich hatten die Parteifreunde dem in die Freiheit zurückgekehrten Genossen eine kleine Empfangsfeier bereitet. Ein sonst im Schwärzen hervorragender Reichstags-Abgeordneter hielt eine lernige Ansprache und dann wurde nach der besagten Melodie des Schumelwalzers ein Lied gesungen, mit dessen schönsten Strophen auch unsere Leser abgestraft werden sollen:

Deute leht „gebeßert“ er in die Reihen zutid,  
Von deutscher Freiheit kostet er so ein kleines Stüd,  
Doch alles geht zu Ende, selbst bitterböse Zeit,  
Und bald begräben wieder wir auch Genossen Leid.  
:: Wir aber hier sind all auf richt'ger Spur,  
Sei uns willkommen nach Deiner Kur. ::

Gelbes Kläferklingen, freudiges Dräiden der Hand,  
Sie heißen Dich willkommen im alten Kampfverband.  
Nach kurzer Ruhepause sei wiederum bereit,  
Auf in die Kampfreihen, für neue, bess're Zeit.  
:: Willkommen Freund, Du bist auf richt'ger Spur,  
Herzlich willkommen aus Deiner Kur! ::

2. Ist kein unbekannter Dichter in der Partei; mehr als ein Redakteur hat am Tage seiner Rückkehr in die Freiheit unter ihm lähen müssen. Von Kalliski hoffen wir, daß er alles ohne Schaden übersteht und daß der Wunsch, der in den abgedruckten Versen ausgedrückt ist, an ihm in Erfüllung gehen möge!

Im Rathaus fand gestern die angekündigte Konferenz zur Ergreifung geeigneter Maßnahmen gegen die D b d a h l o s i g k e i t statt. Vom Magistrat nahm, dem „Berl. Tagebl.“ zufolge, der Oberbürgermeister Kirchner mit dem Stadtrat Fißched und Dr. Münster-

berg teil. Für den Oberpräsidenten waren der Oberpräsident v. Winterfeld mit dem Regierungsrat Kochol, für den Polizeipräsidenten von Berlin Oberregierungsrat Dieterici mit dem Regierungsrat Brauer erschienen. Ferner waren anwesend Oberbürgermeister Schupfcrus-Charlottenburg, Landesdirektor v. Mantewitz mit dem Oberregierungsrat Gerhardt, Stadtrat Hoffmann-Nixdorf, Pastor D. v. Bobelschwing, zahlreicher Amtsvorsteher der Bezirke, der Vorstand des Berliner Klubvereins, die Stadtvorordneten Bültsche und Singer. Stadtrat Fißched hielt ein einleitendes Referat und berichtete über den Umfang des Besuchs beim städtischen Obdachsw. Landesdirektor v. Mantewitz erklärte die Bereitwilligkeit der Behörden, gemeinsam mit Berlin vorzugehen, er erklärte auch an, daß Berlin durch die Obdachlosigkeit weit mehr als die Bezirke und Landgemeinden belastet sei. D. v. Bobelschwing trat dann in längerer Rede für seine schon bekannten Pläne zur Herabminderung der „Wanderbettelei“ ein. Ein Beschluß wurde vorläufig nicht gefaßt.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtvorordneten-Versammlung am Donnerstag, den 10. November d. J., nachmittags 5 Uhr. Ein Naturalisationsgesuch. — Vorschläge des Ausschusses für die Verteilung der Finzen des Vermächtnisses Friedrich Wilhelms III. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, für das städtische Obdachschleimig Vorkehrungen zu treffen, um polizeiliche Uebergriffe für die Zukunft zu verhindern. — Berichterstattung über die Vorlagen betreffend: die Abänderung des Stadtvorordneten-Beschlusses vom 24. Mai 1881 in Bezug auf die Ausnahme von Grundstücken in die städtische Feuerzonalität — und die Befestigung von Flußlinien für zwei neue Straßen 29a und 29b zwischen Benzlauer Allee und Wilsstraße — Beziehungswise Wilsstraße und Greifswalderstraße. — Vorlagen betreffend: den Geschäftsbericht der städtischen Sparkasse im Juli-September-Quartierjahr 1904 — und die Errichtung neuer Amtsstellen für Magistratsbaukäte. — Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Veranstaltung einer Feier zu Schillers 100jährigen Todestage. — Vorlagen betreffend: den Bau zweier Räume um Teile des Markthor Heimstättenparks, — die Lösung einer Kalksteinberechtigung, — den Abschluß des Lagerbuchs der Stadtgemeinde für das Etatsjahr 1903 — und die Regulierung der Simon Dachstraße zwischen Revaler- und Kopernikusstraße. — Berichterstattung des zur Vorbereitung der Neuwahl von zwei besoldeten und sieben unbesoldeten Stadträten eingesetzten Ausschusses. — Vorlagen betreffend: die Gewährung einer laufenden Beihilfe zu dem Ruhegeld einer ehemaligen Fachlehrerin und einer laufenden Unterzahlung für einen ehemaligen Gasanstaltsarbeiter.

Der Ertrag der Gemeinde-Einkommensteuer ist für das Geschäftsjahr 1903/04 um 1 1/2 Millionen Mark hinter dem Vorschlag zurückgeblieben. Die allgemeine Finanzlage der Stadt Berlin wird jedoch durch diesen Ausfall nicht erheblich beeinträchtigt, da aus anderen Einnahmequellen, vor allem aus der Umsatzsteuer, höhere Erträge geflossen sind, als sie bei Aufstellung des Etats in Ansatz gebracht waren.

Vom Grafen Bülker. Der Vorfall im Hotel de Rome, den wir kürzlich erwähnt haben, schildert das „Berl. Tagebl.“ wie folgt: Der Graf nahm, nachdem man ihn aus dem Hotel Bristol angewiesen, im Hotel de Rome Wohnung, wo man ihm Unterkommen gewährte, da man zunächst nicht wußte, mit wem man es zu tun hatte, und sich nach seiner Namensnennung scheute, ihm das Gastrecht zu kündigen. Im Schreib- und Lesesaal des Hotels traf man den „Bildergraf“ mit dem gleichfalls in dem Etablissement logierenden Juwelier Lehy aus Frankfurt a. M. zusammen, den er durch herausforderndes Frieren, höhnisches Schälern, Weifen und ähnliche unaristokratische Flegelien brüskierte. Herr L. erkundigte sich bei dem Hotelpersonal, wer der angenehme Herr sei, und als er dann am Nachmittag auf dem Hotelkorridor dem Grafen begegnete und dieser ihn wieder ansehte, stellte er ihn mit den Worten: „Dreßhgraf, wollen Sie's mit einem Juden aufnehmen? Haben Sie Courage?“ — Im selben Augenblick stürzte sich Graf Bülker auch schon auf Herrn L., der erheblich kleiner als er ist, und verlegte ihn mit einem Totschläger, den er aus der Tasche zog, am Kopfe. Herrn L., der sich energisch zur Wehre setzte, gelang es, dem Grafen das Instrument zu entreißen und ihn nur seinerseits damit zu bearbeiten. Beide Kämpfer mußten sich in ärztliche Behandlung begeben, und der Graf wurde noch am selben Abend aufgebettet, das Hotel zu verlassen. Herr L. hat übrigens gestern durch einen hiesigen Anwalt gegen den Grafen, der nach dem christlichen Hospiz in der Mohrenstraße ausgewandert ist, Klage erhoben lassen.

In der Strafsache gegen den Grafen Bülker wegen seiner Flugblätter ist auf Grund der § 94, 102 Str.-P. D. und 110, 111, 180, 74 und 49 Str.-G. eine polizeiliche Durchsuchung der Wohn- und Geschäftsräume des Buchdruckereibesizers Hermann Witsching, Vermauerstraße, nach Beweismitteln vorgenommen worden. Es wurden dabei die Reden des Grafen Bülker beschlagnahmt, die als Flugblätter gedruckt sind und die Ueberschrift tragen: „Die Juden und die Stadt Berlin“, „Die Juden in Spanien“ und „Der Ruin des Handwerkerstandes“.

Den erblichen Adelsstitel hat der bisherige Präsident der Königl. Eisenbahn-Direktion Berlin bei Scheiden aus dem Amte erhalten.

Auch ein „Volksmoh!“ In unsere Darstellung der Lage des „Volkswohl“, Verein zur gegenseitigen Unterstützung seiner Mitglieder“ hat sich ein Fehler eingeschlichen. Nicht Ende Oktober, sondern Ende September sollen, wie den zu einer Verprechung zusammenberufenen Vertrauensmännern mitgeteilt wurde, nur 225 M. in der Kasse gewesen sein.

Lotterieschwindel. Nach Verübung großer Lotterieschwindelacten sind die bisherigen Leiter des Lotterievereins „Germania“, der Tischler Heinrich Sommerlein und der Kaufmann Friedrich Becken-burg von hier geflüchtet, jedoch auf Veranlassung der Berliner Kriminalpolizei in Haag verhaftet worden. Sie werden beschuldigt, grobe Unregelmäßigkeiten begangen zu haben, indem sie u. a. von 40 von dem Verein gemeinschaftlich gespielten Loten, an denen die Vereinsangehörigen je mit einem hundertstel Anteil angeblich beteiligt waren, nicht nur hundert, sondern etwa tausend Anteile ausgaben. Die Mitglieder des Vereins lernen sich größtenteils nicht, da der Verein nur aus solchen Personen bestand, die sich auf Inzerate, namentlich aus der Provinz meldeten. Eine eigentliche Vereinsstätigkeit wurde nicht entfaltet, insbesondere haben auch Vereins- oder Generalversammlungen nie stattgefunden. Die Beschuldigten hatten sich eben selbst zu Leitern des Vereins gewählt. Dadurch hatten auch die Vereinsmitglieder keine Ahnung von dem schwindeltastigen Gebaren und glauben, daß sie durch die Zahlung von 5 M. für jede Klasse an 40 Bietelosen der Preussischen Lotterie beteiligt wären. Erst als nach einer Denunziation die Kriminalpolizei eine Revision der Geschäftsbücher vornahm, kam der Schwindel zutage. Sommerlein und Becken-burg, die früher mittellose waren, durch den Schwindel sogar teure Seebäder besuchen konnten, hatten insofern Glück, als auf die nach ihrer Angabe vom Verein gespielten Losnummern ein größerer Gewinn nicht gefallen ist, so daß sie bisher größere Verbeträge nicht auszahlen brauchten. Beide reifen sofort, als sie das Interesse der Kriminalpolizei für ihre Geschäftsführung bemerkten, ins Ausland ab. Nachdem man ihre Spur ermittelt hatte, gelang es den benachbarten, holländischen Behörden, die Schwindler zu ergreifen; die Auslieferungsverhandlungen sind bereits im Gange.

Bei einer Spiritusexplosion schwer zu Schaden gekommen ist Montagabend der in der Seifenfabrik von Runge Söhne in der Alten Jakobstraße 78 angestellte Arbeiter Hansfeld. Auf noch nicht ermittelte Weise kam dort in einem Arbeitsraum ein Spiritusballon zur Explosion. Die dabei entzündeten Strohballen trafen den in der Nähe des Ballons stehenden S. und brachten ihm am Kopf und an den Händen so schwere Verwundungen bei, daß er nach Anlegung von Rotverbinden auf der Unfallstation in der Weißerstraße unverzüglich nach einem Krankenhaus geschafft werden mußte. Auch der Seidemeister F. erlitt leichtere Verletzungen. Die alarmierte Feuerwehr konnte den entstandenen Brand in kurzer Zeit ablöschten.



**Auf der elektrischen Hochbahn** wurde in der vergangenen Nacht ein Mann, dessen Persönlichkeit bisher noch nicht ermittelt worden ist, von dem um 12 Uhr 43 Minuten vom Halleschen Tor nach Warschauer Weide fahrenden Zuge ungefähr 200 Meter hinter erstgenannter Haltestelle überfahren. Der Verunglückte muß umgeben von den Bahnbeamten die abgefahrenen Bahnstrecke betreten, zwischen den Schienen in der Richtung nach der Haltestelle Prinzenstraße zu weitergegangen und dabei zu Fall gekommen sein. Als der Zug mit 20-er Geschwindigkeit diese Stelle erreicht hatte, sah der Zugführer unmittelbar vor dem ersten Wagen eine Gestalt aus dem Gleise auftauchen, worauf er sofort mit allen ihm zu Gebote stehenden Bremsmitteln den Zug zum Stehen brachte, bei der hohen Fahrgeschwindigkeit den Unfall jedoch nicht mehr verhindern konnte. Der Verunglückte, dem außer schweren Verletzungen am Kopf und rechten Arm der rechte Unterschenkel abgefahren war, wurde von den Bahnbeamten sofort nach der nahegelegenen Unfallstation I am Tempelhofer Ufer geschafft, wo er infolge Schädelbruchs bald darauf verstorben ist.

**Die gefällige Landmännin.** Ein früheres Dienstmädchen Anna Proskowka, dem das Arbeiten nicht mehr gefiel, trieb sich seit einiger Zeit auf den Bahnhöfen umher, um stadtkundige Landmänninnen abzufangen und auszuländern. Mit Vorliebe benutzte sie den Stettiner Bahnhof als Standort. Hörte sie von einem Ankömmling polnische Heimatleute, so machte sie sich heran, ließ die Fremde ein, sich ihrer Führung anzuvertrauen, damit sie nicht den schlechten Berlinern in die Hände falle, und bot ihr für eine Nacht ein Unterkommen in ihrer Häuslichkeit an. Die untunlichen Mädchen waren froh, gleich eine so gefällige Landmännin gefunden zu haben, ließen sie das Gepäck in Verwahrung geben und vertrauten ihr auch ahnungslos den Gepäckschein an. Nun schleppte die Dauernfängerin ihre Opfer auf Kreuz- und Quertreppen so weit vom Bahnhof weg, daß sie sich sobald nicht wieder zurechtfinden, verschwand dann von ihrer Seite, fuhr rasch nach dem Bahnhofe zurück, ließ sich das Gepäck aushändigen und brachte die Beute nach Hause. Wenn die Mädchen sich endlich mit vieler Mühe nach dem Bahnhofe zurückgefunden hatten, war ihre freundliche Landmännin mit ihren Sachen längst verschwunden. Gestern kam gerade ein Kriminalbeamter dazu, als sie wieder mit einem Opfer den Stettiner Bahnhof verließ. Er folgte ihr unbemerkt auf allen Wegen, und als sie dann wieder ihre Begleiterin sehen ließ, fuhr er noch schneller als sie nach dem Bahnhofe zurück. Bald kam sie mit dem Gepäckschein. Sobald sie aber die Beute in Empfang genommen hatte, griff der Beamte zu. Erst nach Stunden erschien die Beprellte, die nun ohne Schaden davonkam und ihre Trefahrt beschrieb. Die Dauernfängerin wurde von der Kriminalpolizei nach Noobit in Untersuchungshaft gebracht. Sie ist geständig, hat aber das Manöver wahrscheinlich schon öfter gemacht, als sie bisher zugibt.

**Zu der Familientragödie** in der Prinz Eugenstraße 12 wird mitgeteilt, daß die Leichen der vier Opfer, der Kaufrau Agnes Mengz und der von ihr erdrosselten Kinder von der Staatsanwaltschaft zur Beerdigung nunmehr freigegeben worden sind. Ob sie gemeinsam bestattet werden, steht noch dahin, da Frau Mengz katholisch, ihre Kinder dagegen evangelisch getauft waren.

**Feuerbericht.** Die Brandchronik der letzten 24 Stunden ist wieder eine sehr reichhaltige. Dienstag früh gegen 7 Uhr wurde die Wehr nach der Köpfiger 7 gerufen, weil hier im Erdgeschoß des rechten Seitensüßels in der Akkumulatorenstation „Elektra“ von Erich Marckert durch Kurzschluß in einem Akkumulator ein Feuer ausgebrochen war. Der 20. Rößzug war schnell zur Stelle und konnte die Gefahr leicht beseitigen. — In der Turmstr. 41 gingen vorher Gardinen und Decken in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Kommandantenstr. 15 im 5. Stock des Duergebäudes in einem Fabrikraum Kisten und Verpackungsmaterialien brannten. — Einen Eichensteinbrand gab es dann in der Grenzstr. 11 zu beobachten. — Gegen Abend waren in der Leipzigerstr. 130 in dem im vierten Stock belegenen photographischen Atelier von Schwarzwälder Möbel und Portieren in Brand geraten, der indes vom 19. Rößzuge in kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. — Kleider und Wäschestücke wurden zur selben Zeit in der Köpfigerstr. 7 durch Feuer vernichtet. — Nach der Koloniestr. 147 wurde die Wehr gegen Mitternacht gerufen, weil dort eine Automobildieselle brannte. — In der Rauningerstr. 8 und in der Königsbergerstr. 10 mußten am Abend Zimmerbrände, bei denen im wesentlichen Möbel und Decken beschädigt wurden, beseitigt werden. — Alle übrigen Alarmierungen, die noch aus der Wilhelmstr. 62, Gneissenaufstraße usw. einliefen, waren auf ganz unbedeutende Feuer zurückzuführen, die ein sonderliches Eingreifen der Wehr nicht erforderten.

**Theater.** Im Lessing-Theater ist die Premiere von Max Drener's Schauspiel „Die Siebzehnjährigen“ auf Ende nächster Woche verschoben worden. Am Sonnabend, den 12. d. M. wird statt dessen „Florian Seyer“, dem darauffolgenden Sonntagabend „Traumnulius“ gegeben. Die bereits gelösten Billets sind bis Freitagmittag 1 Uhr gegen Erstattung des Betrages an der Kasse des Lessing-Theaters zurückzugeben. — Im Schiller-Theater O. (Wallner-Theater) findet am Donnerstag zur Feier von Schillers Geburtstag eine Aufführung von „Wallenstein's Lager“ und „Die Piccolomini“ statt. — National-Theater. Der Direktor ist es trotz lebhafter Bemühungen nicht gelungen, Fane Duse zu einer Verlängerung ihres Gastspiels zu bewegen, da die Künstlerin am 14. d. M. bereits in Dresden aufzutreten muß. — Sonach beendet Eleonora Duse am 12. d. M. ihr Gastspiel mit einer Aufführung von Maurice Donnay's neuem in Berlin noch nicht gesehenen Stück „Die andere Gefahr“. — Im Velle-Alliance-Theater geht Witwuch die Repertoirposse „Die Tugendglocke“ zum 2. Male in Szene. Am Donnerstag folgt das zweite Gastspiel des National-Theaters; zur Aufführung gelangt „Migoletto“; Freitag wird die „Tugendglocke“ wiederholt und Sonnabend findet das dritte Gastspiel des National-Theaters mit „Donna Juanita“ statt. — Max Halbes Schauspiel „Mutter Erde“ wird in der zweiten Hälfte dieses Monats seine Wirkung von neuem zu erproben haben. Die „Neue freie Volksschule“ bringt das Stück als vierte Serie ihrer dieswöchentlichen Vorstellungen an sieben Sonntagnachmittagen im Schiller-Theater N. mit den ersten Kräften dieser Bühne zur Aufführung.

### Aus den Nachbarorten.

Die Schöneberger Stadterordneten-Versammlung hatte am Montag den Erlaß eines Ortsstatuts zur Errichtung eines Kaufmannsgerichts zu beraten. Wie an anderen Orten, so wird leider auch in Schöneberg von einem Inkrafttreten dieses Gesetzes am 1. Januar 1905 nicht die Rede sein können. Sowohl der Verfassungskomitee, Rechtsanwält Dr. Maxwig, der gegen verschiedene Paragraphen des Statuts Bedenken erhoben hatte, als auch Stadtrat Manstein hielt Ausschüßberatung für wünschenswert und da auch die Sozialdemokraten Änderungen beantragen werden, so erklärten auch diese sich mit der Wahl eines Ausschusses von 9 Mitgliedern, dem unter anderen Genosse Käter angehört, einverstanden.

Ein anderer wichtiger Punkt bildete die Neuverpachtung des eisenbahnstatischen Geländes an der Ebersstraße, das bisher zu Parkweiden diente, dessen Vertrag mit dem Fiskus aber am 31. März 1905 abläuft. Der bisherige Pächter von 1300 M. ist jetzt mit Einschluß der 531 M. betragenden Grundsteuer (die vorher auch vom Fiskus getragen wurde) auf 3371 M. erhöht worden, und wohl oder übel mußte die Versammlung zustimmen. Die Stadterordneten Knipfisch und Hoffmann (Soz.) weisen mit Recht darauf hin, daß der Ankauf des 290 Quadrat-Ruten großen Platzes die beste Lösung sei, um einer stetigen Erhöhung des Mietpreises vorzubeugen, und Hoffmann regte gleichzeitig die Errichtung einer Markthalle an. Ohne Ausnahme waren die bürgerlichen Vertreter schon damit zufrieden, daß der Eisenbahnfiskus überhaupt mit ihnen verhandelt hatte; sie glauben mit dem Pächter immer noch ein gutes Geschäft zu machen. Der Verlängerung des Vertrages auf fernere fünf Jahre wurde sodann zugestimmt.

Weber die Bedeutung des Fachschulunterrichts und die Erweiterung der Fakultäten Fortbildungsschule entspann sich folgende

lieh einer Petition des Bezirksvereins Nordost eine lange Debatte. Wie oft schon in der Vergangenheit für genannte Anstalt gefordert wurde, ist bekannt. In allen Quartieren dieses Stadtteils Engelmann die Fortschritte, die das Handwerk mit der Errichtung von Fachschulturnen für die Zukunft machen würde; in ihnen erblickt er, wie auch die anderen bürgerlichen Vertreter, das Allheilsmittel zur Befestigung des Handwerks. Käter (Soz.) weist demgegenüber darauf hin, daß der Fachschulunterricht nimmermehr den erhofften Nutzen bringen könne und daß die Gemeinde im Interesse einiger Handwerkermeister die großen Kosten aufbringen muß. — Schließlich wurde ein Antrag Kubig angenommen, den Magistrat zu ersuchen, die Errichtung von Unterrichtsturnen für Handwerker und Kunsthandwerker in die Hand zu nehmen und unentgeltlich Räume zur Verfügung zu stellen, sowie bezüglich der Unterstützung des Fachschulunterrichts und Einstellung von Mitteln zu diesem Zweck in den nächsten Etat eine Vorlage zu bringen.

Die Wahl des Stadtv. Freugebrodt im 9. Bezirk der II. Abteilung, gegen die Einspruch erfolgt war, wurde hierauf nach einem Referat des Justizrats v. Gordon, der sich im Gegensatz zu einer früheren Auffassung für die Entscheidung des Wahlvorstandes aussprach, ohne Debatte für gültig erklärt. Im 8. Bezirk der II. Abteilung hat sonach eine Neuwahl stattgefunden.

Die Wilmerdorfer Gemeindevertretung beschloß zur Erlangung von Schätzen für den Neubau eines Rathauses eine öffentliche Ausschreibung unter den Architekten Deutschlands und bewilligte zu Preisverteilungen 20 000 M.; es wurden festgesetzt ein erster Preis zu 8000 M., ein zweiter zu 5000 M., zwei dritter zu je 3000 M. und ein vierter Preis zu 1000 M. Die Entwürfe müssen bis zum 10. April 1905 der Gemeindevertretung eingereicht sein. Preisrichter sind die folgenden Mitglieder der Gemeindevertretung: Amts- und Gemeindevorsteher Habermann, Geh. Vergrat Professor Dr. Veyhschlag, die Vauräte Gerard und Habesicht, Ingenieur Kamrat, Direktor Eichmann, Gemeindebauamt Herrring. Sodann wurden für den Neubau des Reform-Realgymnasiums nebst Realschule der erste Hauptentwurf und die Vereinfachung der erforderlichen Mittel im Betrage von 900 000 M. genehmigt. — Die Stelle des zweiten besoldeten Schöffen soll mit einem im Verwaltungsdienst bereits tätig gewesenen Beamten besetzt werden, der das zweite juristische Examen oder das für den höheren Verwaltungsdienst bestand hat; das Anfangsgehalt beträgt 6000 M. und steigt bis 7500 M., die Monatsentschädigung beläuft sich auf 1500 M. Die Dienstzeit in anderen Kommunen kann auf das Besoldungsverhältnis in Anrechnung gebracht werden. — Zum Vorsitzenden des vom 1. Januar 1905 zu errichtenden Kaufmannsgerichts wurde der besoldete Schöffe Stadtrat Peters und zu dessen Stellvertreter Amts- und Gemeindevorsteher Habermann gewählt.

Rixdorf. Die Stadterordneten werden sich in ihrer nächsten Sitzung mit der Errichtung eines Kaufmannsgerichtes für unsere Stadt zu beschäftigen haben. Der Statutenentwurf des Magistrats schießt sich im wesentlichen dem vom Minister für Handel und Gewerbe ausgearbeiteten Musterstatut an. Für die Wahlen ist in Uebereinstimmung mit der Gewerbe-Deputation das System der gebundenen Listen, bei dem die Stimmgabe auf die eingereichten Vorschlagslisten der Stimmen beschränkt ist, vorgeschlagen. Die beteiligten Kaufleute und Handlungsgehilfen, welche hierüber gehört worden sind, haben sich in überwiegender Mehrheit für dieses System ausgesprochen. Um etwaige Härten, die das System der gebundenen Listen mit sich führen kann, zu verhüten, soll die Zahl der Unterzeichner von Vorschlagslisten auf fünf herabgesetzt werden, um so auch kleineren Parteigruppen die Möglichkeit zu geben, eine Vorschlagsliste einzureichen. Das Ortsstatut soll am 1. April 1905 in Kraft treten.

## Gerichts-Zeitung.

Zu der Ansicht, daß Graf Büdler-Alein-Tschirne geisteskrank ist, hat sich jetzt auch ein Berliner Gerichtshof bekannt. Der unglückliche Mann hat eine Privatklage angestrengt, die gestern vor der 147. Abteilung des Schöffengerichts unter Vorsitz des Assessors Heil verhandelt wurde. Graf Büdler hatte sich vom persönlichen Erscheinen dispensieren lassen und wurde vom Rechtsanwält Gräfe vertreten. Die Privatklage richtete sich gegen den Redakteur der „Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ Kurt B ü r g e r und den Schriftsteller Emil Brand, denen Rechtsanwält Joseph C o h n und Justizrat Heimbacher-Schöneberg als Verteidiger zur Seite standen. Zur Anklage standen zwei in dem genannten Organ veröffentlichte, von Herrn Brand verfaßte Artikel „Festungsarrangierungen“, durch welche sich Graf Büdler beleidigt fühlte. Der Angeklagte Brand war wegen seines bekannten Gedichtes: „Wenn ich einmal ein Landrat wär“ zu vier Wochen Festungshaft verurteilt worden und verbüßte seine Strafe in Weichselmünde zu derselben Zeit, als dort Graf Büdler die ihm wegen Herausforderung zum Zweikampf subskribierte Festungshaft verbüßte. Er schildert nun das Zusammenleben mit dem „Festungsgrafen“ im „Verbrecherklub Weichselmünde“ und schilderte ihn nach seinen Beobachtungen als einen nur pathologisch zu beurteilenden Menschen. Er erwähnte dabei aus dessen Reden die „rohen platten Wipe“, das „irre und weire Zeug“, welches er zusammenschwätze, seine Selbstgefälligkeit, seine oft löbliche Wut gegen die Juden, die vielleicht daher stamme, daß er ein prononciert jüdisches Aussehen habe und wie ein jüdischer Pferdehändler aussehe usw. Die eigenartige Rede, die er anschlug, hore man öfter im Irenenhaus, sein Nennen in Weichselmünde habe wiederholt gezeigt, daß man es mit einem mehr oder minder harmlosen Narren zu tun habe usw.

Angell. Brand bestritt, daß die Artikel den Grafen Büdler beleidigen konnten. Ein Mann, der in solch unerhörter Weise Beleidigungen über Beleidigungen öffentlich ausdrückt, könne doch unmöglich durch einige starke Ausdrücke beleidigt werden. Man müsse ihn doch mit demselben Maß messen dürfen, das er selbst anwendet.

Vor Eintritt in die weitere Verhandlung machte Rechtsanwält C o h n in formeller Beziehung folgende Ausführungen: Er bestreite, daß Graf Büdler imfandne ist, als Privatkläger aufzutreten, da er im Sinne des § 104 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches als geschäftsunfähig zu gelten habe. Er behauptete, daß Graf Büdler an einer krankhaften Störung seiner Geisteskräfte leide. Graf Büdler leide zweifellos an Paranoia, denn aus allen seinen Reden, aus seinem ganzen Gebaren leuchten die Erscheinungsmomente dieser Krankheit hervor, wie sie Professor Krepelin in seinem Werke: „Klinische Psychiatrie“ festgelegt hat: Verfolgungswahn, Selbstgefälligkeit, Größenwahn, Vergiftungsideen usw. Man brauche bloß einen Blick in eine Reihe von Reden zu werfen, die Graf Büdler immer mit derselben wissenschaftlichen Art und dem wirren Durcheinander gehalten, um zu der Ueberzeugung zu kommen, daß dieser Mann geschäftsunfähig sei, ganz besonders müsse man aber nach den letzten Flugblättern des Grafen zu dieser Ansicht kommen. Seine eigenen Parteigenossen halten ihn jetzt für einen betagten Kranken, ebenso ihn verwandtschaftlich sehr nahe stehende Personen. Der Beileidiger verlas die Bemerkungen, die nach dem Erscheinen der letzten Flugblätter der „Reichsbote“, die „Deutsche agrarische Korrespondenz“, die „Neuesten Nachrichten“, die „Neue Bayerische Landeszeitung“ und andere über das „wilde Hirnenbrannte Zeug“, das der Graf produziere, gemacht haben und verlas auf Vernehmung des Abgeordneten v. Liebermann in der Antisemitischen Korrespondenz“, ferner auf die „Hodswacht“, „Magdeburgerische Sachsenhau“ usw. Wenn ein Mann aus der sozialen Sphäre und mit der Bildung des Grafen Büdler in den letzten Flugblättern nicht nur eine Sprache führe, die abseits jeder Bildung und abseits jeder kulturellen Auffassung steht, sondern auch zu Verbrechen auffordert und dabei wirr von einem Thema zum anderen überpringt, so kann er nur pathologisch sein. Ein geistig Gesunder könne so etwas nicht sagen, was Graf Büdler in jenen Flugblättern gesagt habe. Er beantragte deshalb: den Privatkläger auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen und, wenn er sich dem widersetze, einem gerichtlichen Sachverständigen das gesamte Material seiner Reden zu übergeben. Das enthalte schon genügend schwerwiegende Beweise für die Unzurechnungs-

fähigkeit des Grafen, und dazu komme noch, daß seinerzeit Geh. Staatsrat Dr. Neumann in Vlogau schon vor Gericht erklärt habe: es sei notwendig, den Grafen in einer Anstalt auf seinen Geisteszustand untersuchen zu lassen. — Justizrat Heimbacher-Schöneberg trat diesem Antrag bei. Graf Büdler, der sich vom persönlichen Erscheinen habe entbinden lassen, habe sich seit dem 2. Oktober in Berlin aufgehalten und seine Brandreden gehalten, er sei gestern noch hier gewesen und es sei doch mindestens wunderbar, daß er nun am Tage des Termins wieder in Klein-Tschirne wohne. Er habe noch in den letzten Tagen Versammlungen abgehalten und Flugblätter verteilt lassen. Diese und andere Reden haben den Vorstand der jüdischen Gemeinde veranlaßt, bei dem Staatsanwalt aufzutreten, ob nicht diesem Unfuge endlich ein Ziel gesetzt werden solle. Der Staatsanwalt habe erklärt, daß es dieser Anregung nicht bedürfte, daß vielmehr bereits ein Strafverfahren gegen den Grafen Büdler eingeleitet worden sei. Dabei werde amtlich geprüft werden müssen, ob Graf Büdler zurechnungsfähig ist oder nicht; werde diese Frage bejaht, dann könne er nicht als Privatkläger auftreten. Es redigerte sich daher der Antrag: die Verhandlung auszusetzen und abzuwarten, wie die Ermittlungen dort enden. — Rechtsanwält Gräfe protestiert gegen diesen Antrag, der doch wohl bloß dazu geeignet sei, die Sache zu verschleppen. Graf Büdler sei nicht entmündigt und es liege kein Anlaß vor, ihn für geschäftsunfähig zu erklären. — Nach längerer Beratung veränderte der Vorsitzende: Der Gerichtshof ist auf Grund des vorliegenden Materials und der gerichtlichen jüngsten Reden des Privatklägers zu der Ueberzeugung gelangt, daß der Privatkläger tatsächlich geistig nicht normal ist. Da aber jede Abweichung vom normalen Geisteszustand die Voraussetzung des § 104 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches erfüllt, der Gerichtshof aber nicht in der Lage ist, der Hinzuziehung eines Sachverständigen zu entbehren, so hat der Gerichtshof dem Antrage auf Aussetzung der heutigen Verhandlung stattgegeben, da anzunehmen ist, daß die Staatsanwaltschaft in dem gegen den Privatkläger eröffneten Strafverfahren bezüglich der Unterzuehung seiner geistigen Zurechnungsfähigkeit die notwendigen Schritte unternehmen wird.

Ein Schwärmer. Anarchistische Propaganda in der Krankenstation des Asyls für Obdachlose wurde dem Schloßer Wag B ä h m e zur Last gelegt, der sich gestern wegen Aufreizung zum Massenhaß vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte. Der Angeklagte war früher anarchistischer Mitläufer. Er gehörte einem anarchistischen Gesangsverein an, lernte dort mehrere anarchistische Führer kennen, legte sich eine kleine anarchistische Bibliothek zu und unternahm es auch für die anarchistischen Ideen Anhänger zu gewinnen. Im Januar 1902 lag er auf der mit dem Asyl für Obdachlose verbundenen Station für Geschwächte. Eines Sonntags machte er, nachdem er vorher schon wiederholt seinen Mitpatienten anarchistische Ideen mündlich entwidelt, diesen die Mitteilung, daß er am nächsten Tage Bücher hereinbekommen werde, die er auf Wunsch den Kranken zur Verfügung stellen wolle und aus denen sie sich überzeugen könnten, wie ungerade es in der Welt zugehe. Am Sonntag erhielt er Besuch von seiner Ehefrau, diese brachte ihm Broschüren aus der anarchistischen Bibliothek mit und bald wanderten die Schriften „An die jungen Leute“, „Neues Wintermärchen“ (das bekanntlich mit Anarchismus gar nichts zu tun hat!), „Gott und Staat“ und „Die historische Rolle des Staats“ von Hand zu Hand. Einige dieser Schriften sind seinerzeit polizeilich mit Beschlagnahme und der Angeklagte erzählte triumphierend, daß das „Neue Wintermärchen“ früher 20 Pf. gekostet habe und jetzt kaum für 3 M. zu haben sei. In den Schriften wird nach Meinung der Richter die Erhebung der niederen Klassen gegen die höheren in Form der Revolution gepredigt und in außerordentlich krasser Weise das Loos der unbemittelten Klassen als menschenwürdig hingestellt, während die Bemittelten als Faulenzer und Tagelöhne geschildert werden. Einige Kräfte erstatteten Anzeige und eines Tages erschien die Polizei in der Krankenstation und belegte die Schriften mit Beschlagnahme. Wie bekundet wurde, drohte darob fast eine Revolte unter den Kranken auszubrechen. Der Angeklagte behauptete vor Gericht, daß er die paar Deste nur zur eigenen Lektüre erhalten und sie nur auf Wunsch einzelner Patienten diesen zum Lesen überlassen habe. Nach dem Zeugnis des Kriminalwachmeisters Fried hat sich der Angeklagte seitdem von jeder Verbindung mit Anarchisten ferngehalten. — Staatsanwalt Liebenow wies auf die Gefahr hin, die daraus entstehe, wenn gerade den in Krankenställen liegenden Armen und Elenden solche heberische Schriften in die Hand gedruckt werden. Er beantragte 4 Monate Gefängnis. — Rechtsanwält Viktor Franzl beantragte die Freisprechung des Angeklagten, auf die der Gerichtshof auch erkannte. Der Gerichtshof war mit dem Verteidiger der Ansicht, daß dem Angeklagten nicht nachgewiesen war, daß er die zwei Schriften, die wirklich strafbaren Inhalt hatten, schon gelesen hatte und ihren Inhalt kannte. Die Beauftragung des Angeklagten, daß er diese erst selbst habe lesen wollen, sei nicht widerlegt. Außerdem vernahm der Gerichtshof das Moment der Oeffentlichkeit bei der Verbreitung und bezüglich des „Wintermärchens“, welches im Krankenstalle verbreitet sein soll, berücksichtigte er, daß das eine Exemplar, welches in Frage kam, nicht in natura vorlag und der Beweis der Identität mit dem seinerzeit verbotenen „Neuen Wintermärchen“ nicht gegeben war.

Nachdem neuerdings über so manchen Urteil zu berichten war, das Stoffschätzeln erregte, ist es eine Wohltat, von einem Gerichtsbescheid zu vernahmen, der mit dem Rechtsbewußtsein der Bevölkerung nicht im Widerspruch steht.

In dem Gründerprozeß Steinberg und Genossen wurde gestern die Beweisnahme fortgesetzt. Der Angeklagte Steinberg beschwerte sich darüber, daß durch „tendenzlose“ Berichte in der Presse Stimmung gegen ihn gemacht werde. Insbesondere beklagte er sich darüber, daß ein hiesiges Blatt den Gerichtsbericht unter der Ueberschrift „Die verachtete Grundbesitzerbank“ gebracht habe. Das sei ganz unzutreffend, denn die Bank sei gar nicht verachtet, sondern beehre auch noch heute. Die gestrige Beweisnahme erstreckte sich im wesentlichen auf den zweiten und dritten Punkt der Anklage: die Angaben, die bei der Erhöhung des Grundkapitals gemacht worden sind. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 7. Juli 1900 fand eine Erhöhung des Grundkapitals um 150 000 M. durch Ausgabe von 100 Prioritätsaktien zu je 1000 M. und 50 Aktien zu je 1000 M. statt. Die Aktien sollten nach dem Beschluß zum Nennbetrage ausgegeben und 25 Proz. des Nennbetrages sofort, der Rest aber im Laufe eines Jahres eingezahlt werden. Der Vorstand und die Aufsichtsratsmitglieder melde den Beschluß und die erfolgte Erhöhung des Grundkapitals zur Eintragung in das Handelsregister an mit der Versicherung, daß das bisherige Grundkapital vollständig und auf jede der neuen Aktien und Prioritätsaktien 25 Proz. eingezahlt seien, sowie daß die eingezahlten Barbeträge im Besitze des Vorstandes sich befinden. Entsprechende Angaben wurden gemacht, als durch Generalversammlungsbeschluß vom 18. Oktober 1901 eine Erhöhung des Grundkapitals um 300 000 M. durch Ausgabe von 300 Prioritätsaktien zu je 1000 M. stattfand. Die bezüglichen Angaben sollen nach der Behauptung der Anklage falsch sein, was von den Angeklagten bestritten wird. Die Verhandlung, die immer wieder auf die Erörterung der Vermögensverhältnisse der Angeklagten zurückgreift, bietet wenige Momente von allgemeinem Interesse. Da sie noch mehrere Tage in Anspruch nehmen wird, werden wir und darauf beschränken, in einem Schlussbericht das Ergebnis mitzuteilen.

Marktpreise von Berlin am 7. November. Nach Ermittlungen des hgl. Polizei-Präsidiums. Für 1 Doppel-Ventner: Weizen\*, gute Sorte 17,85—17,62 M., mittel 17,59—17,54 M., geringe 17,53—17,50 M., Roggen\*, gute Sorte 13,90—00,00 M., mittel 00,00—00,00 M., geringe 00,00—00,00 M., Futtergerste\*, gute Sorte 15,70—14,50 M., mittel 14,40 bis 13,20 M., geringe 12,2—12,10 M., Hafer\*, gute Sorte 16,40—15,60 M., mittel 15,50—14,70 M., geringe 14,00—13,80 M., Erbsen, gelbe, zum Roden 10,00—30,00 M., Speisebohnen, weiße 50,00—30,00 M., Bohnen 60,00—30,00 M., Kartoffeln 9,00—7,00 M., Nüßlingen 0,00—0,00 M., Heu 0,00—0,00 M., für ein Rindgamm Voller 2,50—2,00 M., über per Schod 4,50—3,00 M. \*) Drei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.



Aus der Frauenbewegung.

Bürgerliche Frauen über den Wohnungskongress.

Der Verein „Frauenwohl“, der unter Leitung von Frau Minna Gauer steht, hatte am 7. November im Architektenshaus, Wilhelmstraße, eine Versammlung mit Gästen. Fräulein Elise Lüders sprach über den deutschen Wohnungskongress, an dem sie teilgenommen hat. Es war ein Stimmungsbild, was sie bot. Durch sie mit klugen Streiflichtern, die besonders die reaktionären Gruppen der Kongressteilnehmer trafen. Die Zulassung auch von Gegnern einer Wohnungsreform zu dem Kongress billigt Fräulein Lüders, im ausdrücklichen Gegensatz zu Ausführungen in einem Artikel Dr. Sadelmanns. Man lerne die Gegner besser kennen. Vielleicht werde auch die Stimmung gegen sie noch verschärft. Auf jeden Fall führe es aber zur Stärkung der Reformbewegung selbst. Wenn man aber die Teilnahme jedem freigebe, dann müsse der Organisations-Ausschuss ein großes Gesicht aufwenden. Daran habe es dem Ausschuss gefehlt. Und auch das Präsidium habe unter diesen Umständen eine schwere Aufgabe. Gerecht müsse es sein, stellenweise aber auch sehr energisch. Gerecht sei die Leitung gewesen, oft aber viel zu schlapp. Das einleitende Referat des Professors Pohle, das eine große Verstimmung unter allen Freunden einer gründlichen Wohnungsreform hervorgerufen habe, hätte die schärfste Kritik wohl dadurch erfahren, daß die „böse Fee“ des Kongresses, der Vertreter aller Hausbesitzer-Vereine, Herr Stadtrat Hartwig aus Dresden, ihm zustimmte. Bei der Erwiderung Pohles von den Fortschritten des modernen Bauwesens mit seinen Parkettfußböden, der Zentralheizung, dem elektrischen Licht sei vor ihr aufgestiegen, was auch dem Heimarbeiter-Kongress über das Wohnungswesen festgestellt worden sei. — Erfreulich wäre, daß sämtliche Arbeitervertreter, der sozialdemokratische, der freisinnige und der christliche, in der Wohnungsfrage eigentlich denselben Standpunkt einnahmen. Tief ergriffen hätten die Schilderungen des Abgeordneten Hue, des ehemaligen Bergarbeiters. Den Höhepunkt der Diskussion fand Medner in dem Auftreten Raumanns. Sie selbst rechnet sich zu den Bodenreformern. Ihre besondere Freude sprach sie über das Auftreten Lily Brauns aus, deren Verlangen nach dem Wahlrecht der Frauen in der Kommune bei den Reaktionen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen habe. Das Geschrei der reaktionären Gruppe beim Referat Einzelheimers bezüglich sie mit einem „wahren Inbegriff der Heilung“. Trotz aller Depressierenden, das der Kongress brachte, habe er doch die Aufmerksamkeit weitester Kreise auf die so brennende Wohnungsfrage gelenkt. Auch sei ein Erfolg die Stärkung der Kampfesenergie und man werde aus diesem ersten Kongress lernen, wie ein energischer Vorstoß in der Wohnungsreform anders vorzubereiten sei. (Beifall.)

Es folgte dann ein Referat des Herrn Dr. Breitscheidt-Wilmersdorf über: „Die Frauen und die Kommunalpolitik“. Er gab eine Uebersicht über die rechtliche Stellung der Kommunen, ihre Organisation und die verschiedenen Gebiete kommunaler Verwaltungstätigkeit, sowie über die sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinden. Er erklärte im Laufe seiner Ausführungen an, daß an dem Fortschritt im modernen Sinne, soweit ein solcher im kommunalen Leben zu verzeichnen sei, die Sozialdemokratie hervorragenden Anteil habe. Ueberhaupt erwies sich Medner als ein freudensender Mann mit tieferem sozialen Verständnis. Er empfahl, ohne sich für eine bestimmte Partei zu engagieren, den Frauen, sie sollten bei den nächsten Kommunalwahlen ihren Einfluß geltend machen, daß Männer gewählt würden, die für den Fortschritt im besten Sinne seien, für den Municipal-Sozialismus Verständnis hätten und vor allem auch für Frauenrechte eintreten. — Auch dieser Vortrag wurde beifällig aufgenommen.

Dann wurde über beide Referate diskutiert. — Reichstags-Abgeordneter Dr. Potthoff suchte als Teilnehmer des Wohnungskongresses die Vorteile abzumachen, die allenfalls das Auftreten des Professor Pohle erfahren hat. Dieser habe eben stillschweigend vorausgesetzt, daß noch viel im Wohnungswesen zu tun sei. Allerdings sei das Referat einseitig gewesen, aber von der schlechtesten Wirkung, die es auf große Kreise ausübte, sei das Niveau und die Stimmung des Publikums mehr schuld gewesen, als der

Medner. — Der Stadtverordnete Dr. Nathan trat der Verteilung des Pöbels entgegen. Es wäre ein großer Fehler, hier Milde walten zu lassen. Jemand, der auf einem Standpunkte stehe, wie Pohle, müsse es ablehnen, auf einem Wohnungskongress zu referieren. Durch das Referat, das übrigens einen wirklichen Fortschritt, alles in allem genommen, gar nicht habe beweisen können, habe der Kongress ein schlechtes Gesicht bekommen. — Hinsichtlich der Tätigkeit der Frauen in der Kommune ist Medner gleich Herrn Potthoff der Meinung, daß die Frauen durch Mitarbeit an der Stärkung des sozial gerichteten Liberalismus sich Einfluß verschaffen könnten. Dr. Nathan meinte, mittels persönlicher Einflussnahme der Frauen ließe sich namentlich bei den Wahlen der ersten und zweiten Abteilung manches erreichen.

Eine Volksschullehrerin aus Spandau hielt der rein äußerlichen Pöbelchen Betrachtung unserer Wohnungen entgegen, daß man den richtigen Maßstab erst gewinnen, wenn man frage: Wieviel Schlafstellen hat die Wohnung? Wieviel Personen kommen auf ein Bett? Da seien in Spandau die traurigsten Zustände festgestellt worden. Daß zwei Kinder in einem Bett schliefen, sei die Regel. Aber auch drei und vier schliefen in einem Bett. Eine Kollegin von ihr habe sogar fünf für ein Bett festgestellt. Mann und schliefen natürlich die Kinder in die Schule. Daß Mann und Frau in einem noch dazu schmalen Bett schliefen, sei nicht selten. Sogar in Wohnungen, die aus Küche und Stube beständen, finde man noch Schlafzimmer.

In seinem Schlußwort spottete Dr. Breitscheidt über freisinnige Männer, die Frauen, welche im vorigen Jahre bei der Wahlarbeit helfen wollten, zum Teil spöttisch, zum Teil verlegen angehen und ihnen nahegelegt hätten, daß das für sie doch nichts sei. Es wäre ein Wunder, daß sich nicht schon mehr Frauen gefunden hätten, welche Hilfe bei der Sozialdemokratie suchten. Nach einem Schlußwort des Fräulein Lüders trat Schluß der Versammlung ein.

Vermischtes.

Praktische Lösung eines Schulkonflikts. Die Bestimmung des preussischen Kultusministers, nach der die Benutzung von Schulräumen zu anderen als Schulzwecken der Genehmigung der Schulbehörde bedarf, erzeugt — wie wir schon berichteten — auch in anderen Großstädten Konflikte. Ein solcher ist auch, wie die „Päd. Ztg.“ meldet, in Gagen in Westfalen entstanden, wo die Arnberger Regierung selbständig über die Aulä der städtischen Gewerbeschule verfügt hat. Um sich nun das volle Verfügungsrecht über ein neues Schulgebäude zu sichern, griff die Stadtverordneten-Versammlung zu einem drastischen Ausfallsmittel, wie folgender einstimmiger Beschluß zeigt:

Die Stadtverordneten-Versammlung genehmigt, daß das an der Parkstraße errichtete städtische Gebäude mit Schulbänken und Inventar für Volksschulzwecke ausgestattet werde, und überläßt die Räume widerrechtlich zu Volksschulzwecken während der üblichen Unterrichtsstunden, wohnt sich aber ausdrücklich das Verfügungsrecht über das städtische Eigentum während der Zeit, zu welcher die Räume zu Schulzwecken nicht in Anspruch genommen werden.

Hoffentlich schätzt dieser Beschluß gegen Uebergriffe der Regierung.

Anstößige Rechtsprechung. Der seltene Fall, daß ein ehemaliger Priester nach Religions- und Standeswechsel eine Ehe einging, die nach sechsjährigem Bestande von amtswegen aufgelöst wurde, beschäufte vor kurzem den Obersten Gerichtshof in Wien. Der jetzt geschiedene Ehemann hatte als Ritter des Kreuzherrn-Ordens am 17. Oktober 1878 das feierliche Ordensgelübde abgelegt, wurde am 21. Dezember 1878 zum Ordenspriester geweiht, trat dann am 9. Juni 1882 aus dem Orden aus und zeigte nach Erledigung der medizinischen Studien und Erlangung des Doktorgrades bei der Bezirkshauptmannschaft an, daß er aus der katholischen Kirche austrete und das Bekenntnis der reformierten evangelischen Kirche annehme. Am 2. Mai 1898 wurde er mit dem Mädchen, dem zuliebe er den Priesterstand verlassen hatte und das gleichfalls Protestantin geworden war, von dem zuständigen evangelischen Pfarrer getraut. Mit dem Urteile des Kreisgerichtes Chrudim vom 6. Mai 1904, das später vom Oberlandesgericht als Berufungsgericht bestätigt wurde,

wurde diese Ehe als ungültig erklärt, da nach der Meinung des Gerichts ein katholischer Priester auch nach dem Religionswechsel zur Eheschließung verurteilt sei. Gegen dieses Urteil ergriffen der Verteiliger des Ehebandes und die Gattin die Berufung an den Obersten Gerichtshof. Dieser hat die untergerichtlichen Urteile bestätigt und die Ehe für ungültig erklärt, und zwar mit der Begründung, daß ein Priester, der die höheren Weihen empfangen und das Gelübde der Eheschließung abgelegt habe, weder durch den Austritt aus dem Priesterstande noch durch Annahme eines anderen Glaubens das ihm ständig anhaftende Ehehindernis beseitigen kann. Dieses Urteil ist, wie bemerkt, in Oesterreich gefällig worden; in der deutschen Rechtsprechung wäre ein ähnliches Urteil wohl ausgeschlossen.

Frankfurt a. M. Dienstag vormittag wurde direkt unterhalb des linksrheinischen Kohlenhafens die Leiche einer etwa 30jährigen Frauenperson gefunden und gelandet. Die Leiche, die nicht lange im Wasser gelegen haben kann, war völlig unbekleidet. Beide Hände waren ihr abgeschnitten. Am Halse befand sich noch eine Uhrkette mit einer daran hängenden Uhr.

Ergriffene Mörder. In Wolfstein (Pfalz) wurden die zwei Verbrecher Georg Karzes und Heinrich Hellriegel, die von der Staatsanwaltschaft in Trier wegen des Mordes an dem Kaiser Teines festerlich verfolgt werden, verhaftet. Die beiden hatten während längerer Zeit die Pfalz, Hessen und das Saargebiet mit ihren Schandtatzen heimgesucht. Sie werden auch von anderen Behörden gesucht.

Automobil-Unfall. In Sirton bei Präfel ereignete sich heute ein schwerer Automobil-Unfall. Ein Automobil, in dem sich ein Herr, seine Gattin und seine beiden Töchter befanden, stieg an einer Wegbiegung gegen einen Lastwagen; das Automobil wurde total zerkleinert, die beiden Mädchen wurden getötet, die Eltern lebensgefährlich verletzt.

Wasserstand am 7. November. Elbe bei Magdeburg — 0,40 Meter, bei Dresden — 1,77 Meter, bei Magdeburg — 0,60 Meter. — Unstrut bei Braunschweig + 0,75 Meter. — Oder bei Ratibor + 1,84 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,06 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,56 Meter, bei Frankfurt + 1,72 Meter. — Weichsel bei Brahmünde + 3,52 Meter. — Warthe bei Posen 0,20 Meter. Nege bei Ulsch — Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Öffnet: 7 Uhr. Road. Jedes Buch können Sie durch die Vorwärts-Buchhandlung erhalten. — W. H. S. Die Klage hätte Rücksicht auf Erfolg. — W. H. C. 112. 1. u. 2. Ja. Die Hälfte der Nebensachenbeiträge kann vom Lohn abgezogen werden. 4. Eine Arbeiterchutzzeit (Höchstlänge der Beschäftigungszeit und längste Grenze der Arbeitszeit) für Dienstmädchen gibt es leider nicht. — E. H. S. Das von Ihnen vorgeschlagene ist kein nach dem Gesetz hinreichender Grund zur vorzeitigen Kündigung der Wohnung. — F. R. Ein Inhaber hat die rechtliche Stellung eines Werkmeisters, wenn er selbstständig Modelle und Muster entwirft oder wenn ihm die Herstellung und Beaufsichtigung der Arbeit oder die Leitung anderer Arbeitskräfte zusteht. Dann ist mangels anderer Vereinbarung die Kündigungsfrist sechs Wochen zum Quartalsbesten. — C. D. 43. Ja. — E. Reht.

Witterungsübersicht vom 8. November 1904, morgens 8 Uhr.

Table with 6 columns: Stationen, Baromet. hoch mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. in C. and F. Rows include Swinemünde, Hamburg, Berlin, Frankfurt a.M., Köln, Wien, Caparanda, Petersburg, Cort, Aberdeen, Paris.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 9. November 1904. Etwas kühler, vielmal heiter, jedoch sehr unbeständig mit einzelnen Regens- oder Graupelschauern und starken, später abnehmenden nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Mittwoch, 9. November. Opernhaus: Die welke Dame. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues königl. Opern-Theater. Hochmann als Erzähler. Deutsches, England, Berliner, Soldaten, König, Trauermale, Westen, Undine, Thalia, Der Weiberkrieg, Belle-Alliance, Die Jugendglocke. Vorher: Wer? National. Donna Juanita. Anfang 8 Uhr. Metropol. Die Herren von Magin. Kasino. Wildes Blut. Zentral. Der Generalkonjul. Schiller O. (Wallner-Theater.) Die Tyrannen der Tränen. Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Die Grossstadtluft. Neues. Die Kronpräsidenten. Anfang 7 Uhr. Kleines. Elektra. Carl Welt. Senta Wolsburg. Weiden. Eine Hochzeitnacht. Lustspielhaus. Niederleute. Zuhlen. Ehrliche Arbeit. Trianon. Gastons Frauen. Deutsch-Amerikanisches. Heber'n großen Teich. Apollo. Berliner Luft. Spezialitäten. Herrnsfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck. Paffage-Theater. Dida. Spezialitäten. Am 5 Uhr. Wintergarten. Spezialitäten. Urania. Taubenstraße 48/49. Am 8 Uhr im Theater: An den Seen Oberitaliens. Horsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Zur Geschichte der drahtlosen Telegraphie. Sternwarte. Horsaal: Tiere in der Wildnis. P. GASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Allerseelen melodramatische Illusion. Rumänische Damen-Kapelle „Bratiano“. Zentral-Theater. Heute Anfang 8 Uhr. Der Generalkonjul. Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt. Donnerstag: Generalkonjul. Durchendbillets mit 40 Prozent Ermäßigung, an allen Wochentagen gültig, gelangen jetzt zur Ausgabe. Luise-Theater. Abends 8 Uhr: Ehrliche Arbeit. Donnerstag zum erstenmal: Die Tochter des Herrn Fabricius. Apollo-Theater. Abends 8 Uhr: Die neuen November-Spezialitäten. Horsaal: Tiere in der Wildnis. Lustspielhaus. Friedrichstraße 236. Biederleute. Anfang 8 Uhr. Morgen u. folgende Tage: Biederleute.

Urania.

Taubenstr. 48/49. Um 8 Uhr im Theater: An den Seen Oberitaliens. Horsaal 8 Uhr: Dr. B. Donath: Zur Geschichte der drahtlosen Telegraphie. Sternwarte. Horsaal: Tiere in der Wildnis.

P. GASTAN'S PANOPTICUM. Friedrichstr. 165. Allerseelen melodramatische Illusion. Rumänische Damen-Kapelle „Bratiano“.

Zentral-Theater. Heute Anfang 8 Uhr. Der Generalkonjul. Operette in 3 Akten v. H. Reinhardt. Donnerstag: Generalkonjul. Durchendbillets mit 40 Prozent Ermäßigung, an allen Wochentagen gültig, gelangen jetzt zur Ausgabe. Luise-Theater. Abends 8 Uhr: Ehrliche Arbeit.

Apollo-Theater. Abends 8 Uhr: Die neuen November-Spezialitäten. Horsaal: Tiere in der Wildnis. Lustspielhaus. Friedrichstraße 236. Biederleute. Anfang 8 Uhr. Morgen u. folgende Tage: Biederleute.

Lustspielhaus. Friedrichstraße 236. Biederleute. Anfang 8 Uhr. Morgen u. folgende Tage: Biederleute.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Tyrannen der Tränen. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Grossstadtluft. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Jüdin von Toledo. Freitag, abends 8 Uhr: Die Kreuzschreiber.

Kleines Theater. Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt. Anfang 8 Uhr. Elektra. Neues Theater. Anfang 7 Uhr. Die Kronpräsidenten.

Palast-Theater. Burg-Strasse 22. Direktion: früher Feen-Palast. Rich. Winkler. Gr. internationale Ringkampf-Konkurrenz unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Beggs. Heutige Ringkämpfe: 1. Weltstr. Georg Lurich gegen Michael Hitzler, Rängen Entscheidungskampf. 2. John Vohl-Abd II., Deutscher, gegen Giobannini, Italiener. 3. Petroff, Bulgarer, gegen Niesbacher, Rumänier. 4. Dickmann, Rheinländer, gegen Wilschaler, Rürnberg. 5. Axel Krook, Schwede, gegen Kramer, Deutschland. Vorher: Theater u. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr. Kassenöffn. 5 1/2 Uhr.

Deutsche Konzert-Hallen. An der Spandauer Brücke 3. Vollständig neu ausgestattet! Täglich: Gr. Internat. Künstlerkonzerte. X Theater-Abteilung. Spezial-Anschanke der Berliner Bock-Brauerei.

Carl Weiß-Theater. Große Frankfurter Straße Nr. 132. Direktion: M. Ed. Fischer. Senta Wolsburg. Schauspiel in 5 Akten von E. Bendt. Anfang 8 Uhr. Morgen: Diefelde Vorstellung. Sonnabend, nachm.: Kinder-Vorstellung: Dornröschen. Sonntag, nachm.: Kabale u. Liebe.

National-Theater. Weinbergweg 12a-13b. Mittwoch, den 9. November 1904: 8. Mittwoch-Abonnement: Donna Juanita. Anfang 7 1/2 Uhr. Donnerstag: Vorlehtes Gespielt Eleonora Duso: Hedda Gabler.

Kasino-Theater. Lothringergasse 37. Anf. 7 1/2 Uhr. Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Mutter Grabert. Wildes Blut. Gesangsposse in 3 Akten v. Mannsbül. Vorher: v. post. neue Novemberprogr. U. a.: „Die Original-Morans.“ Sonntag, nachmittags 4 Uhr: Mutter Grabert.

Deutsch-Amerikanisches Theater. Köpenickerstr. 67. Zam Heute abend 8 Uhr: Ueber'n TEICH. grosses Sonntags nachmittags 3 Uhr, halbe Preise: „Ueber'n grossen Teich“.

Trianon-Theater. Heute und folgende Tage: Gastons Frauen. Anfang 8 Uhr. Sonntag, nachm.: Ihr zweiter Mann. Etablissement Buggenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. In den unseren Sälen jeden Abend 8 Uhr: Militär-Konzert. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Fritz Steidl-Sänger. Nach jeder Vorstellung im Kaiserhof: Taus.

Zirkus Busch. Katharina II. Coco der menschliche Wunderaffe. Kustieren der Miss Emeline. Der Burkhardt-Football, Schulkreiter und die vorzügliche Programmnummer.

Gebrüder Herrnsfeld-Theater.

Heute die Novität: Prinz Levy in Ahlbeck. Schwan in drei Akten von Anton und Donat Herrnsfeld. Hauptrollen: Magus Prinz Levy; Donat Herrnsfeld. Präfidal, dessen Reisebegleiter Anton Herrnsfeld. Anfang präzise 8 Uhr. Offiziell-Vorverkauf 11-2 Uhr mittags.

Metropol-Theater. Zum 12. Male: Die Herren von Maxim. Große Anstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern mit freier Benutzung von C. Flor's „Mosalinette“ von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. Hauptrollen: Henry Bender, Josef Giampietro, Josef Josephi, Anton Grünfeld, Frid Frid, Fritz Massary a. D., Mary Behrens, Joh. Junker-Schatz. Im 5. Bild: Das Fest des Lichtes. (Ballett.) Rauchen überall gestattet. Anfang 8 Uhr.

Berliner Ulk-Trio. Felix Scheuer Spezialitäten. I.



**Zirkus Schumann.**  
Heute Mittwoch, den 9. November,  
nachm. 3 1/2 Uhr:  
**Matinee.** Ausnahmsspiel  
Familien-Kinder-Vorstellung  
mit einem extra zur Belebung und  
Belehrung der Jugend eingerichteten  
Programm.  
In beiden Vorstellungen,  
nachmittags 3 1/2, abends 7 1/2 Uhr:  
**Noch nie dagewesen!**  
die größte Neuheit!  
Münstedt's

**Liliput-Zirkus.**  
Die größte Sehenswürdigkeit!  
Die reizenden kleinen Liliputner  
als Jodeler und Barfuss-Relier,  
Gnomm, Gymnastiker, Jongleure,  
Kakabariiten, Schulmeister etc.  
**Consul II.,** der menschliche  
Schimpanse.  
Billy, das rechnerische Pferd. Ein  
musikalischer Phänomen Mr. Franco  
Piper. Marno-Truppe, liegende  
Akrobaten. Hl. Dora Schumann.  
Herr Albert Carré. Sämtl. Spezialitäten,  
Clowns und Auguste und  
Direktor Alb. Schumanns  
**Monstre-Dressuren.**  
Kinder bis zu 12 Jahren Halbe Preise.  
auf allen Plätzen  
Kadm. zum Schluss die große  
Ausstattungsphantasie: **Marocco.**  
Um 9 1/2 Uhr: Das große min. Drama:  
**Der Kurier des Jaren.**

**Passage-Theater.**  
Anfang d. Abendvorst. 8 Uhr.  
Anf. nachm. Wochent. 5 Uhr,  
Sonntags 3 Uhr.  
Der Orig.-Prod.  
**magische Kessel.**  
Theaters.  
d. erstklassige  
Müdel.  
**Lucie König,**  
Einfachschlicht  
**Dida**  
die Erschaffung  
eines Weibes  
aus dem Nichts.  
**14 neue glänzende  
Nummern.**

**Bernhard Rose-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
**Kean oder: Genie und Leidenschaft.**  
Aufspiel in 5 Aufzügen frei nach dem  
Französisch. des Klerg. Dumou (Vater)  
von Ludwig Barmah.  
Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**  
Anfang 8 Uhr.  
Entre 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.  
Sonntag, den 13. November, nach-  
mittags 3 Uhr: Die Ehre der Ber-  
linerin. Abends 7 Uhr: Kean.

**Skala-Theater.**  
Eintr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
**Sensationelles Programm!**  
**August kommt.**  
Pöffe mit Gefang in einem Akt,  
sowie  
**30 internation. Spezialitäten.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vor der Vorstellung: Konzert.

**Otto Pritzko's**  
**Abnormitäten - Ausstellung**  
Täglich von 10  
Uhr bis 6 Uhr  
**lebender Kuriositäten.**  
Medizinische Rätsel,  
anatomisch. Wunder  
**Riesen! Zwerge!**

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
**Stettiner  
Sänger.**  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm.  
**Anne Dancrey,**  
die elegante Pariser Sängerin  
und Tänzerin.  
**Cliffe-Berzac**  
zahlt jedermann  
2000 Mark, der auf seinem  
rotierenden Tisch 45 Sekunden  
zu stehen vermag.  
300 Mark, der seinen Esel  
aufrecht sitzend zu reiten  
vermag.  
**Romsakoff's**  
weibliche Kosaken.  
**Der Wunderkessel**  
Experimente mit flüssiger  
Luft.  
**Heloisa Titcomb**  
Die schöne Südamerikanerin.

**Residenz-Theater.**  
Dir.: **Richard Alexander.**  
Heute und folgende Tage  
8 Uhr:  
**Eine Hochzeitnacht.**  
Schwank in 3 Akten von G. Kéroul  
und H. Barre.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 300 Tage.

**Sansoni.**  
Kottbusser Tor - Stat. der Hochbahn.  
Heute Mittwoch:  
**Ein deutsch. Schulmeister**  
Vollstück in fünf Akten  
von Rudolf Kneifel.  
Sonnt., Mont., Donnerst.:  
**Hoffmanns Nordd. Sänger  
u. Tanzkränchen.**  
Jed. Dienstag u. Mittwoch:  
**Theater-Abend.**

**Gustav  
Behrens**  
Spezialitäten-  
Theater,  
Frankfurter-  
Allee 85.  
Das großartige Novemberprogramm  
Neu! **Lily Durand** Neu!  
mit ihrer Verwandlungsummer  
**Großstadtleben.**  
Neu! **Ostarr Trio** Neu!  
großartige Kopfbalance auf schwingen-  
dem Trapes sowie die noch übrigen  
erhofflichen Spezialitäten.

**Germania-Prachtsäle**  
Chausseestr. 103. Arnold Scholz.  
Jeden Mittwoch:  
**Hamburger Sänger  
(Steidl, Wolf).**  
**Flora.**  
Gefte von Wilhelm Wolff.  
**Knubbe auf dem Sühneterrin.**  
Anfang 8 Uhr. Entre 30 Pf.  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

**Brauerei Königstadt.**  
Schönhauser Allee 10/11.  
Jeden Mittwoch:  
**Horst's**  
Nordd. Humoristen  
und Quartettsänger.  
Alle Songs haben  
Gültigkeit.  
**Kredit. Monatlich**  
- 10 Mark -  
Lieferer Münzige  
Paletots  
nach Maß  
Per Kasse auch billige Preise.  
Schneidermeister,  
**J. Tomporowski, Pringelstr. 55**  
**!! Von 36 Mk. an !!**  
Lieferer Herrenanzug oder Winter-  
paletot, neueste Muster, feinste Zutaten,  
2 Anproben. Für guten Sitz belam goldene  
Medaille. **Ludwig Engel,**  
Prenzlauerstr. 23 II (Klegandenplatz).  
Nur gute reinnool. Stoffe, groß. Lager.

**Spezialgeschäft für Uhren.**  
  
4382\*  
1 neue Uhr-Jeder Ia 75 Pf.  
1 neue Uhr-Kapsel 15 Pf.  
1 neues Uhr-Glas 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Ring 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Beiger 10 Pf.  
1 neuer Uhr-Schlüssel 5 Pf.  
Neue Uhren in größt. Ausm.  
**E. Möbis,**  
82. Koppen-Strasse 82.  
Saal für 150 Personen noch einige  
Sonnabende frei. Berechnungs-  
zimmer, passend für größere  
Gesangsvereine, ist zu ver-  
geben. 9402\*

**Wirtshaus  
zum Strauß,**  
Pappel-Allee No. 25.  
**Dr. Simmel,** Prinzen-  
Str. 41,  
Spezialarzt für  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntag 10-12 2-4.

**Kinderwagen**  
neut hochlegant!  
unverwundlich und  
beispielloos billig, weil  
direkt v. der Alston,  
größten schlesischen  
Kinderwagenfabrik  
**J. Treiber, Grimma 154**  
Mein Katalog Dein Rat-  
geber. Sage beim Ka-  
talogvorlesen, ob gegen Bar mit 10%  
Rabatt, od. barweise Teilzahl, gewünscht.

Unsern lieben Onkel und Genossen  
**Bernhard Pleßner** zum 50.  
Geburts-  
tag ein donnerndes Hoch! 2832b  
Lottchen Schulz. Franz Bürger.  
**Dankfagung.**  
Für die herzlichste Teilnahme bei  
der Beerdigung unseres am 31. Oktober  
an Blutvergiftung gestorbenen lieben  
Vaters 9992

**Franz Poley**  
sagen wir den Kollegen der Firma  
Kempfer u. Luffe sowie dem Fabrik-  
arbeiter-Verband und dem Schwimm-  
klub „Vorwärts“ unseren besten Dank.  
Die trauernden Kinder.  
Für die vielen Beweise aufrichtiger  
Teilnahme beim Ableben meines  
lieben Vaters sage ich allen Ver-  
wandten und Bekannten, den Sorge-  
geheften und Kollegen der K. & G.,  
ebenso den treuen Freunden des  
Vatervereins für die reiche Blumen-  
spende meinen herzlichsten Dank.  
**Emilie Kanzius,**  
geb. Fischer.  
2827b

**Danksagung.**  
Allen Verwandten, Freunden und  
Bekanntem, dem Deutschen Metall-  
arbeiter-Verbande und den Kollegen  
der mechanischen Werkstatt von Auer-  
bach sowie dem Herrn Meister Stäger  
und dem Auerbacher Gesangsverein  
für den schönen Gesang, die große  
Teilnahme und die reichen Blumen-  
spenden bei der Beerdigung unseres  
lieben Schwiegerjohannes, Schwagers  
und Onkels, des Mechanikers  
**Paul Seidel**  
sprechen wir hierdurch unseren herz-  
innigsten Dank aus.  
**Gerecke,  
W. Warsow,  
F. Möhring.**  
Für die rege Beteiligung sowie  
zahlreichen Kranzspenden bei der Be-  
erdigung meines lieben Vaters,  
unseres guten Vaters  
**Hermann Rabe**  
sagen wir allen lieben Freunden, Be-  
kannnten und den Kollegen, sowie dem  
Gesangsverein „Bach auf!“ unseren  
herzlichsten Dank. 2821b  
Witwe Rabe nebst Sohn und Tochter.

**1 Mk. wöchentlich**  
Lieferer selbstspielende  
**Musikwerke,**  
Sprechmaschinen und Siphern.  
Schönste Familien-Unterhaltung.  
Feine Harmoniums auf Lager.  
**H. v. Jannowitzbrücke 1. I.**  
Bahnhof Jannowitzbrücke.

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse  
der deutschen Wagenbauer.**  
Berlin XV.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Gustav Müller**  
am 6. November nach langen  
Leiden verstorben ist.  
Seine feinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mitt-  
woch nachmittags 4 Uhr von der  
Leichenhalle des Luther-Kirchhofes  
in Lantowig aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung bittet  
253/9 **Der Vorstand.**

**August Bast.**  
Dies zeigt an im Namen der  
Hinterbliebenen  
**Witwe Brennamann geb. Wedekind,**  
Reichenbergerstr. 122,  
Berlin, 7. November 1904.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 10. d. M., nach-  
mittags 2 1/2 Uhr, von der Halle  
des Emmaus-Kirchhofes in Rix-  
dorf aus statt. 980L

**Verein zur Wahrung d. Interessen  
der Maurer Berlins u. Umg.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß am 4. November unser Mit-  
glied  
**Wilhelm Nielow**  
durch Sturz vom Bau starb.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 10. November,  
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-  
halle des Markus-Kirchhofes in  
Wilhelmsberg aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Für die überaus zahlreichen Beweise  
herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden  
unseres lieben Vaters, Sohnes, Bruders,  
Schwiegerjohannes und Schwagers  
**Paul Seidel**  
sagen wir allen Verwandten, Freunden  
und feinen Kollegen, sowie dem Chef  
der Firma, Herrn R. Auerbach, und  
dem Metallarbeiter-Verband unseren  
herzlichsten Dank.  
2835b **Die Hinterbliebenen.**

**Extra-Preise A. Wertheim**

**Konserven**

	1/2 Dose	1 Dose		1/2 Dose	1 Dose
Schoten	40 Pf.		Schoten u. Karotten	55 Pf.	
Junge Schoten	48 Pf.		Kohlrabi in Scheiben	26 Pf.	
Feine Schoten	55 33 Pf.		Spinat	48 Pf.	
Schoten I	74 42 Pf.		Wirsingkohl	32 Pf.	
Extra feine Schoten	85 48 Pf.		Grünkohl	32 Pf.	
Kaiserschoten II	1 Mk. 55 Pf.		Steinpilze	80 Pf.	
Kaiserschoten	1.15 63 Pf.				
Gemischtes Gemüse	63 Pf.		Erdbeeren naturell	1 Mk. 55 Pf.	
Gemischtes Gemüse I	90 50 Pf.		Reineclauden	80 Pf.	
Gemischtes Gemüse extra fein	1.25 70 Pf.		Saure Kirschen ohne Steine	95 53 Pf.	
Abschnittspargel	43 Pf.		Saure Kirschen mit Steine	85 38 Pf.	
Bruchspargel ohne Köpfe	60 35 Pf.		Kirschen schwarz mit Steinen	65 Pf.	
Bruchspargel	70 40 Pf.		Kaiser-Kirschen ohne Steine	1 Mk.	
Bruchspargel I	90 50 Pf.		Stachelbeeren	60 Pf.	
Bruchspargel extra stark	1.10 60 Pf.		Himbeeren	1.10 Mk.	
Riesenbruchspargel	1.30 70 Pf.		Heidelbeeren	65 Pf.	
Stangenspargel III	85 48 Pf.		Pflaumen halbe Früchte	60 35 Pf.	
Stangenspargel II	1.15 63 Pf.		Pflaumen ganze Früchte	45 Pf.	
Stangenspargel I	1.35 73 Pf.		Birnen ganze Früchte	54 Pf.	
Stangenspargel extra stark	1.65 90 Pf.		Apfelmus ca. 4 Pfd. 1 Mk.	55 Pf.	

**Hülsenfrüchte**

Erbsen Victoria	14, kleine	13 Pf.
Erbsen glasiert	16, grün	15 Pf.
Linsen gross	22, mittel	18 Pf.
Bohnen gross	22, mittel	18 Pf.
Bohnen klein		17 Pf.
Java-Reis Pfd.		22, 28 Pf.
Bassin-Reis		18 Pf.
Rangoon-Reis		15 Pf.
<b>Gemischt. Backobst 28, 42 Pf.</b>		
Ananas	Pfund	68 Pf.
Kranzfeigen	Pfund	22 Pf.
Cervelatwurst	Pfund	1.10 Mk.
Salamiwurst	Pfund	1.10 Mk.
Schinkenwurst	Pfund	1 Mk.
Gänsebrust	Spickgans Pfund	1.40 Mk.
Gänsepökelfleisch	Pommersches nur Keulenstück Pfd.	68 Pf.
Deutscher Kakao	Pfund	1 Mk.
Block-Schokolade	Pfund	68 Pf.
Haushalt-Kakes	Karton ca. 1 Pfund	48 Pf.
Loriot-Biskuit	(Wein-Biskuit) Dose	80 Pf.

**Gebrannter Kaffee | Tee**

Mischung	II	III	IV		I	II	III	IV
Pfund	90 Pf.	1.05	1.25 Mk.	Souchong Melange	Pfund	1.50	1.90	2.40 3.20 Mk.
				Congo-Tee	Pfund	2.20	3 Mk.	3.40
				Ceylon-Tee	Pfund	3.40		

Die Weihnachts-Preisliste wird kostenlos zugesandt.



# Nur Abonnenten des „Vorwärts“ erhalten ein Porträt

oder einen Semi-Email-Schmuck.

Um unsere rühmlichst bekannten Monopol-Porträts und unseren Semi-Email-Schmuck in weiten Kreisen einzuführen, haben wir uns entschlossen, an die Vorzeiger dieser Annonce je ein fast lebensgroßes Porträt in Brustformat, oder eine Brosche, Strawattennadel, Manschettenknopf usw., welche nach Photographie angefertigt werden, gegen Zahlung von nur 1 Mark zu liefern. (Nebenbei weiterer Kaufmann ausgeholfen.) Für breitere Bekanntheit sowie Haltbarkeit übernehmen wir jede Garantie.

**Zahlreiche Anerkennungen aus allen Gesellschaftskreisen.**

U. a.: Es ist mir eine angenehme Pflicht, Ihnen meinen Dank für die so außerordentlich gelungene Vergrößerung der Photographie meiner Tochter durch diese Zeilen zu übermitteln. Sie werden durch dieses so außerordentlich preiswerte Entgegenkommen, vielen Menschen eine Weihnachtsfreude bereiten. Ich wünsche Ihrem Unternehmen besten Erfolg.

Am Besche der mir geliefert Semi-Email-Brosche teile ich Ihnen mit, daß dieselbe zu meiner größten Zufriedenheit ausgefallen ist.

Düßeldorf. **Alfred Theilling, Polzeimachmeister.**

**Monopol-Porträt-Gesellschaft m. b. H.**  
 Dirksen-Straße 45 Berlin Schönhauser Allee 187  
 (Bahnhof Börse) (direkt am Schönhauser Tor.)

Das Atelier ist nachmittags von 9 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, Sonntags von 10-5 Uhr geöffnet. Aufträge per Post werden nicht unter Nachnahme versandt, sondern nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages per Postanweisung nebst 50 Pfennig für Porto und Verpackung erledigt.

**Schönstes Weihnachtsgeschenk und Andenken.**

# Pre-Ussina

913L\*  
 Zigarren.

## Große Extra-Vergünstigung!!

**Delikatess-Kolli.** So lange Vorrat für nur 3 1/2 M.  
 Man bestelle sofort.  
 10 St. Teilstückchen, 20 Stückchen, frisch geräuch.,  
 1 Pfund ff. Feinstproben, 1 Dose neue Cellardinen,  
 1 Dose feinsten Apfelfitt und 1 St. Rauchsalz.  
 Alles ff. Ware. **Otto Kaiser, Zwinnestraße Nr. 21A.**

**Schloßpark Wilhelminenhof**  
 a. d. Oberfürze. **Verb. Chr. Fennel.**  
 Jeden Mittwoch und Sonntag: **Großer Elite-Ball.** 5122\*  
 Jeden Freitag: **Bernhard Rose-Theater.**

Meine Lieb-  
 binden und  
 Bruch-  
 bänder mit  
 pa. Federn  
 sind die best-  
 sitzenden u.  
 verurlichen

Allen Freunden und Bekannten zur  
 Nachricht, daß ich meine  
**Restauration**  
 jetzt **Wiesenstraße Nr. 7**  
 befindet. — Vereine können Zahl-  
 abend abhalten. Großer Mittags-  
 tisch mit Bier 50 Pfennig.

**Kernmann Zernick,**  
 Gastwirt.

**Steppdecken**  
 kauft man am  
 preiswertesten nur direkt  
 in der Fabrik, 72 Woll-  
 straße 72, wo auch alle  
 Steppdecken aufgearbeitet werden.  
**W. Strohmeyer, Berlin 14.**  
 Mühlentorstraße 10.

Neue schlagende Medizin gegen Zahn-  
 schmerz. Die Erfindung wird verkauft;  
 guter Gewinn. **A. Linke, Guben,**  
 Trammelnstraße 3.

# Gelegenheitskauf!

## Schlafdecken

in Wolle, extra schwer  
 A 250, 450, 500, 600 M.

## Pferdedecken

A 250, 350, 450, 550 M.

## Reisedecken

Neueste Tiger-Muster  
 A 455, 600, 800, 1000 M.

Versand per Nachnahme.

# Emil Lefèvre

Berlin **Oranienstr. 158.**  
 Fehlerhafte Decken  
 spottbillig!

## Kronleuchter-Fabrik

für Gas u. Petroleum.  
 Größte Auswahl.  
**400 Kronen**  
 von 10-700 M.  
 Verk. zu billigst. Fabrik-  
 preisen an Private.  
 Auf Wunsch Teilzahlung  
 ohne Preiserhöhung.

# Siegel & Co.

Prinzenstrasse 33.

# Neu erschienen: Fritz Reuters sämtliche Werke.

Neue u. zugleich billigste Ausgabe: In 4 eleganten Leinenbänden 6,- M.  
 In 4 eleganten Halbfranzbänden 11,- M.  
 Preis der bisher billigsten Ausgabe 10,- M.

Zu beziehen durch die **Buchhandlung Vorwärts, Linden-Strasse 69, Laden.**

**1. Ziehung 5. Klasse 211. Rgl. Preuss. Lotterie.**  
 Ziehung vom 8. November 1904, vermittelnd.  
 Für die Gewinne über 240 Mtl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
 (Chino Gewinne.) **Wahrspruch verboten.**

15 48 100 71 90 620 772 78 935 40 65	1105 235 369
477 569 717 2068 187 272 389 456 94 762 97 998 3010	57 868 937 79 97 4252 302 664 74 877 909 5004 18 33
104 44 59 405 533 70 [1000] 88 618 54 730 895 918 6105	6 209 21 30 262 433 506 67 647 793 841 [5000] 56 [5000]
989 7135 279 375 505 825 903 65 8983 87 226 [3000]	34 83 313 [1000] 896 9040 67 73 111 491 573 681 712
891 71	
10494 614 [3000] 890 11227 383 49 84 488 506	90 96 909 91 12000 7 181 98 312 481 620 36 49 778
13059 238 302 871 14038 276 304 [5000] 94 [5000] 471	97 [3000] 700 24 77 815 92 [3000] 912 84 15209 307 19
97 477 44 [5000] 56 16109 [1000] 58 263 387 498	[3000] 674 90 723 62 877 919 70 17214 352 446 572
19661 689 720 25 837 18064 80 [3000] 85 89 213 82	376 617 789 802 41 [1000] 902 39 19032 289 320 497 68
000 81 786 843 74	
20014 115 229 475 781 605 69 93 21024 43 293	383 600 726 55 850 79 929 37 22024 167 388 590 623
88 727 839 [3000] 23031 [1000] 268 [5000] 398 415 31	518 94 637 24117 22 58 [1000] 364 457 59 96 672 743
98 [1000] 25122 40 360 79 86 694 827 910 14 26075	288 436 45 446 605 [5000] 710 64 834 94 983 27255 574
28075 315 30 65 502 29148 [5000] 231 44 61 341 724	28075 315 30 65 502 29148 [5000] 231 44 61 341 724
89 71 894 57 919 55	
30042 80 188 254 608 796 882 943 31089 176 523	32012 71 233 353 54 682 717 884 33055 45 163 [5000]
252 301 602 [3000] 94 828 912 98 34164 212 43 54	[5000] 385 502 681 855 59 35447 [3000] 90 551 63 632
65 67 90 930 36135 [1000] 328 88 [5000] 589 655 37037	80 148 228 [1000] 429 81 508 [1000] 783 830 920 38044
42 95 150 212 [5000] 31 41 44 74 350 448 619 74 723 45	[1000] 65 [5000] 39326 68 533 638 891 943
40000 99 106 81 287 [1000] 355 65 91 416 678 894	[1000] 41083 122 229 33 65 93 437 39 608 86 724 43
45 42440 42 [5000] 33 214 486 513 [3000] 611 28 72 65	43063 67 205 456 87 621 [1000] 63 [3000] 948 44135
283 737 920 45318 493 686 756 [3000] 952 46068	93 149 633 41 80 978 84 47000 118 250 89 496 45009
414 49 08 539 82 646 [5000] 739 77 [5000] 826 905 18	49077 143 245 518 45 96 623 39 701 802 836
287 325 [1000] 522 856 704 39 833 973 52102 78 849	942 53366 [5000] 422 580 762 925 54010 28 [5000] 81
212 78 53 65 690 825 994 55236 76 330 489 519 25	46 773 858 85 911 56395 603 709 20 58 57146 212
435 538 [3000] 816 88 [1000] 92 907 58016 362 534	907 53 59458 93 296 313 428 60 925 44
60617 [1000] 35 59 616 61083 109 435 75 601	885 62071 136 220 386 721 35 883 63114 76 226
[1000] 382 606 29 838 68 991 64000 38 60 93 157 79	250 525 77 93 715 65259 81 370 [10000] 435 73 503
47 681 76 [5000] 743 72 [1000] 940 48 66416 446 [3000]	895 854 [5000] 67308 524 77 639 713 841 68070 188
500 16 801 38 734 854 963 69096 311 70 429 534 [3000]	85 616 89 778 858 69 [1000] 94 99 908 13
70135 355 335 81 410 72 579 764 [1000] 837 [5000]	77 94 71148 60 77 415 26 79 611 769 89 894 72084
197 289 505 [3000] 759 806 791 73056 77 405 588 81	689 788 [1000] 990 94 70 74023 204 41 418 67 [3000]
63 746 75078 288 332 65 486 618 30 40 65 892 [5000]	636 37 76091 139 24 237 487 97 511 [5000] 735 74 970
77042 [1000] 43 73 105 338 48 486 [5000] 575 927 78053	55 92 [3000] 117 77 425 69 83 724 826 949 70999 300
273 354 [5000] 78 96 415 531 [3000] 826 944	80015 41 126 434 62 [1000] 676 739 998 81028
113 [1000] 291 468 78 682 [1000] 646 795 945 62 82221	[5000] 401 602 83097 90 196 634 604 932 84022
297 302 649 78 722 [5000] 47 [1000] 973 85019 258 424	317 52 436 91 805 723 979 80665 691 48 706 825
87027 383 502 843 919 88285 306 18 98 407 [5000] 704	801 34 89091 212 28 480 512 74 657 67 746 954
90150 239 89 568 624 33 78 909 995 91185 306 31	453 88 [1000] 571 649 84 747 [5000] 858 63 92176 206
50 79 442 553 779 834 59 93959 197 [5000] 312 [5000]	24 596 612 94609 137 91 209 65 935 44 85 622 721
[1000] 96 93601 87 196 [5000] 296 307 [3000] 97 454	627 737 841 937 59 69 96140 277 99 320 87 425 617
97 97035 45 66 71 328 987 98058 321 45 82 551	75 645 746 937 99084 288 485 [1000] 583 748 994
872 748 899 901 69 101113 32 204 415 27 611 65 868	967 102144 330 63 429 679 959 103073 185 256 453
131 33 47 83 261 571 639 739 55 80 [1000] 910 69	106097 182 245 325 463 [1000] 8 897 [5000] 941 107067
102 5 11 249 289 620 844 55 108042 121 321 885 831	42 3 109039 109 99 226 78 374 624 31 708 24 [3000]
58 826 65 [5000] 851 98	
110155 377 715 83 937 [5000] 39 111075 279 418	87 554 709 887 92 112015 309 544 82 [5000] 649 62 738
[1000] 74 810 933 82 113033 83 83 160 298 85 322 420	81 830 65 967 114101 253 83 44 613 29 719 828 977
116317 440 585 727 [5000] 136 84 116261 407 631 78	117015 205 30 40 461 702 64 918 97 118052 56 85
245 90 348 96 [5000] 551 604 67 44 [5000] 709 15 870 959	119042 [5000] 129 32 609 77 782 801 984 96
120039 163 66 418 [1000] 36 64 631 765 816	121057 149 321 475 [5000] 500 607 14 777 122053

**1. Ziehung 5. Klasse 211. Rgl. Preuss. Lotterie.**  
 Ziehung vom 8. November 1904, nachmittags.  
 Für die Gewinne über 240 Mtl. sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.  
 (Chino Gewinne.) **Wahrspruch verboten.**

141 59 67 75 547 708 59 [5000] 84 [3000] 846 51	1112 04 208 456 507 43 622 2048 207 205 384 [5000]
669 91 783 3132 279 514 680 [1000] 775 980 4182	304 431 [1000] 65 329 89 628 719 51 824 27 906 13
54 [5000] 5129 40 389 409 505 41 674 780 86 892	931 47 6413 924 7146 248 [5000] 68 447 512 44 [5000]
645 97 98 [5000] 715 8182 229 [5000] 384 85 430 [5000]	535 776 809 962 47 49 63 [1000] 9033 [1000] 50 118
234 379 678 729 69 833 954	
10698 99 828 11029 165 6 287 66 420 95 654 953	57 12096 177 307 417 637 13027 42 84 [5000] 140
12000 230 603 4 [3000] 759 510 18 72 919 14319 422	697 847 965 15009 149 223 328 589 667 710 924 49
77 16078 174 79 89 229 310 11 [5000] 523 44 625	734 [3000] 99 516 66 17003 49 53 104 24 267 335 412
518 653 83 710 [2000] 86 90 838 18131 300 419 97	606 338 19084 [1000] 99 276 334 608 737 70 83 976
20140 358 673 723 815 907 21090 101 10 322	892 700 [1000] 87 832 982 22275 107 105 23235
96 400 93 94 510 719 77 806 [5000] 73 90 24003 365	492 536 83 620 43 [5000] 704 [5000] 921 72 25233
443 548 66 [3000] 679 [1000] 709 91 [5000] 885 [3000]	938 26263 364 409 [3000] 49 572 97 611 71 80
27161 80 206 345 72 413 81 568 [5000] 621 36 [3000]	821 [1000] 39 74 953 28094 103 212 [3000] 22 418
91 628 879 906 36 29015 [1000] 56 [3000] 301 19 87	95 409 550 631 927
30054 75 136 321 440 501 624 31134 233 360	429 704 850 [3000] 93 32151 339 443 92 733 69 82
87 823 33055 58 97 [1000] 345 76 416 [5000] 88 750	905 31 50 63 34003 [5000] 106 23 63 87 242 362
[5000] 81 590 774 978 35013 53 88 124 265 85 333	678 840 44 87 986 36010 33 [5000] 64 73 75 237 77
82 313 428 [1000] 58 62 [3000] 599 694 23 742 814	21 905 36 48 90 37057 92 227 50 [3000] 88 326 [3000]
96 [3000] 571 74 994 38015 17 91 104 55 875 83 497	921 [1000] 677 [5000] 931 39004 131 263 442 722
858 88 966 90	
40189 235 405 24 50 58 87 514 75 05 642 84 97	[1000] 774 930 41345 408 514 901 46 58 42375
[1000] 449 535 606 44 750 99 909 43146 [1000] 96	493 572 602 69 725 [3000] 847 44043 152 54 70 301
83 414 702 878 940 45012 62 119 240 395 402 564 78	785 814 46088 [5000] 181 364 682 717 912 47071
[1000] 98 [3000] 237 44 436 523 75 [3000] 79 84 [1000]	611 [5000] 24 61 64 727 37 76 48066 44 64 126 430
60 67 84 543 51 [1000] 685 813 60 96 49103 258 370	405 [5000] 971 73
50018 [5000] 189 [1000] 200 366 [5000] 98 499 508	755 72 51118 201 404 882 746 68 52089 101 92 621
45 789 894 53053 73 119 343 620 611 68 70 81 743	77 86 906 54117 208 59 635 92 807 63 88 55062
149 66 257 78 907 23 [3000] 98 457 567 745 904 56067	690 727 32 39 79 83 833 [5000] 57024 106 63 70 209
[5000] 318 449 585 71 606 81 722 67 881 58146 232	[5000] 77 329 407 39 588 614 10 772 902 81 59084
[5000] 610	
60167 219 306 61045 345 414 833 70 62004	267 [5000] 302 816 63155 [5000] 365 94 [5000] 434 605
779 807 93 64136 365 576 [1000] 91 650 91 720 39	818 966 65027 54 87 426 687 789 904 17 [1000] 65
66000 3 184 246 [3000] 315 [5000] 460 73 615 770 82	838 914 96 67007 131 341 430 76 818 68351 820
[3000] 69134 354 585 699 703 47 69 893 998	
70166 44 43 200 326 538 48 741 [3000] 842 92	71001 458 724 801 30 911 [1000] 72011 214 337 42
430 49 667 827 73013 106 [40000] 93 96 [5000]	532 782 842 938 74159 813 413 741 805 [5000]
75092 [1000] 339 587 641 63 [1000] 86 893 76553	15001 63 609 833 29 77229 35 301 20 466 535 742
806 924 78141 67 246 340 496 633 [5000] 711 805 944	79064 210 303 496 787 [5000] 960 84
80377 495 504 15 38 49 58 985 81083 127 276	413 [5000] 577 872 95 914 20 82012 102 240 80 [3000] 000
306 [3000] 491 [3000] 730 83006 234 29 54 323 436	[5000] 536 817 929 84131 204 45 62 347 64 74 537
636 903 36 85430 [1000] 613 [5000] 877 86264 310	469 [5000] 933 76 87078 125 43 88 291 421 56 63 78
520 [5000] 24 634 [5000] 755 88032 92 218 364 474 579	813 67 89039 [5000] 185 306 532 632 804 75
90140 491 504 623 [5000] 711 28 [5000] 980 91063	350 508 985 92038 177 268 308 462 531 607 44 761
920 93005 41 [1000] 77 187 237 52 92 [5000] 387 439 517	31 [5000] 723 94011 17 [1000] 23 1500 45 283 89
338 40 [1000] 496 522 12 26 624 93 851 [5000] 69 [1000]	95081 106 55 209 313 613 20 24 730 990 [3000] 91026
47 283 353 435 74 527 641 811 97029 118 [3000] 423	63 585 874 935 39 95085 214 205 70 632 632 45 633
62 99150 [5000] 377 410 700 95 889 69 974	100001 10 57 144 99 454 616 713 834 65 70 86
96 [1000] 101047 245 204 472 669 955 102041	[1000] 154 400 3 629 743 78 981 103018 141 274
412 21 503 600 708 68 830 943 88 104085 186 245	300 400 1 853 82 97 782 821 105076 146 374 425
[1000] 696 [1000] 721 802 66 908 108043 206 76	709 55 898 107194 386 517 30 616 53 739 886 912
108026 78 170 410 609 55 898 976 109041 125 46	47 329 96 4



